

FREISLERS GEIST IN BONNS GESINNUNGS- STRAFRECHT

Zitat S. 20

Die Experten
der faschistischen Terrorjustiz
sind die Fabrikanten der
westdeutschen „Strafrechtsreform“

Die Bonner Justizbürokratie
ist ein Hort belasteter Nazis
und Kriegsverbrecher

EINE DOKUMENTATION VOM AUSSCHUSS FÜR DEUTSCHE EINHEIT
UND DER VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER JURISTEN DEUTSCHLANDS

Vorwort

Fragen der Rechtspflege stehen zur Zeit in beiden deutschen Staaten auf der Tagesordnung. Sie sind nicht nur für die Bürger der DDR oder der Bundesrepublik von Bedeutung, sondern sie lenken erneut das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Entwicklung in Deutschland. Was hier, im Herzen Europas, am Inhalt der Rechtsordnung vor aller Augen sichtbar wird, macht einmal mehr den prinzipiellen Unterschied im Charakter der beiden deutschen Staaten deutlich.

Der Staatsrat der DDR verabschiedete am 4. April 1963 den Erlaß über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege. Dieses Gesetzeswerk stellt die folgerichtige Weiterführung des seit dem Bestehen der DDR konsequent beschrittenen Weges zu einer wahrhaft demokratischen Rechtsordnung dar, die dem Volke dient und von ihm selbst, seinen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen gestaltet wird.

In der DDR sind die Lehren aus der Geschichte gezogen und die für Ausbeutung und Krieg Verantwortlichen ein für allemal politisch und ökonomisch entmachtet worden. So, wie die werktätigen Menschen in der DDR mit den alten Herrschaftsverhältnissen in Deutschland die Wurzeln der Ausbeutung und der Kriege für immer beseitigten, als Herren des befreiten Landes zu aktiven Erbauern eines neuen Lebens wurden, den ersten deutschen Friedensstaat schufen und in wachsender Vervollkommnung gestalten, so schaffen und entwickeln sie auch ihr neues Recht. Es ist das Recht, das auf der freiwilligen, bewußten Disziplin einer Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen beruht, in der die persönlichen Interessen mit den gesellschaftlichen übereinstimmen und alle Kräfte auf das gemeinsam gesteckte Ziel des sozialistischen Aufbaues gerichtet sind, auf ein glückliches Leben aller in Frieden und Wohlstand.

Dieses Recht ist vom Vertrauen in die große politisch-moralische Kraft der sozialistischen Gesellschaft getragen. Noch unmittelbarer und in verstärktem Maße nehmen die Werktätigen an der Rechtsprechung teil, um die Ursachen von Rechtsverletzungen aufzudecken und zu überwinden. Durch kollektive gesellschaftliche Selbsterziehung werden auch diejenigen wieder auf den richtigen Weg gebracht, die ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft noch nicht in vollem Umfange erkannt haben, die gestrauchelt sind. Andererseits verlangt der Schutz der friedlichen Aufbauarbeit die strenge Bestrafung jener Menschen, die verbrecherisch das Leben des Volkes bedrohen.

Zum erstenmal in der deutschen Geschichte ist mit der Gründung der DDR in Deutschland eine wahrhaft demokratische Rechtsordnung geschaffen worden, die den Werktätigen, dem gesellschaftlichen Fortschritt und dem Frieden dient. Eine solche Rechtsordnung kann nur dort entwickelt werden, wo das Volk den Staat regiert und damit auch die Grundsätze der Rechtspflege bestimmt.

Das Zustandekommen des Staatsraterlasses ist hierfür ein beredtes Beispiel. Mehr als vier Monate währte die Volksaussprache über den Entwurf des Erlasses. An der öffentlichen Diskussion beteiligten sich nahezu 2,5 Millionen Bürger, mehr als 300 000 Werktätige äußerten ihre Gedanken zur Weiterentwicklung des sozialistischen Rechts, die in rund 6000 Ergänzungsvorschlägen an die Kanzlei des Staatsrates ihren Niederschlag fanden. Die Veränderungen, die der Entwurf nach gründlicher Auswertung der Vorschläge bis zu seiner Verabschiedung erfuhr, zeugen davon, daß in der DDR der Volkswille oberstes Gesetz ist.

In krassen Gegensatz hierzu dient die Justiz in Westdeutschland nicht den Interessen des Volkes, sondern wird nach wie vor zur Unterdrückung des Volkes und zur Sicherung der Macht der Monopole und Militaristen mißbraucht. In ihrem Auftrag bauen eingefleischte Nazis mit den Notstandsgesetzen die letzten Reste demokratischer Bürgerrechte ab.

Einen wesentlichen Bestandteil dieser Notstandsgesetzgebung bildet der jetzt dem Bundestag vorgelegte Regierungsentwurf für ein neues Strafgesetzbuch. Mit diesem seit Jahren von den Bonner Ultras vorbereiteten Entwurf soll ein Gesetz gegen das Volk geschaffen werden, das jede oppositionelle Regung gegen die verständigungsfeindliche und zum Kriege treibende Politik der atomaren Aufrüstung des Adenauer-Regimes im Keime erstickt. Der wachsende Widerstand in breiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung gegen die Bonner Machthaber soll durch ein neues Gesinnungsstrafrecht und durch einen politischen Justizterror gebrochen werden, der an die schlimmsten Praktiken der Nazizeit erinnert. Das kommt auch in der Festlegung des sogenannten Geltungsbereichs zum Ausdruck, der sich unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts auf Gebiete erstrecken soll, die die deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg verspielt haben. Innenpolitisch reaktionär, außenpolitisch aggressiv und revanchistisch – das war und ist seit jeher das Gesicht imperialistischer Unrechtspolitik.

Alles das ist kein Zufall. Die vorliegende Dokumentation beweist:

Von 24 Mitgliedern der sogenannten „Großen Strafrechtskommission“ – die den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vorbereitete – bekleideten 16 nicht nur einflußreiche Funktionen im Hitlerstaat, sondern waren selbst maßgeblich als Gesetzmacher und NS-Ideologen an Hitlers Blutjustiz beteiligt. Es kennzeichnet den Entwurf und seine Verfasser, wenn in der amtlichen Begründung hervorgehoben wird, man habe in ihn „wertvolle Gedanken“ aus dem faschistischen Strafgesetzbuch-Entwurf von 1936 aufgenommen. Und es ist eine offene Verhöhnung aller in der westdeutschen Bevölkerung lebenden humanistischen und fortschrittlichen Traditionen unseres Volkes, wenn die Bonner Regierungserklärung zum heutigen Strafgesetzbuch-Entwurf mit frecher Stirn behauptet, darin setze sich das Volk „ein Denkmal seines Geistes“.

Wessen „Geist“ die Bonner Justiz beherrscht, enthüllt der zweite Teil der Dokumentation. Hier werden neue Tatsachen und Dokumente über die Blutschuld der im Hintergrund wirkenden Ministerialbürokratie in den westdeutschen Justizministerien veröffentlicht. Ihre Repräsentanten waren geschäftige Vollstrecker des blutigen Terrors der Hitler-Freisler, und sie stellen heute in den Ministerien des Bonner Staates als willfährige Vollstrecker des Gesinnungsterrors der westdeutschen Machthaber erneut die Weichen, wie z. B. der Globke des faschistischen Reichsjustizministeriums, Maßfeller, heute Ministerialrat im Bonner Bundesjustizministerium.

Die Dokumentation zeigt:

Unter den Fittichen Globkes und seiner braunen Notstands-Exekutive wurde die Bonner Justizbürokratie zu einer Unterdrückungsmaschinerie gegen Frieden, Fortschritt und Verständigung. Bewährte Hitlerdiener in der sogenannten „Großen Strafrechtskommission“ und in den Justizministerien setzen alles daran, die Bevölkerung völlig rechtlos zu machen und die gesamte westdeutsche Rechtspflege nach Nazipraxis auszurichten.

Die grundsätzlich unterschiedliche Entwicklung des Rechtslebens in der DDR bestätigt:

Die Deutsche Demokratische Republik ist der deutsche demokratische Rechtsstaat – sowohl im Sinne der historischen Rechtmäßigkeit als auch im Sinne der wahren Gerechtigkeit und tiefen Humanität seiner Rechtsordnung. Auch in ihrer Rechtsentwicklung verkörpert die Deutsche Demokratische Republik die Zukunft der Nation, ist sie das Vorbild für ganz Deutschland.

Die Experten der faschistischen Terrorjustiz sind die Fabrikanten der westdeutschen „Strafrechtsreform“

In der Bonner Rosenberg — dem Sitz des Bundesjustizministeriums — erklärte am 6. April 1954 der damalige Bundesjustizminister in der ersten konstituierenden Sitzung der „Großen Strafrechtskommission“ im Anschluß an eine Würdigung der nazistischen Versuche, das System der Unmenschlichkeit rechtlich zu fixieren:

„Daß der Entwurf 1936 so wertvolle fachliche Substanz enthielt, ist den Männern zu danken, die in der damaligen Kommission unerschrocken für ihre rechtliche Überzeugung und für die Grundsätze des Rechtsstaates eintraten... Heute leben Gott sei Dank noch Männer, die mit den früheren Entwürfen groß geworden sind und vor allem selbst an der Ausarbeitung beteiligt waren. Wir schätzen uns glücklich, einige unter uns zu wissen und durch sie die lebendige Verbindung mit der Tradition gesichert zu sehen, die uns so wichtig und wertvoll sein muß. Dieser Zusammenhang ist es nicht zuletzt, der uns dazu drängt, nicht länger zu zögern, sondern mit der Arbeit zu beginnen.“ (Bd. I. S. 24)

Derselbe Zusammenhang drängt aber uns, gegenüber der Öffentlichkeit den Beweis zu führen, welche verhängnisvolle Rolle gerade diese Männer während des Naziregimes gespielt haben und heute wieder spielen.

Zur Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen westdeutschen Strafgesetzbuches konstituierte sich im Jahre 1954 eine sogenannte Große Strafrechtskommission, die nach insgesamt 143 Sitzungen im Jahre 1959 einen Entwurf mit 484 Paragraphen fertigstellte und diesen der Bundesregierung vorlegte. Inzwischen wurde der Entwurf als E 1962 vom Bundesrat gebilligt, dem Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet und dort in erster Lesung behandelt.

Der „Großen Strafrechtskommission“ gehörten 24 namhafte westdeutsche Juristen an. Davon bekleideten 16 nach bisherigen Feststellungen einflußreiche Funktionen im Hitlerstaat.

Außer fünf Vertretern der Bundestagsfraktionen, deren Vergangenheit noch nicht untersucht ist, nahmen teil: sieben Strafrechtslehrer

davon 6 belastet:

1. Prof. Dr. Gallas,
2. Prof. Dr. Mezger,
3. Prof. Dr. Bockelmann,
4. Prof. Dr. Lange,
5. Prof. Dr. E. Schmidt,
6. Prof. Dr. Welzel;

drei Vertreter der Landesjustizverwaltungen —

davon 2 belastet:

7. Oberstaatsanwalt Fritz (Hessen),
8. Ministerialdirigent Dr. Wilkérling (Niedersachsen);

zwei Vertreter des westdeutschen Richterbundes —

beide belastet:

9. Oberstaatsanwalt Dr. Bader,
10. Landgerichtspräsident Dr. Voll;

drei Vertreter der Bundesjustizbehörden —

alle belastet:

11. Ex-Generalbundesanwalt Fränkel,
12. Senatspräsident Dr. Jagusch,
13. Senatspräsident Dr. Kanter;

ein Vertreter des Strafrechtsausschusses der westdeutschen Rechtsanwaltskammer — Belastungen bisher nicht bekannt;

und zur „Abrundung der Kommission“

drei Mitglieder der ehemaligen NS-Gesetzgebungskommission und Nazijuristen, deren Erfahrungen und Kenntnisse dem Bundesjustizminister unentbehrlich erschienen —

sämtlich belastet:

14. Reichsgerichtsrat a. D. Prof. Dr. Niethammer,
15. Senatspräsident Dr. K. Schäfer,
16. Senatspräsident Dr. Paul-Heinz Baldus

vierundzwanzig **davon 16 schwer belastet**

Naziprofessoren wieder aktiv

Es ist die vornehmste Aufgabe der Rechtswissenschaft eines jeden Staates, sich für die Verwirklichung der Grundsätze der Menschlichkeit, Demokratie und Gerechtigkeit einzusetzen. Die besondere Verantwortung der Rechtswissenschaftler ergibt sich aus ihrer Stellung als Erzieher der heranwachsenden akademischen Jugend und der Rolle der Rechtswissenschaft bei der Gesetzgebung und der Interpretation der Gesetze.

In dieser Dokumentation wird der Nachweis geführt, daß heutige westdeutsche Rechtswissenschaftler die Politik des faschistischen Staates verwirklichen halfen.

Viele, die heute wieder auf den Lehrstühlen an den westdeutschen Universitäten, in einflußreichen Positionen oder in den Gesetzgebungskommissionen der Bundesrepublik sitzen, sind 1933 mit fliegenden Fahnen in das Lager der Nazis übergegangen. Sie sind daher für die Verbrechen des NS-Staates mit verantwortlich. Die Rechtswissenschaft lieferte den Nazis alle Theorien, deren sie bedurften. Es gibt auch nicht ein Teilstück der Nazidoktrin, das nicht eifertig von ihnen in die Rechtswissenschaft und in die Gesetzgebung aufgenommen wurde.

★ Die bürgerliche Demokratie wurde herabgewürdigt, beschimpft und als dem „deutschen Wesen“ nicht entsprechend abgetan.

★ Juristische Wissenschaftler priesen die faschistische Phrase vom „Führer-Gefolgschaftsprinzip“ und verbrämen auf diese Weise die terroristische Diktatur.

★ Die territorialen Forderungen des deutschen Imperialismus wurden von Naziprofessoren juristisch begründet. Sie rechtfertigten den Raubkrieg und warfen das Völkerrecht über Bord.

★ Sie scheuten sich nicht, widerliche Rassenüberheblichkeit und einen verbrecherischen Antisemitismus zu propagieren.

Sie erklärten schlechthin alles für Recht, was dem Nazistaat nutzte.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik brauchen solche „Wissenschaftler“ — die ihre Unentbehrlichkeit auch heute schon wieder unter Beweis gestellt haben — nicht nur zur erneuten Ausschaltung der demokratischen Kräfte im Innern, sondern auch zur juristischen Begründung und Rechtfertigung der aggressiven Revanchebestrebungen nach außen.

Unterstützte bedingungslos den „totalen Krieg“

Prof. Dr. Gallas wirft sich bei der Erörterung der faschistischen „Volksschädlingsverordnung“ zum Fürsprecher drakonischer Strafen selbst bei Begehung eines einzigen geringfügigen Delikts auf:

„So gesehen stehen daher auch für die Auslegung des Begriffs ‚Volksschädling‘ grundsätzlich nur zwei (möglicherweise miteinander zu verknüpfende) Typen zur Wahl: ‚Volksschädling‘ ist entweder, wer seiner individuellen Persönlichkeit, seiner Artung und Lebensführung nach als solcher erscheint, oder wer sich im konkreten Fall (objektiv und subjektiv) ‚volksschädlich‘ verhält.“ (60. Bd. der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ S. 399)

Weiter heißt es:

„Die Strafdrohungen der VO beruhen im wesentlichen auf zwei Gesichtspunkten. Einmal auf Zweck-erwägungen, auf dem Gedanken, daß während des Krieges auch die innere Front gegen Zersetzungserscheinungen aller Art wirksam geschützt werden muß. Der Versuchung etwa, die die totale Verdunkelung zumal der Großstädte für eine kriminelle Ausnutzung bietet, kann nur durch drakonische Strafandrohungen entgegengewirkt werden. Der zweite Gesichtspunkt ist ein ethischer: Wer in der Not der Kriegszeit der um ihre Existenz kämpfenden

Gemeinschaft durch Sabotage dieses Abwehrkampfes oder durch Ausbeutung der Notlage für eigennützige Zwecke in den Rücken fällt, zeigt ein Maß an verwerflicher und verächtlicher Gesinnung, das schwerste Sühne verdient . . .“

Und an anderer Stelle:

„Auch denjenigen, der einer für ihn einmaligen Versuchung erliegend, die Gunst der Verdunkelung zu einem schweren Angriff auf Leben oder Eigentum nützt oder im frei gemachten Gebiet plündert oder der aus Gründen persönlicher Rache Erntevorräte durch Brandstiftung vernichtet, müssen die schweren Strafdrohungen der VSchVO treffen, soll diese ihre abschreckende Wirkung gerade gegenüber den zusätzlichen Tatantrieben entfalten, die die Ausnahmeverhältnisse des Krieges mit sich bringen . . . (S. 400) Dabei ist zu beachten, daß eine vom Täter bewiesene besonders verwerfliche Gesinnung seine Tat auch dann als volksschädlich erscheinen läßt, wenn sie in ihrem objektiven Gewicht hinter dem geforderten Ausmaß zurückbleibt.“ (a. a. O. S. 404)

Durch solche und ähnliche Kommentare zur faschistischen Terrorgesetzgebung erwarb sich Gallas die Voraussetzungen zur Mitarbeit in der westdeutschen Strafrechtskommission.

Mit der Gestapo Hand in Hand

Einer der „prominenten“ Strafrechtsprofessoren der Nazis und Adenauers war bis vor kurzem der ordentliche Professor für Strafrecht und Strafrechtsphilosophie an der Universität München, Dr. jur., Dr. med. h. c. Edmund Mezger.

Wie Gallas war er ein führender Vertreter des faschistischen Gesinnungsstrafrechts, das nach Belieben gegen alle Gegner des Nazistaates angewandt wurde.

Bereits 1935 hat Mezger in der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“, Berlin/Leipzig 1935,

Urquelle alles Rechts, und zwar nicht etwa nur im Gebiete des Gewohnheitsrechts, die Rechtsüberzeugung und Rechtsanschauung des deutschen Volkes in seiner gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. Nicht der historisch erforschbare Wille eines in der Vergangenheit tätig gewordenen Gesetzgebers, sondern das Versehen und die Auslegung des Gesetzes aus den Bedürfnissen und Anschauungen der nationalsozialistischen deutschen Gegenwart und ihrer politischen Struktur erschließt das im Gesetz enthaltene wirkliche Recht. Das gilt gleichermaßen für die Gesetze, die aus der Zeit des vergangenen Staates in die Gegenwart hereinragen, wie für die Gesetze, die der neue nationalsozialistische Staat selbst erlassen hat.

Denn auch der neue Staat schafft sich im Gesetz sein Recht. Es hieße die politische Wirklichkeit aufs schlimmste verkennen, wollte man leugnen, daß in der Gesetzgebung des Reiches und in ihren neu gewonnenen und geordneten Formen die höchste Rechtsmacht des Dritten Reiches verkörpert ist. Dies gilt im besonderen auch für die Strafgesetzgebung: auch das kommende deutsche Strafrecht soll und wird in Gesetzesform ins Leben treten.

Gesetzespositivistische Betrachtung der materiellen Rechtswidrigkeit in diesem neuen, heute allein zulässigen Sinne bedeutet also lediglich: die Betrachtung der materiellen Rechtswidrigkeit von der Seite des kommenden Strafgesetzes her. Dies und nichts mehr ist hier gemeint. Unsere Untersuchung soll mit anderen Worten diejenigen Bestimmungen des Entwurfs aufweisen, die schon von Gesetzes wegen eine materielle Bestimmung von Recht und Unrecht nahelegen oder fordern.

2. An erster Stelle ist hier die bedeutsame Vorschrift über das zum Vorsatz erforderliche Bewußtsein der Rechtswidrigkeit zu nennen. Steht sie zunächst auch nur im Rahmen der Schuldformen, so gibt sie doch über die Unrechtsauffassung des neuen Staats ganz besonders wertvolle Auskunft. Nach ihr muß sich der Täter bewußt sein oder in Kauf nehmen, »Unrecht zu tun oder gegen ein Gesetz zu verstoßen«. Wo der Täter den positiven Verstoß seines Handelns gegen ein gegebenes »Gesetz« kennt, handelt er mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Aber auch ohne solche Kenntnis tut er dies, wenn er sich bewußt ist oder in Kauf nimmt, »Unrecht zu tun«. Mit anderen Worten: nicht das »formelle« Gesetz allein entscheidet — das »materielle« Unrecht lebt in und neben ihm sein selbständiges Dasein und

fordert seine Wirkungen für das Volk.

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Herausgegeben von
Prof. Dr. v. Praes v. Lest und Adolf Dechert

Die materielle Rechtswidrigkeit im kommenden Strafrecht.

I.

Von Dr. Edmund Mezger, Professor in München.

Daß das kommende Strafrecht des deutschen Staates vom Gedanken der materiellen Rechtswidrigkeit beherrscht sein soll, wird heute allgemein gefordert. Es erscheint daher zutreffend, diesen Gedanken der materiellen Rechtswidrigkeit, seinen Ursprung und seinen Inhalt, so wie er für das kommende Strafrecht maßgebend ist, einer weiteren wissenschaftlichen Erörterung und Klärung zuzuführen. Dabei schließen sich die nachfolgenden Ausführungen an an den Entwurf eines Deutschen Strafgesetzbuchs, wie er aus der 1. Lesung der amtlichen Strafrechtskommission des Reichsjustizministeriums in den Jahren 1933/34 hervorgegangen ist.

Dieses Recht lehnt den Gesetzespositivismus im alten Sinne in radikaler Form ab. Unter einem solchen falschen Gesetzespositivismus verstehen wir die Auffassung, als stelle das Gesetz, das heißt der vom Gesetzgeber ausdrücklich erlassene Gesetzesbefehl, die alleinige Substanz des Rechts auf dem von ihm in Anspruch genommenen Lebensgebiet dar. Ihre extremste, aber keineswegs einzige Ausgestaltung hat diese Auffassung im Gedankenkreis der französischen Revolution und in dem reinen, von allen geschichtlichen und soziologischen Tatsachlichkeiten losgelösten Normativismus der österreichischen Rechtsschule erfahren. Nach nationalsozialistischer Auffassung ist demgegenüber

*) Referate (I, II) und Aussprache (III) anlässlich einer Strafrechtslehrer-Zusammenkunft am 19. und 20. März 1933 in Weimar.

Zeitschr. f. d. ges. Strafrechtsw., LV.



Leipzig 1935
Grünyer & Co.
Verlag - 1. Gesamte, vollständige Ausgabe
1. Teilband - 1. u. 2. Band

Zoo kommende deutsche
Stoßrecht

Besonderer Teil

Bericht über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommissionen

Dr. J. B. ...
...
...

нод бичигданаар, 2013

Staatssekretär Dr. Freiler; Prof. Dr. Ungler (Breslau); Prof. Dr. Schaffstein (Biel); Ministerialdirektor Abgeordneter Dr. Dürer (München); Ministerialrath; Ministerialbeige Dr. Hupf.-Kat Dr. E. Schöfer; Landgerichtspräsident Dr. Lorenz (Leipzig); Prof. Dr. Graf Oleinow (Dresden); Prof. Dr. Häger (München); Melchiordeklarat Dietzmann (Leipzig); Ministerialrat Kochel; Ministerialdirektor E. Schöfer; Prof. Dr. Dahm (Biel); Landgerichtspräsidentheimer (Breslau); Staatsanwalt Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Zierack; Staatsanwalt Dr. Scherndorben (Leipzig); Prof. Dr. Dinkel (Breslau); Prof. Dr. Schirrmach (Breslau); Oberregierungsrat Dr. Döbner; Oberlandesgerichtspräsident Dr. Schöfer

2. सुनिश्चित

nach den Ergebnissen der zweiten Lesung neu bearbeitet



1036

Verlagsgesellschaft, Berlin 1909

44. Wirtschaftsverwaltungshauptamt
Amtsgruppenchef D
- Konzentrationslager -

Dikistreicherei

D I/Az.: 14 k 1 Da./Ot/S.-

100. A polymer of mass m and length l is suspended from a fixed point. The force exerted by the polymer is F . The force exerted by the polymer is F .

Oranienburg b. Berlin, 13. März 1944

Der AP f/ u. Chef d. Deutsch. Polizei
Der Chef des hies. lit. u. der SD.

27525	15.344
-------	--------

$\lambda_{\text{nl}g}$	
------------------------	--

Amt: 23

Besuche des Herrn Professor Dr. Mezei, 322
München im Konzentrationslager Dachau.
Dort Schreiben - V. A Nr. 261/44 - v. 8.3.44.
-/-

An das Reichssicherheitshauptamt

z. Hd. des 4-Standardführers und

Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Straße 8

~~Alein Dergang.~~
~~Dergang liegt bei~~
~~Dergang H. 1 Ref.~~

Reg. Amt V *L. 1873*

Sie wollen Herrn Professor Dr. Mezger mitteilen, daß er sich vor seinen Besuchen in Daeahu rechtzeitig mit dem Lagerkommandanten - H.-Obersturmbannführer W e i t e r - in Verbindung setzt, damit die von Herrn Professor Dr. Mezger benötigten Haftlinge bereitgestellt werden können.

LG Dr. Schenker

Quins

44-Gruppenführer und
Generalleutnant der Waffen-

Ms. A. 9. 2. 18

Berlin, am 10. März 1944

7.4.10.16

[Handwritten signature]

1.) Eintragen.

2.) Vermerk:

Professor Dr. Meizer in München, Universitätsrat hat den Wunsch geäußert, ihn von Fall zu Fall mit geeignetem Material aus dem Vorbeugungsreferat zu unterstützen, z.B. Akten über Querulanten und dergl. Hierwegen ist ein Schreiben an Gruppenführer Glücks erforderlich.

3.) Schreiben:

An

das Wirtschaftsverwaltungshauptamt

Amtsgruppe D

z.Hd. Gruppenführer Glücks

Oranienburg

Gruppenführer!

Seit Jahren arbeitet das Reichskriminalpolizeiamt mit Professor Dr. Meizer, München, einem der bekanntesten Strafrechtslehrer der Gegenwart und hervorragenden Kriminalbiologen zusammen. Prof. Meizer hat mich nun kürzlich gebeten, ihm von Zeit zu Zeit gewisses Material über Schwerstkriminelle und dergl. zu geben, was ich selbstverständlich bereitwillig zusagte. Bei dieser Gelegenheit äusserte Prof. Meizer auch den Wunsch, gelegentlich gewisse Menschentypen in den Konzentrationslagern - in Frage kommt praktisch nur Dachau - an Ort und

Stelle ansehen zu können.

Falls dies möglich ist, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie, Gruppenführer, solche gelegentlichen Besuche im KZ. Dachau gestatten und den Lagerkommandanten entsprechend anweisen würden.

Für Mitteilung Ihrer Entschliessung wäre ich sehr dankbar.

Heil Hitler!

Ihr

4) Am 1. März 1944.

Dorgelegt

Reg.

10

W. 1. 25.4.44

Dorgelegt
25.4.44

W. 1. 10

55. Bd., Heft 1, unter der Überschrift „Die materielle Rechtswidrigkeit im kommenden Strafrecht“ die faschistische Doktrin auf das Gebiet des Strafrechts übertragen (siehe Faksimile).

Als einer der ersten namhaften Rechtswissenschaftler leitete Mezger damit die Rechtswidrigkeit aus dem sogenannten gesunden Volksempfinden ab.

An späterer Stelle — nachdem von Rasse, Blut und Boden die Rede gewesen ist — wird vom Autor erläutert, was „gesunde Volksanschauung“ für materiell rechtswidrig hält:

„Materiell rechtswidriges Handeln ist Handeln gegen die deutsche nationalsozialistische Weltanschauung.“ (Die materielle Rechtswidrigkeit im kommenden Strafrecht, S. 9)

Daß die „gesunde Volksanschauung“ die Auffassung der Nazi-Partei darstellt, ist für den Faschisten Mezger eine Selbstverständlichkeit:

„Ihr (der NSDAP — d. Hg.) ist die bewußte Bildung der ‚gesunden Volksanschauung‘ als eine besondere Aufgabe übertragen und insofern ist sie allerdings entscheidend mit daran beteiligt, was materielle Rechtswidrigkeit ist.“ (a. a. O. S. 10)

Nach Meinung Mezgers verfahren die Nazis bei der Verfolgung der demokratischen Kräfte des Volkes zu milde. Er forderte ein vollkommenes Gesinnungsstrafrecht:

„Wenn wir uns dabei auf die im Vordergrund stehenden Delikte des Hoch- und Landesverrats beschränken, so bin ich allerdings auch meinerseits der Auffassung, daß namentlich der Landesverrat der Novelle vom 24. April 1934 die objektive Seite, z. B. in der Frage des Geheimnisverrats, zu einseitig in den Vordergrund schiebt. Ich gebe also hier denjenigen recht, die das Merkmal der verräterischen Gesinnung als das eigentlich wesentliche Merkmal stärker zu betonen wünschen.“ (a. a. O. S. 15)

Diese von ihm vertretenen faschistischen Theorien fanden ihren Niederschlag auch in der Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission aus dem Jahre 1936, in

der er unter Führung von Freisler und Thierack in engem Zusammenwirken mit den heutigen Mitgliedern der „Großen Strafrechtskommission“ K. Schäfer und E. Niethammer das faschistische Gesinnungsstrafrecht mitgestalten half.

Anläßlich einer Tagung der sogenannten Arbeitsgemeinschaft der deutschen Strafrechtslehrer am 6. und 7. September 1940 in Weimar begrüßte Mezger das verschärfte Gesinnungsstrafrecht in den faschistischen Kriegsgesetzen und schrieb unter der Überschrift „Tatstrafe und Täterstrafe, insbesondere im Kriegsstrafrecht“ im 60. Band der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ u. a.:

„Das Gesagte soll nun noch näher an dem hier besonders lehrreichen Kriegsstrafrecht aufgezeigt werden. Auf weitere Einzelheiten wird der Mitbericht von Gallas eingehen. Für ein unbefangenes Urteil kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Gedanke der ‚Täterstrafe‘ im Kriegsstrafrecht der deutschen Gegenwart eine wesentliche Erweiterung und Ausdehnung gewonnen hat.“

Mezger zeigt sich sehr befriedigt, daß in den in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen die von ihm mitbegründete faschistische Theorie vom Tätertyp verwirklicht ist. So werden von ihm u. a. angeführt die VO gegen „Volksschädlinge“ vom 5. September 1939, die VO gegen „Gewaltverbrecher“ vom 5. Dezember 1939, die VO zum Schutz gegen „jugendliche Schwerverbrecher“ vom 4. Oktober 1939, die VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die VO über den Umgang mit Kriegsgefangenen vom 11. Mai 1940, in der „jedermann jeglicher Umgang“ mit Kriegsgefangenen untersagt wird, und die VO zum Schutz der Metallsammlung des deutschen Volkes vom 29. März 1940. (a. a. O. S. 265/366)

Während Millionen von Menschen unter unsäglichem Leiden und Opfern Leben oder Gesundheit in den Todeslagern der SS lassen mußten, ist der Pseudowissenschaftler Mezger nicht davor zurückgeschreckt — genau wie die Bestien in Menschengestalt, die KZ-Ärzte Baumkötter, Mengele, Eisele, Herta Oberhäuser und andere —, seine menschenfeindlichen Studien am lebenden Objekt zu betreiben.

Bockelmanns „Kriegstätertypen“

Professor Paul Bockelmann — mit Mezger und Gallas bei den Arbeitsberatungen der westdeutschen „Großen Strafrechtskommission“ in der Bonner Rosenberg vereint — nahm eine zusammenfassende Würdigung des Ergebnisses der Beratungen vor. Er lobte

Referent Mezger und Korreferent Gallas und erweiterte ihre Ausführungen durch die von ihm daraus gezogene *Schlußfolgerung, daß diese „NS-Kriegstätertypen“ schon so geboren werden!* (a. a. O. S. 417)

Schon als Gerichtsassessor auf NS-Linie eingeschwenkt

Nach der ersten Lesung des nazistischen Strafgesetzentwurfs sieht sich auch Gerichtsassessor Richard Lange veranlaßt, dem NS-„Täterbegriff“ zu huldigen. Er beruft sich deshalb in seiner Doktordissertation „Der moderne Täterbegriff und der Deutsche Strafgesetzentwurf“ u. a. allein an einer Stelle (S. 11) gleich vier-

mal auf den höchsten Blutrichter Hitlers, Freisler, um ausgerechnet mit ihm zu beweisen, daß „die nationalsozialistische Strafrechtsreform“ mit ihrem „Schritt zum Willensstrafrecht keine Entwertung der Tatbestandsmäßigkeit“ bedeutet (vgl. Abhandlungen des kriminalistischen Instituts zu Berlin, 1935, S. 11).

Der moderne Täterbegriff und der deutsche Strafgesetzentwurf

Von

Dr. Richard Lange

Gerichtsassessor

[Auch erschienen für die Univ. Berlin.]



Berlin und Leipzig 1915

Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung - J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung
Georg Reimer - Karl J. Trübner - Veit & Comp.

Die nationalsozialistische Strafrechtsreform beabsichtigt aber durchaus nicht, die Tatbestände abzuschaffen. Das Wegfallen objektiver Statutbestandteile überhaupt würde eine Auflösung des Strafrechts bedeuten¹⁾. Gerade in den objektiven gesetzlichen Tatbeständen — auch wenn sie gegenüber dem bisherigen System aufgelockert und auch wenn sie praktisch durch die Zulassung analoger Gesetzesanwendung erweiterbar gestaltet werden — liegt die objektive Sicherung nicht nur, sondern die Ermöglichung des Willensstrafrechts²⁾. Insbesondere bedeutet der Schritt zum Willensstrafrecht unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt keine Entwertung der Tatbestandsmäßigkeit. Der objektiv verwirklichte Tatbestand ist nicht mehr der unverrückbare Ausgangspunkt aller strafrechtlichen Feststellung. Es hat sich alles ins Subjektive verschoben. Aber das feste Rückgrat auch des Willensstrafrechts bildet das Verwirklichenwollen eines bestimmten gesetzlichen Tatbestandes.³⁾ Die Verwirklichung des Tatbestandes ist danach zwar nicht mehr Ausgangspunkt, wohl aber nach wie vor Richtpunkt der strafrechtlichen Feststellung.

Die grundsätzlichen Ergebnisse der Wissenschaft auf diesem Gebiet behalten daher auch de lege ferenda ihren Wert. Dies gilt auch dann, wenn zukünftig neben die Tatbestände als zweite unmittelbare (nicht wie bisher nur mittelbare) Rechtsquelle die gesunde Volksanschauung, das materielle Recht in diesem Sinne tritt⁴⁾. Denn auch hier ist ein Auffangen des Stromes, der aus der Quelle fließt, in einer festen Form für die praktische Verwendung unumgänglich. In diesem Sinne des rein handwerksmäßig Technischen ist notwendig jeder Rechtsbegriff formal. So führt der Weg zur unmittelbaren Erfassung des materiellen Unrechts über die Schaffung eines Zentraltatbestandes⁵⁾.

IV. Die beiden Hauptformen des Täterbegriffs in der deutschen Strafrechtswissenschaft.

Die deutsche Strafrechtswissenschaft hat in der letzten Zeit im wesentlichen zwei Begriffe der Täterschaft ausgeprägt: den

¹⁾ Freisler, Willensstrafrecht, Versuch u. Vollendung, S. 30.

²⁾ Freisler, a. a. O.

³⁾ Mezger, DJZ 1934, S. 100. vgl. auch Freisler, a. a. O. S. 30.

⁴⁾ Freisler, Schutz des Volkes oder des Rechtsbrechers? Festschrift des Verbrechens oder des Richters? Deutsches Strafrecht 35, S. 1 ff.

⁵⁾ Freisler, Deutsches Strafrecht, 35, S. 30.

Bewunderer des „Führers“ wieder unter alten Kameraden

Schon im Jahre 1936 triumphierte Prof. Dr. Eberhard Schmidt, daß

„die Welt des individualistisch entarteten Liberalismus endgültig hinter uns versinkt“

und

„dank der mutigen Führertat unsere Wehrmacht nach Jahren erzwungenen Schattendaseins sich erneut zu einem tragenden Hauptpfeiler unseres gesamten Volks- und Staatslebens gestaltet hat und ihrem Wesen ein neues Recht gebührt“.

(Wehrstrafrecht und allgemeines Strafrecht, ZfW 1936. S. 341)

Als Oberkriegsgerichtsrat empfiehlt er den Kriegsgerichten nach Proklamierung des totalen Hitlerkrieges weitgespannte Ermessensfreiheit und totale Form-entbundenheit.

„Der Wehrmachtsrichter soll gewiß auf äußerste Beschleunigung aller Strafverfahren bedacht und nicht ängstlich und kleinlich sein in der Ausnutzung seiner weitgespannten Ermessensfreiheit und fast totalen Form-entbundenheit, um die größte Zweckmäßigkeit im Sinne schlagkräftiger Handhabung der Strafrechtspflege walten zu lassen.“

(Die Kriegsstrafverfahrensordnung im Ganzen der deutschen Strafprozeßentwicklung, a. a. O. S. 434)
Schmidt begrüßt auch die totale Gerichtsherrlichkeit seines Führers:

„Ganz allgemein aber verdient die bemerkenswerte Tatsache Hervorhebung, daß neuerdings für den ganzen Bereich der bürgerlichen Justiz, also nicht nur für den Strafprozeß, sondern ebenso für den Zivilprozeß, vom Gedanken einer Gerichtsherrlichkeit des Führers gesprochen, also ein Kerngedanke der Militärjustiz herangezogen wird . . .“ (a. a. O. S. 439)

Pro Faschismus — kontra Liberalismus

In den von ihm veröffentlichten Grundzügen des allgemeinen Teils des Strafrechts hat sich auch Prof. Dr. Hans Welzel (NSDAP, Mitgliedsnummer 4 607 509) als ein bedingungsloser Verfechter des faschistischen Gesinnungsstrafrechts erwiesen. Insbesondere begrüßte er „die Beseitigung liberaler Einschlüsse durch den Nationalsozialismus, besonders der strengen Gesetzesgebundenheit des Richters, Neuordnung und Neubewertung der Verratsverbrechen, Straferschwerungen für zahlreiche Tatbestände, Akzentverlagerung im Verbrechenbegriff von der Erfolgs- auf die Willens- und Gesinnungsseite, Beseitigung der obligatorischen Milderbestrafung von Versuch und Beihilfe, Ausbau der Gesinnungsmomente“ usw.

Die von den Nazis eingeführten faschistischen Analogiebestimmungen bejahte er. Nicht das Gesetz, sondern das nazistische Rechtsbewußtsein war für ihn die Grundlage der Bestrafung.

Aus den Dokumenten ist ersichtlich, daß Welzel das in

ihn gesetzte Vertrauen der Nazis rechtfertigte, indem er schließlich am 1. Mai 1937 der NSDAP beitrug. Vom „Stellvertreter des Führers“ wurden keine Enwendungen gegen die am 10. Februar 1940 erfolgte Ernennung zum Professor erhoben.

In der 126. Sitzung der „Großen Strafrechtskommission“ am 8. April 1959 forderte Welzel die Bestrafung von Männern wie Heinemann und Niemöller bei der Beratung des Tatbestandes „Aufforderung zur Auflehnung gegen Gesetze“:

„Bei Fragen wie Wehrpflichtgesetz und Atombewaffnung handelt es sich um Probleme, die der einzelne nicht für sich allein entscheidet. Es sind Fragen von größter Tragweite und von grundsätzlicher Bedeutung für die Allgemeinheit . . . Auflehnung bedeutet nichts anderes als das, was z. B. Männer wie Heinemann oder Niemöller tun, die öffentlich erklären: Diese Gesetze sind ungültig, deshalb brauchen sie nicht befolgt zu werden.“

Blutstaatsanwalt im okkupierten Poznan

Als Vertreter des Landes Hessen gehört der „Großen Strafrechtskommission“ der heutige Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Frankfurt (Main), Heinz Fritz, an. Er hat insbesondere in der Zeit von 1941 bis 1945 im damals okkupierten Poznan (Polen) zahlreiche polnische Patrioten unter Anwendung der von Globke mit zu verantwortenden völkerrechtswidrigen „Polenstrafrechtsverordnung“ aufs Schafott gebracht. Darüber hinaus hat er aber auch unter Anwendung der von Schafheutle verfaßten Normen unschuldige deutsche Bürger dem Henker ausgeliefert. Eines seiner Opfer ist der noch am 25. November 1944 zum Tode verurteilte Schweißer Oskar Burmann aus Berlin-Steglitz, der unter Anwendung des § 91 b StGB wegen sogenannter

gefährlicher Feindpropaganda zum Tode verurteilt wurde.

OJs. 66.44 (56)

IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES

In der Strafsache gegen

1. den Schweißer Oskar Burmann, geboren am 3. Februar 1915 in Berlin-Steglitz, wohnhaft in Berlin-Steglitz, Frost-Straße 6, verheiratet, Reichsdeutscher,
2. die Ehefrau Anna Burmann, geb. Richter, geboren am 25. März 1905 in Berlin, wohnhaft in Reichenau B. im Kreise Kalisch, verheiratet, Reichsdeutsche, wegen Wehrkraftzersetzung —

hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Posen auf Grund der am 25. November 1944 stattgehabten Hauptverhandlung, an welcher teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Borck

als Vorsitzender,

Amtsgerichtsrat Pabst

als beisitzender Richter,

Staatsanwalt Fritz

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellte Lowatzki

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Wehrkraftzersetzung — begangen durch defaitistische Äußerungen mit der Absicht von Sabotage bei der Lebensmittelablieferung sowie im Sinne eines unglücklichen Kriegsausganges

verurteilt —

und zwar

Oskar Burmann zum Tode,

Anna Burmann zu drei Jahren Zuchthaus.

Dem Oskar Burmann werden die Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt.

Die Angeklagten haben auch die Kosten des Verfahrens zu tragen . . .

Während ihres Aufenthaltes bei Hermanns kam Frau Burmann wiederholt, und mit der Zeit immer häufiger, auf Politik zu sprechen, wobei sie, immer deutlicher werdend, aber immer, wenn niemand dabei war, dem Sinne nach, wenn auch mit wechselnden Worten zum Ausdruck brachte:

1. „Alles, was der Sprecher über unsere Kriegsführung im Rundfunk mitteilt, ist nicht wahr. Wenn unsere Truppen so viel Gefangene gemacht hätten, dann wäre der Krieg schon längst beendet. Deutschland kann den Krieg nie gewinnen, sondern nur England . . .“

Daß alle . . . inkriminierenden Äußerungen geradezu klassische Beispiele für Wehrkraftzersetzung sind, bedarf bei einem so klaren Sachverhalt keiner Ausführung . . .

Neben dem Verstoß in dieser Richtung haben die Angeklagten sich aber auch, wie in der schriftlichen Anklage zutreffend vermerkt ist, der Zuwiderhandlung gegen § 91 b StGB schuldig gemacht; denn die Verbreitung und Unterstützung feindlicher, noch dazu so niederträchtig gemeiner, heimtückischer, andererseits aber wieder so geschickt getarnter und deswegen besonders gefährlicher Feindpropaganda ist unter allen Umständen ein „Vorschubleisten“ zugunsten der Gegner . . .

Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung verlangen als Strafe in erster Reihe den Tod. Nur bei sogenannten „minderschweren Fällen“, die jedoch stets im einzelnen begründet und belegt werden müssen, vermag hiervon abgegangen werden. Daß bei Oskar Burmann nichts, aber auch gar nichts nach dieser Richtung vorliegt, hat die Hauptverhandlung ohne jeden Zweifel ergeben. Er steht den heutigen Verhältnissen so absolut indifferent gegenüber, daß er es nicht einmal für nötig befand, der NSV beizutreten.

Auf Antrag von Fritz wurden u. a. auch die beiden polnischen Frauen Agnes Drzewiecki und Maria Nowak wegen sogenannter deutschfeindlicher Gesinnung zum Tode verurteilt und ermordet.

Es ist bezeichnend für die westdeutsche Wirklichkeit, daß der damalige Vorsitzende des faschistischen Sondergerichts in Posen und stellvertretende Präsident dieses Gerichts, Dr. Karl Bömmels, heute wieder in einer hohen Funktion (Senatspräsident beim OLG Saarbrücken) im westdeutschen Justizapparat tätig ist, während der Beisitzer Breyer in einem Zuchthaus der DDR seine gerechte Strafe verbüßt.

Daß diese von Fritz praktizierte Mordjustiz Ausdruck einer fanatischen faschistischen Überzeugung war, ergibt sich u. a. auch aus seinen Personalakten.

Darin wird ihm bescheinigt, daß er als

„Mitglied der NSDAP in jeder Hinsicht als zuverlässig anzusehen ist“ (Blatt 25 seiner Personalakte 1 F 36).

Als Vertreter des zur Waffen-SS einberufenen Prof. Dr. Bruns übte er Lehrsichtigkeit an der Juristischen Fakultät der sogenannten Reichsuniversität in Posen aus (Blatt 27 seiner Personalakte).

Das besondere Vertrauen, das er bei den Nazis genoß, kam durch seine Berufung im August 1942 zum Beisitzer des Parteigerichts der NSDAP in Posen zum Ausdruck (Blatt 19 der Personalakte).

Es ist daher nur folgerichtig, wenn dieser Blutjurist Hitlers heute nicht nur erneut Gesinnungsjustiz als Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Frankfurt (Main) praktiziert, sondern, wie die „Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission“ beweisen, sich auch heute wieder mit großer Intensität darum bemüht, die Prinzipien des faschistischen Gesinnungsstrafrechts in das kommende westdeutsche Strafgesetzbuch einzufügen. In der 125. Sitzung der „Großen Strafrechtskommission“ am 7. April 1959 forderte Fritz bei der Beratung des Tatbestandes „Auflehnung gegen die Staatsgewalt“ die Einführung des faschistischen Gesinnungsstrafrechts mit folgender Begründung:

„Auch sonst strafen wir den untauglichen Versuch überall, wo der Versuch strafbar ist, denn wir wollen die ‚rechtsfeindliche Gesinnung‘ treffen. Warum dies gerade im Falle des Widerstandes anders sein sollte, vermag ich nicht einzusehen.“

Fritz nahm an über 100 Sitzungen der „Großen Strafrechtskommission“ teil und bemühte sich stets, Verschärfungen mit faschistischer Tendenz in den Beratungen durchzusetzen. So spricht er sich in der 104. Sitzung für die Strafbarkeit fahrlässig verbreiteter hochverräterischer Äußerungen aus. In der 105. Sitzung hat er keine Bedenken gegen die Einführung einer Generalklausel bei der Neufassung des berüchtigten § 90 a, dessen Verfassungswidrigkeit sogar das Bundesverfassungsgericht anerkennen mußte. In der 107. Sitzung will er im Gegensatz zu anders gesonnenen Juristen eine absolute Strafverschärfung allgemeiner Strafbestimmungen erwirken, falls ihre Verletzung in staatsgefährdender Absicht begangen wurde. Auf jeden Fall will er „dem Richter den Weg zur gesetzlichen Mindeststrafe verbauen“. In der 109. Sitzung bemüht er sich, jedes Gespräch, auch jede Unterhaltung mit Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik für strafbar zu erklären, und schließlich muß er sich in der 111. Sitzung sogar vom ehemaligen Generalbundesanwalt Dr. Güde vorwerfen lassen, daß ein Massenstreik nicht in jedem Falle als Nötigung eines Verfassungsorgans angesehen werden könne.

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

die Kantinenbedienung Maria Nowak aus Posen, Hohenzollenstrasse 15 W. 10, Geboren am 21. Februar 1911 in Posen, Polin, katholisch, ledig,
-i.d.S. zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt in Posen- wegen tätlichen Angriffs auf eine Deutsche
hat das Sondergericht II in Posen in der Sitzung vom 29. Oktober 1942, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Bömmels
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Dr. Hücklenbroich,
Landgerichtsrat Freyer
als beisitzende Richter,
Staatsanwalt Fritz
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizangestellter Pixberg
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen eines tätlichen Angriffs auf eine deutsche Frau zum Tode verurteilt.

Gründe:

Die jetzt 31 Jahre alte und angeblich nicht vorbestrafte Angeklagte ist Polin. Sie war im Kameradschaftsheim der Reichsbahn in Posen als Bedienerin im Esssaal beschäftigt. Ausser ihr arbeiteten im Kameradschaftsheim noch etwa 28 Polen. Das deutsche Personal besteht, abgesehen von dem Kantinenleiter und seiner Frau, lediglich aus drei Personen, zu denen die Zeugin Wessel, der im Kameradschaftsheim die Küchenaufsicht obliegt, und die als Küchenhilfe tätige Zeugin Widiger gehören.

Am 17. Oktober 1942 kam es zwischen der Angeklagten und einer anderen im Kameradschaftsheim der Reichsbahn angestellten Polin wegen eines Scheuertuches zum Streit, weil die Angeklagte einen in der Küche befindlichen Scheuertuch, der ihr angeblich aus dem Esssaal abhandgekommen war, für sich beanspruchte. Die Zeugin Wessel griff in den Streit ein und rief der Angeklagten zu, sie solle den Lappen herausgeben. Die Angeklagte reagierte hierauf jedoch nicht. Ebenso liess sie eine zweite dies

bezügliche

Sd. 4 Nr. 175/42
(III D 39)

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache

gegen die Hausangestellte Agnes Dziewicki aus Posen, Wiesenstrasse 8 W. 4, bei Richter, geboren am 28. Dezember 1904 in Swierczyn, Kreis Lisse, Polin, ledig,
-i.d.S. zuerst in der Untersuchungshaftanstalt in Posen- wegen deutschfeindlichen Verhaltens
hat das Sondergericht III in Posen in der Sitzung vom 20. Juni 1942, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Dr. Hücklenbroich
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Pollok
Landgerichtsrat Freyer
als beisitzende Richter,
Staatsanwalt Fritz
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizangestellter Kaiser
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen Bekundung einer deutschfeindlichen Meinung und Schmälgung des Ansehens und Wohles des deutschen Volkes zum Tode verurteilt.

Die Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gründe:

Die Angeklagte ist Polin und war seit Anfang Dezember 1941 in Posen in dem gemeinsamen Haushalt der beiden deutschen Unselbstständigen Richter und Marta Ostera als Hausangestellte tätig. Sie erhielt neben freier Station monatlich 25.-- RM Lohn. Der von ihr zu bestrahlende Haushalt bestand aus einer 4-Zimmer-Wohnung. Zum Haushalt gehörten noch 2 Kinder. Die Zeugin Ostera war jedoch der Angeklagten im Haushalt noch beihilflich.

Obwohl die Angeklagte stets ordentlich behandelt wurde und sich keineswegs zu überarbeiten brauchte, verrichtete sie ihre Arbeiten nur unwillig und unordentlich und benahm sich derart frech und herausfordernd, so dass der Zeuge Richter sie schon einmal entlassen wollte. Auf Zureden der Zeugin Ostera und mit Rücksicht auf den Mangel an Dienstpersonal wurde sie jedoch in ihrer Stellung belassen.

Das

Der Reichsminister der Justiz

IV g 1 5929/44

Es wird gebeten, dieses Gerichtsbescheiden und den
Entscheidungen bei weiteren Schritten zuzugehen.

Abschrift!

Berlin W 8, den 6. April 1944

Wilhelmstraße 6

Telefon 11 00 11 abwärts 11 65 16

An

den Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Herbert
Marek u.A. wegen Wehrkraftzersetzung
bzw. Vergehens nach § 2 des Gesetzes
vom 20. Dezember 1934 - Sg 13 Js 1646/43
der Staatsanwaltschaft Kattowitz.

Anlagen: 1 Band,
1 Anklageentwurf,
1 Berichtsabschrift,
1 Erlaß.

An
den Herrn Oberstaatsanwalt
in Kattowitz

Den in Abschrift beiliegenden Bericht des Oberstaats-
anwalts in Kattowitz vom 22. März 1944 nebst Akten und Anklageent-
wurf übersende ich mit der Bitte um Prüfung, ob die Voraussetzun-
gen

Betrifft: wie oben
Zu Sg 13 Js. 1646/43 vom 22. März 1944

Nachrichtlich
dem Herrn Generalstaatsanwalt
in Kattowitz

(zu 143 B - 2. 2/2/44 vom 27. März 1944)

Staatsanwaltschaft
Bautzen O/S - Kattowitz

Eing. 15. 4. 1944

Akt Heft Anl.

- 2 -

Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechts-
verordnung erfüllt sind.

In dem beiliegenden Erlaß habe ich die Strafverfolgung
aus § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1934 gegen Marek vor-
sorglich angeordnet.

Im Auftrag
Dr. Wilkerling

Berlin, den 6. April 1944

Abschrift zur Kenntnis.

Im Auftrag
Dr. Wilkerling

W. J. Mehnert (neue Fassung)

17. April 1944



Beglaubigt

Kammerrichter
Zuständigkeitsbereich

Selbstbestimmungsrecht soll wieder mit Füßen getreten werden

Der Ministerialdirigent Dr. Joachim Wilkerling ist als Vertreter der Landesjustizbehörden Niedersachsens Mitglied der „Großen Strafrechtskommission“. Am 25. November 1944 wurde er zum Ministerialrat im faschistischen Reichsjustizministerium befördert. Teilnehmer am Kapp-Putsch, seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 2 762 003) und zahlreicher weiterer Gliederungen (NSDRB, RBB, NSV, NNB, NSRL), war Wilkerling während des zweiten Weltkrieges

„aus zwingenden Gründen der Reichsverteidigung zur Erfüllung kriegswichtiger behördlicher Aufgaben vom Wehrdienst freigestellt“.

In Erfüllung seiner „kriegswichtigen behördlichen Aufgaben“ leistete er Zutreiberdienste für den Volksgerichtshof und erhielt dafür das Kriegsverdienstkreuz. Beispielsweise sorgte Wilkerling eigenhändig dafür, daß das im Jahre 1944 beim Oberstaatsanwalt im okkupierten Katowice wegen Wehrkraftzersetzung anhängige Verfahren gegen Marek und andere an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof abgegeben wurde, um zum sicheren Todesurteil zu kommen.

Es ist daher nur die gradlinige Fortsetzung seiner damaligen ministeriellen Tätigkeit, wenn er heute im Rahmen der „Großen Strafrechtskommission“ schon wieder für die Ausdehnung jener Tatbestände (§§ 166 bis 168) eintritt, die die Souveränitätsrechte anderer Staaten gröblichst verletzen.

Zwei Vertreter des Richterbundes mit NS-Praxis

In der „Großen Strafrechtskommission“ wurden alle westdeutschen Richter und Staatsanwälte durch zwei Vertreter des Strafrechtsausschusses des (west-)deutschen Richterbundes vertreten. Offenbar gab es keine Würdigeren als die beiden Nazijuristen Dr. Bernhard Bader und Dr. Gustav Voll, die während aller Beratungsperioden die westdeutsche Richterschaft repräsentieren durften.

Der Vertreter des westdeutschen Richterbundes Voll wurde am 17. September 1934 von „seinem Führer“ verpflichtet. Aber schon vorher — seit Oktober 1933 — ließ er es sich nicht nehmen, als stellvertretender Bezirkspressewart, Mitglied des Gaustabes z. b. V., Ehrengerichtsbeisitzer und Fachberater der Gruppe Richter und Staatsanwälte im Rahmen des NSRB, dem er seit 2. Oktober 1933 angehörte (Mitgliedsnummer 19 873), aktiv für die Nazis tätig zu sein. Schon in einer Beurteilung aus dem Jahre 1935 wird durch den Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Traunstein lobend hervorgehoben, daß er

„ein sehr fleißiger, pflichtbewusster und gewandter Arbeiter mit großer Spannkraft und rascher Entscheidungsfähigkeit ist, der sich insbesondere auch bei der Behandlung schwieriger politischer Straffälle als außerordentlich tüchtiger erwiesen hat“.

Die gleiche Hochschätzung wurde ihm durch den damaligen Oberlandesgerichtspräsidenten, Dr. Dürr aus München zuteil, der ihm am 9. Dezember 1942 bescheinigte,

„daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt“.

Dem heutigen Bundesjustizministerium und den Mitgliedern der „Großen Strafrechtskommission“ erschienen die Erfahrungen und die Persönlichkeit des Dr. Voll so wertvoll, daß er wiederholt für würdig befunden wurde, den Vorsitz der Kommission zu übernehmen.

Auf welche Weise er seine faschistischen Erfahrungen in die Beratungen einfließen läßt, zeigen z. B. seine Bemühungen in der 114. Sitzung, der Presse einen stabilen Maulkorb umzuhängen.

In dieser Sitzung stand die von der 1. Unterkommision beschlossene Vorschrift über „Störungen der Rechtspflege“ zur Debatte. Die Presse hatte sich energisch gegen die Einführung einer solchen Vorschrift gewandt, weil dadurch jede Berichterstattung und z. B. jede „kritische Äußerung über Veit Harlan und Remer in Zukunft verboten seien“.

Voll forderte dagegen mit Nachdruck:

„... Eine solche Vorschrift halte ich allerdings für äußerst notwendig. Aus eigenem Erlebnis könnte ich Ihnen zahlreiche Beispielfälle nennen, daß die Rechtsfindung durch öffentliche Erörterung, namentlich in der Presse, außerordentlich erschwert wird. Man ist manchmal kaum noch in der Lage, die Geschworenen zu einer vorurteilsfreien, vernünftigen Entscheidung zu bringen.“

Der zweite Vertreter des westdeutschen Richterbundes ist Bernhard Bader. Der faschistische Gerichtsassessor bedauerte lebhaft, daß er wegen eines Augenleidens als Brillenträger nicht in die SS aufgenommen wurde. Der Nazipartei gehörte er unter der Mitgliedsnummer 4 136 934 an.

Der verhinderte SS-Mann mühte sich mit den anderen Bonner Nazijuristen bei der Beratung der neuen Landesverratsbestimmungen ab, um Voraussetzungen zu finden, die den sogenannten schweren Fall begründen könnten. Es bestand Einigkeit darüber, daß ein außergewöhnlich schwerer Nachteil für die Bundesrepublik vorliegen muß. Da aber den Gerichten ein entsprechender Nachweis nicht möglich wäre, regte Bader kurzerhand an, sie von dieser unlösbaren Aufgabe zu befreien und auf den Nachweis eines außergewöhnlich schweren Nachteils einfach zu verzichten.

Von der Reichsanwaltschaft zur Bundesanwaltschaft

Als Stellvertreter des ehemaligen Generalbundesanwalts Dr. Güde nahm sein Nachfolger Wolfgang Immerwahr Fränkel an der Kommissionsarbeit teil. Auch er gehört zu denen, die bei der Beratung politischer Tatbestände die sonst oftmals nur notdürftig verhüllte faschistische Tendenz offen zutage treten ließen und wider besseres Wissen eine hemmungslose Hetze gegen die DDR und das ganze sozialistische Lager betrieben. In der Sitzung am 6. April 1959 ließ er die bei anderen Tatbeständen oftmals auferlegten Hemmungen fallen und führte aus:

„Ich selbst verfüge auf diesem Gebiet über keine besondere sachliche oder persönliche Erfahrung . . .

Das Entscheidende und das für unser Rechtsempfinden Empörende liegt darin, daß jemand, der den sowjetzonalen Organen wegen eines politischen Delikts oder eines Wirtschaftsdelikts in die Hände fällt, damit einem unkontrollierbaren Schicksal ausgeliefert wird.“

Ausgerechnet der 50fache Justizmörder und Ex-Generalbundesanwalt Fränkel, gegen den unter dem Druck des von der DDR veröffentlichten Beweismaterials (siehe „Von der Rechtsanwaltschaft zur Bundesanwaltschaft“, Ausschuß für Deutsche Einheit; Berlin 1962) sogar in Karlsruhe ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingeleitet werden mußte, wagt es, die Justizorgane der DDR zu verunglimpfen.

Mörder dänischer und deutscher Patrioten — „prominentes“ Kommissionsmitglied

Ein weiteres prominentes Mitglied der „Großen Strafrechtskommission“ war Senatspräsident des berüchtigten 3. (politischen) Strafsenats des Bundesgerichtshofes, Dr. Ernst Kanter. Er war bereits am 1. Mai 1933 unter der Mitgliedsnummer 3 055 843 in die NSDAP aufgenommen worden. Damit war die wichtigste Voraussetzung für seine rasche Karriere geschaffen. Sie führte vom Landgerichtsrat in Koblenz zum Richter am Reichskriegsgericht, vom verantwortlichen Mitarbeiter des OKH und des OKW Hitlers über den Chefrichter im okkupierten Dänemark bis zum Generalrichter der Naziwehrmacht. In den Veröffentlichungen des Ausschusses für Deutsche Einheit wurde seine

Schuld an der Ermordung von zwölf deutschen Soldaten und 486 dänischen Patrioten und Widerstandskämpfern exakt nachgewiesen. Zu diesen Mordtaten kommen noch Hunderte Jahre an Zuchthaus und Gefängnis, die entweder von ihm selbst oder von den ihm unterstellten Kriegerichtern verhängt wurden. Das einzige Verbrechen ihrer Opfer bestand darin, daß sie dem unmenschlichen Nazikrieg und seinem sinnlosen Morden ein Ende bereiten wollten. Nur den Enthüllungen in der Deutschen Demokratischen Republik ist es zu danken, daß dieser Massenmörder aus seiner Funktion entfernt werden mußte.

Totengräber der freien Gewerkschaften unterhöhlt Grundgesetz

Als Nachfolger Kanters übernahm den Vorsitz des berüchtigten 3. Senats des Bundesgerichtshofes Heinrich Jagusch.

Er wurde schon frühzeitig ein Vertrauensmann der Nazis. Sein Name stand auf der Agentenliste der Gauleitung Berlin der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO). Das war der Terror- und Spitzelapparat der Hitlerfaschisten in den Betrieben. Er bereitete die Zerschlagung der freien Gewerkschaften vor. Von den Spitzeln der Nazi-„Betriebszellen“ wurden aufrechte Arbeiter terrorisiert und die Listen der zahllosen Gewerkschaftler zusammengestellt, die von den Unternehmern auf die Straße gesetzt und von den SA-Horden aus den Wohnungen und Betrieben weg in die Folterkeller und Konzentrationslager geschleppt und mißhandelt wurden. In der Gemeinschaft mit diesen Vertrauensleuten des deutschen Monopol- und Rüstungskapitals witterte Jagusch die Chance für die Verwirklichung seiner eigensüchtigen Bestrebungen — und die Nazis erkannten schon frühzeitig, daß dieser Mann seiner ganzen Ideologie nach zu ihnen gehört.

Am 2. Mai 1933 trug die Arbeit der NSBO ihre abscheulichen Früchte: Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen, ihre Häuser überfallen, ihr Vermögen geraubt. Eine riesige Terrorwelle gegen aufrechte Gewerkschafter raste durch Deutschland.

Zu eben diesem Zeitpunkt, Anfang Mai 1933, wurde Heinrich Jagusch von der Gauleitung Berlin der NSBO als ehrenamtlicher „Rechtsberater“ für ihre Mitglieder eingesetzt. (Jagusch hatte sich durch private Lektüre einige arbeitsrechtliche Kenntnisse angeeignet.) In dieser Eigenschaft war es nunmehr seine Aufgabe, als Vertrauensmann der Nazigauleitung sogenannte arbeitsrechtliche Forderungen der Nazispitzel in den Betrieben durchzusetzen.

Da jetzt auch für Jagusch selbst kein Grund mehr zum Verbergen seiner nazistischen Gesinnung bestand, wurde er am 9. Juli 1933 Mitglied des „Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps“ (NSKK). Er erhielt die Mitgliedsnummer 38 161. Im sogenannten Motorsturm 44 der Motorstandarte 30 in Berlin-Schöneberg, Badensche Straße 56, die später wegen ihrer besonderen Aktivität bei den nazistischen Judenpogromen durch „Führerbefehl“ den Namen des Nazidiplomaten Ernst vom Rath erhielt, rückte Jagusch bis zum Oberscharführer auf.

Seine erste öffentliche Nazifunktion hat Jagusch offenbar zur vollen Zufriedenheit seiner Auftraggeber erfüllt: Bereits am 1. August 1933 wurde er auch offiziell hauptamtlicher Nazifunktionär. Er wurde als „Rechtsschutzangestellter“ in den „Deutschen Büro-

und Behördenangestellten-Verband“ dirigiert, um dessen Einverleibung in die faschistische „Deutsche Arbeitsfront“ mit vorzubereiten, die dann im April 1934 erfolgte.

Jagusch wurde unmittelbar nach seiner offiziellen Übernahme in den Apparat der „Deutschen Arbeitsfront“ von den Nazis zum Studium delegiert, obwohl er kein Abitur abgelegt hatte. Er mußte sich vorher lediglich einer Prüfung vor der „Prüfstelle für die Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ am damaligen Kronprinzenufer 13 in Berlin NW 40 unterziehen. Durch eine unter dem Aktenzeichen – UI 28 462 – ergangene besondere Verfügung dieser Dienststelle des Naziministeriums wurde Jagusch dann am 29. November 1934 zum Studium zugelassen und studierte von Anfang Januar 1935 bis Mai 1938 7 Semester an der Juristischen Fakultät der Berliner Universität. Die Kosten für Studium und Lebensunterhalt übernahm die faschistische Arbeitsfront: Sie führte den Jurastudenten weiterhin als hauptamtlichen „Rechtsberater“.

Das heißt: Jagusch ist heute nur deswegen ausgebildeter Jurist, weil ihm die Nazipartei als treuem Gefolgsmann das Studium ermöglichte.

Noch während seines Studiums wurde Jagusch am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP. Im gleichen Jahre erwarb der stramme NSKK-Oberscharführer auch das SA-Sportabzeichen. Auch die faschistischen Organisationen „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)“ und „Reichs-Luftschutz-Bund (RLB)“ zählten Jagusch nunmehr zu ihrem Mitglied.

Nach Ablegung seiner ersten juristischen Staatsprüfung (der sogenannten Referendarprüfung) im Mai 1938 durchlief Jagusch in Berlin die damals übliche Referendarausbildung, nach deren Abschluß er 1940 in die Hitlerwehrmacht aufgenommen wurde.

Bevor allerdings Jagusch für seinen „Führer“ in den Krieg zog, erhielt er Zeit zur Propagierung der faschistischen „Rechts“-Theorie.

Bereits während seines Studiums betätigte er sich als Agitator der arbeiterfeindlichen faschistischen Gesetzgebung. In den „Monatsheften für N. S. Sozialpolitik“ und in der faschistischen Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht“ kommentierte er das berüchtigte „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ und die von den Nazis erlassenen „Betriebsordnungen“, mit denen das nazistische „Führerprinzip“ auch in den Betrieben zum obersten Gesetz erhoben und die Arbeiterrechte rigoros unterdrückt wurden. Vorbehaltlos stellte sich Jagusch auf den Boden dieser faschistischen Gesetze und propagierte die sozialdemagogischen Parolen der faschistischen „Volksgemeinschafts“-Lehre, mit der die Arbeiter in die Kriegsvorbereitung eingespannt werden sollten. Welches die „Persönliche Ansicht“ Jaguschs über die Gewerkschaften und ihre gewaltsame Unterdrückung durch die Hitlerfaschisten ist, das erfährt der Leser bereits mit den ersten, in typisch faschistischem Jargon gehaltenen Sätzen seiner Dissertation, mit der er am 10. Juni 1940 in Berlin zum Doktor der Rechte promovierte:

„Im Laufe der Aufbaujahre hat die (Nazi-, d. Hg.) Bewegung allen wichtigen völkischen Lebensgebieten ihren Stempel aufgeprägt . . . Zu diesen Gebieten gehörten neben dem Bauernrecht auch das Arbeitsverbandswesen . . . Seine (des Menschen, d. Hg.) politische Einsatzfähigkeit kann in hohem Maße gefähr-

det werden durch ein Betriebsleben, dem der Gedanke der Betriebs- und Schaffungsgemeinschaft fremd ist. Es kam deshalb nach der Machtergreifung durch die NSDAP nicht zuletzt darauf an, das Volk an den Arbeitsplätzen zu erfassen, den Einfluß der Berufsverbände zu brechen . . . Zu diesem Zweck wurden zunächst durch revolutionären Akt am 2. Mai 1933 die freien Gewerkschaften unter die Leitung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation gestellt.“
(Seiten 11, 12)

Das ist ein eindeutiges politisches Glaubensbekenntnis! Damit identifizierte sich Jagusch völlig mit den nazistischen Terror- und Willküraktionen. Aus diesen Sätzen spricht die Todfeindschaft gegen die freie Gewerkschaftsbewegung. Was Jagusch einst selbst mit durchführte bzw. vorbereitete, das begründet er hier „theoretisch“. Die brutale, rechtswidrige Zerschlagung der freien Gewerkschaften, der Raub der Gewerkschaftshäuser, die Plünderung der Gewerkschaftskassen, der blutige Terror gegen aufrechte Gewerkschafter – all das ist für Jagusch ein notwendiger „revolutionärer Akt“. Jagusch stimmt diesen Haßgesang an, weil er in den freien Gewerkschaften ein ernstes Hindernis für eine „politische Einsatzbereitschaft“ der Arbeiter zur Mitwirkung an den verbrecherischen Plänen des deutschen Imperialismus und Militarismus erkennt. Er sagt es selbst: Der „Einfluß der Berufsverbände“ (sprich: der gewerkschaftliche Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen) sollte unterdrückt werden, um einer faschistischen „Schaffungsgemeinschaft“ für die Monopole und ihre Kriegsvorbereitung den Weg zu bereiten. Das ist zugleich ein beredtes Zeugnis über seine Auffassungen von Recht und Gesetz!

Sowohl Kanter als auch Jagusch gehören zu denjenigen, die im Auftrage der hinter Hitler stehenden Finanzoligarchie alle friedliebenden Organisationen, insbesondere der Arbeiterklasse, verboten und verfolgt haben. Heute tun sie das gleiche im Auftrage derselben Kreise, die jetzt hinter Adenauer stehen. Zu welchen empörenden und allen rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnsprechenden Ergebnissen das von Jagusch vertretene Gesinnungsstrafrecht führt, wird an folgender Polemik auf der 105. Sitzung der „Großen Strafrechtskommission“ am 14. Oktober 1958 zum Thema „staatsgefährdende Sabotage“ besonders deutlich, in der ein anderes Mitglied der Kommission den extremen Bemühung Jaguschs entgegenhält:

„Wenn der Streik als Lohnstreik geführt wird, und die Streikenden die kommunistische Propaganda und deren Ziel ablehnen, dann kann doch ein einzelner, der innerlich für die Ziele der Kommunisten begeistert ist und sie mit seiner Teilnahme am Streik fördern will, der aber gar nichts anderes macht als alle übrigen Streikenden auch, doch nicht durch diese innere Einstellung allein zum Saboteur werden.“

Bundesrichter Dr. Jagusch:

„Doch! In diesem Augenblick gliedert er sich in die fremden Bestrebungen ein. Das ‚Sich-Eingliedern‘ in die fremden Bestrebungen ist ja sehr oft eine entscheidende innere Tatsache.“

Für Leute vom Schlage eines Jagusch begeht jemand eine strafbare Handlung auch dann, wenn er nichts anderes tut als seine übrigen Arbeitskollegen, nur weil er eine andere politische Überzeugung hat. Wie Kanter mußte auch Jagusch unter der Last des erdrückenden Beweismaterials der DDR als höchster politischer Richter der Bundesrepublik abtreten.

Kommentator der nazistischen Kriegsgesetze

In einem sogenannten Literaturbericht im 60. Band der bereits erwähnten „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ lobpreiste Bockelmann ein weiteres Mitglied der heutigen westdeutschen „Großen Strafrechtskommission“, den Reichsgerichtsrat a. D., Prof. Dr. Emil Niethammer.

In Bockelmanns Rezension über Niethammers Kommentar heißt es unter anderem:

„Für diese Arbeit sind Wissenschaft und Praxis dem Autor größten Dank schuldig. Alle Fragen, vor die das neue Recht den stellt, der es anwenden soll, sind darin mit unübertrefflicher Klarheit und Gründlichkeit erläutert . . . Die Entwicklung der Sondergerichte wird in einer Vor-
bemerkung zu Art. 11 der VO vom 21. November 1940 ausführlich geschildert . . .“

(„Neues Strafverfahrensrecht. Gesetze und Verordnungen, Entscheidungen und Abhandlungen über Strafverfahren und Gerichtsverfassung aus den Jahren 1935–1940, Berlin 1940, Walter de Gruyter“)

In Niethammers Kommentar selbst heißt es:

„Schließlich beharrt die VO (über die Sondergerichte – d. Hg.) zwar darauf, daß gegen die Entscheidungen der Sondergerichte kein Rechtsmittel zulässig ist. Sie mildert aber die Folgen des unnachgiebigen Verhaltens gegenüber dem, was die Billigkeit erfordert, dadurch, daß sie die Nichtigkeitsbeschwerde des Oberreichsanwalts neu einführt und ihre Zulässigkeit gegen rechtskräftige Urteile der Sondergerichte hervorhebt. Die Nichtigkeitsbeschwerde macht den Weg zum Reichsgericht in den Sachen frei, die durch das rechtskräftige Urteil eines Sondergerichts abgeschlossen sind. Man kann den Hauptwert der neuen Einrichtung darin erblicken, daß sie das Reichsgericht instand setzt, Abhilfe zu schaffen, wenn sich ein Rechtsfehler im Urteil eines Sondergerichts zeigt.“

Wie das Reichsgericht mit Hilfe der Nichtigkeitsbeschwerde „Abhilfe“ geschaffen hat, zeigt allein die Praxis des 50fachen Justizmörders und Ex-Generalbundesanwalts Fränkel.

NS-„Gnadenspezialist“ Karl Schäfer

In Bockelmanns bereits angeführtem Literaturbericht ist auch die äußerst wohlwollende Würdigung eines weiteren Mitgliedes der heutigen westdeutschen „Großen Strafrechtskommission“ zu finden, nämlich des „Gnadenspezialisten“ Karl Schäfer, der sich bereits

seit 1933 durch seine „besonders bemerkenswerten Erläuterungen“ große Verdienste um die Niederschlagung aller Verfahren gegen „NS-Heiden“ der Systemzeit erworben hatte.

Von der Präsidialkanzlei Hitlers zum Bundesgerichtshof

Als ein Vertreter des Bundesgerichtshofes nahm der ehemalige Feldkriegsgerichtsrat Dr. Paul-Heinz Baldus an den Beratungen der „Großen Strafrechtskommission“ regen Anteil. Nicht minder groß war seine Aufgeschlossenheit für das Naziregime. Er galt als so zuverlässig, daß er u. a. 1938 in der Präsidialkanzlei Hitlers beschäftigt wurde (s. Faksimile S. 19).

Auch Baldus ist seiner braunen Vergangenheit treu geblieben. So will er z. B. in der 106. Sitzung ebenso wie Prof. Bockelmann und die anderen NS-Mitglieder der „Großen Strafrechtskommission“ nicht

„an der Tatsache vorbeikommen“, daß es möglich sei, „beispielsweise mit Hilfe des Abdrucks eines Aufrufs

gegen die Atombewaffnung oder einer Niemöller-Rede verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen“.

Senatspräsident Dr. Baldus:

„Ich möchte insbesondere zu dem Stellung nehmen, was Herr Professor Bockelmann gesagt hat. Er ist davon ausgegangen, daß man infolge der Sprachverwirrung die Dinge so und so verstehen könne und daß es infolge dieser Sprachverwirrung möglich sei, beispielsweise mit Hilfe des Abdrucks eines Aufrufs gegen die Atombewaffnung oder einer Niemöller-Rede verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. An dieser Tatsache kann man nicht vorbeikommen.“

Der Staatsminister
und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8, den
Volkstraße 1

31. Mai 1938.

St.

RP 4821/38.

Sofort!
Kopd. auf Leitung
St.

Aus dienstlichen Gründen wäre es erwünscht, wenn
der zurzeit als Vertreter des in einer militärischen Übung
befindlichen Regierungsassessors Luther bis zum 3. Juni d. Js.
in der Präsidialkanzlei beschäftigte Landgerichtsrat Dr.
Baldus (Landgericht Wiesbaden) noch bis zum 18. Juni
d. Js. in der Präsidialkanzlei weiter beschäftigt werden
könnte.

Dr. Baldus ist hiermit einverstanden.

Ich bitte, die Zustimmung zu der Weiterbeschäfti-
gung zu erteilen und die vorgesetzte Dienstbehörde des
Dr. Baldus entsprechend zu unterrichten.

Die entstehenden Kosten werden weiter von hier
übernommen werden.

Im Auftrag

Rechee

Herrn Reichsminister der Justiz
u. des Herrn Ministerialrats Haastert

Berlin.

Ha
Sp. 179

179

Die Bonner Justizbürokratie ist ein Hort belasteter Nazis und Kriegsverbrecher

„Ist der Minister schwach, dann macht die Ministerialbürokratie mit dem Minister, was sie will.“

(„Süddeutsche Zeitung“, München, 2. April 1963)

JOSEF SCHAFHEUTLE ✱ „Hochverrats“-Spezialist der Nazis

heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

früher: Regierungsrat im faschistischen Reichsjustizministerium

Hauptverantwortlich für die Durchführung der gesamten „Großen Strafrechtsreform“ ist der Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium Josef Schafheutle.

Derselbe Schafheutle hatte schon 1933 und 1934 als Regierungsrat im ehemaligen faschistischen Reichsjustizministerium die berüchtigten Nazibestimmungen über den Hoch- und Landesverrat, den Volksgerichtshof, über die „gefährlichen Gewohnheitsverbrecher“ und über „Maßregeln der Sicherung und Besserung“ mitverfaßt und kommentiert.

Doch Schafheutle begnügte sich nicht mit der Ausarbeitung und Kommentierung der faschistischen Hoch- und Landesverratsbestimmungen. So wie Globke gemeinsam mit Freisler die faschistischen Ermächtigungsgesetze geschaffen hat, hat Schafheutle gemeinsam mit Freisler, Lautz und Thierack, den drei höchsten Blutrichtern Hitlers, das faschistische Strafprozeßrecht gestaltet. Hierbei ist bemerkenswert, daß im Bericht der amtlichen Strafrechtskommission Bd. I, 1938, die Vorarbeiten aus der Zeit vor 1933 nicht verwertet wurden,

„da die Entwürfe der Vor- und Nachkriegszeit von wesentlich anderen Gedankengängen beherrscht sind, so daß sie nicht Ausgangspunkt für die Neuschaffung eines nationalsozialistischen Strafverfahrensrechts sein konnten“.

In dem von Schafheutle verfaßten Teil „Beschlagnahme, Durchsuchung und Untersuchung“ wurden alle Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten. Wer nun erwartet hat, daß ein solcher Mann wie Schafheutle nach dem Zusammenbruch des Naziregimes in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht aus jeglichem öffentlichem Amt entfernt und seiner gerechten Bestra-

fung zugeführt wurde, sieht sich in diesen berechtigten Erwartungen getäuscht.

Vielmehr avancierte Schafheutle weit über seine Stellung im faschistischen Reichsjustizministerium hinaus zu einem der führenden Männer in der Bonner Rosenburg.

Vom Blitzgesetz über das Maulkorbgesetz bis zu dem vorliegenden Entwurf 1962 war er an der Ausarbeitung aller jener Gesetze maßgeblich beteiligt, mit denen sowohl Zehntausende westdeutscher Bürger als auch zahlreiche Bürger der DDR ihrer demokratischen Grundrechte und Freiheiten beraubt und eingekerkert wurden. Diese Bestimmungen richten sich in erster Linie gegen jene Bürger der Bundesrepublik, die ehrlich bemüht sind, für die Verwirklichung des Wieder vereinigungsgebots des westdeutschen Grundgesetzes (Artikel 146 in Verbindung mit der Präambel) einzutreten.

Da die bisher geltenden Normen mit der bevorstehenden Verabschiedung des Entwurfs 1962 durch den 4. Bundestag gegenstandslos werden sollen, behandelt diese Dokumentation nur die Mitarbeit Schafheutles an diesem neuen Strafgesetzbuch. Wie sich aus den amtlichen Niederschriften über die insgesamt 143 Sitzungen der „Großen Strafrechtskommission“ in der Zeit vom 6. April 1954 bis 19. Juni 1959 ergibt, hat sich Schafheutle bei jeder Zusammenkunft intensiv bemüht, die von ihm gesammelten Erfahrungen aus seiner Tätigkeit bei der faschistischen Strafgesetzgebung zu verwerten.

Der Entwurf 1962 enthält u. a. eine gegenüber dem geltenden Recht völlig neue – im faschistischen Sinne verschärfende – Bestimmung, nämlich den § 366, „Hochverräterische Werbung“. Sie entspricht fast wörtlich dem von Schafheutle durch die bereits zitierte Novelle vom 24. April 1934 eingefügten § 83, mit dem schon damals alle demokratischen Aktionen gegen die faschistischen Aggressionsvorbereitungen im Keime erstickt werden sollten.

Strafgesetznovellen von 1933 und 1934 mit Ausführungsvorschriften

Dr. jur. et rer. pol.

Leopold Schöfer

Gehobener Regierungsrat, Ministerialrat

Dr. jur.

Josef Schöchle

Regierungsrat

Hans Richter

III.

a) Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens

vom 24. 4. 1934 (RGBl. I S. 841)

Einführung

Das Gesetz bringt eine Neufassung der strafrechtlichen Bestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat und der für die Verfolgung dieser Verbrechen geltenden besonderen Verfahrensvorschriften. Das Jahr 1933 hatte auf diesem Gebiet schon früh und dann schrittweise fortgesetzt gesetzgeberische Änderungen gebracht, die sich in doppelter Richtung aus dem Wesen des neuen Rechts ergaben: Die neue Wertung für das Verhältnis des einzelnen zum Volke läßt den Angriff gegen den Bestand der Volksgemeinschaft als das schwerste Verbrechen erscheinen, das die Rechtsordnung überhaupt kennt. Die erstarrte Staatsgewalt sieht in der Hochverrats- und Landesverratsverbrechen auf ihren inneren und äußeren Bestand und in der Vereitelung einer wirksamen Abwehr ihre erste Aufgabe. Aus diesen Gesichtspunkten ergaben sich Verschärfungen der Strafen, vor allem die Androhung der Todesstrafe, und die Schaffung neuer Tatbestände, wie sie die beiden Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 (RGBl. I S. 83, 85), die Novelle zum Strafgesetzbuch vom 26. 6. 1933 (abgedruckt oben unter I) und das Gesetz zur Gewährleistung des Reichstums vom 13. 10. 1933 (abgedruckt unter II c) der Sammlung „Fundtner-Neubert“) gebracht haben; ergaben sich ferner zum Zwecke einer iraffen und schnellen Durchführung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverratsverbrechen die prozessualen Vorschriften der zweiten Verordnung vom 28. 2. 1933 und der Verordnung vom 18. 3. 1933. Die so aus der Verabschiedung der Rechtsquellen entstandene Unübersichtlichkeit bedurfte bringend der Vereinfachung. Hierbei waren auch die besonderen Vorschriften über den militärischen Verrat wieder einzuarbeiten, die durch das Spionagegesetz vom 3. 7. 1933 — später ersetzt durch das Gesetz vom 3. 6. 1934 — aus dem Landesverratsbegriff des Strafgesetzbuchs herausgehoben worden waren. Eine bedeutsame Neugestaltung hat das Verfahren durch die Schaffung eines neuen obersten Gerichtshofs für die Aburteilung von Hochverrat und Landesverrat, des Volksgerichtshofs, erfahren. Die nicht

Artikel III 1) **Volksgerichtshof**

§ 1

(1) Zur Aburteilung von Hochverrats- und Landesverratsverbrechen wird der Volksgerichtshof gebildet.

- (2) Der Volksgerichtshof entscheidet in der Hauptverhandlung in der Besetzung von fünf Mitgliedern, außerhalb der Hauptverhandlung in der Besetzung von drei Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden. Der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied müssen die Reichsregierung zum Richteramt haben. Es können mehrere Senate gebildet werden.
- (3) Anklagebehörde ist der Oberstaatsanwalt.

§ 2

Die Mitglieder des Volksgerichtshofs und ihre Stellvertreter ernannt der Reichsfazler auf Vorschlag des Reichsministers der Justiz für die Dauer von fünf Jahren.

§ 3

(1) Der Volksgerichtshof ist zuständig für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hochverrats nach §§ 80 bis 84, des Landesverrats nach §§ 89 bis 92, des Angriffs gegen den Reichspräsidenten nach § 94 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs und der Verbrechen nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 83, 2) 3). In diesen Sachen trifft der Volksgerichtshof auch die im § 73 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Entscheidungen.

§ 1: Der Volksgerichtshof ist ein Sondergericht mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit aber dadurch verknüpft, daß er einen Teil der Strafsachen, die zu seiner Zuständigkeit gehören, an die Oberlandesgerichte abgeben (Art. III § 4 Abs. 2), und daß er vor Gerichten niedriger Ordnung, wenn er deren Zuständigkeit in bei ihm anhängig gemachten Sachen für gegeben erachtet, das Hauptverfahren eröffnen kann (Art. IV § 5 Abs. 5). Er tritt im übrigen überall an die Stelle des Reichsgerichts, soweit dieses bisher nach § 134 GG, als Gericht erster und letzter Instanz zuständig war (vgl. auch Art. IX Abs. 2).

§ 3: 1) Die Zuständigkeit des Volksgerichtshofs reicht beim Hochverrat soweit wie die bisherige Zuständigkeit des Reichsgerichts. Beim Landesverrat ist sie im Interesse nach weitergehender einheitlicher Zusammenfassung auch auf Vergehen erstreckt (§§ 90 a bis 90 c GG), die bisher zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörten. Seine Zuständigkeit umfaßt ferner zwei weitere das Wohl des Reichs unmittelbar berührende Straftaten, die Gewalttätigkeit gegen den Reichspräsidenten und die unternommene Tötung eines Regierungsmitglieds.

2) Die Bestimmung lautet:

„Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft: 1. wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten, oder vor zu einer solchen Tötung auffordert, sich erzieht, oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet.“

3) Nach § 8 in Verbindung mit § 4 ist zuständig bei Zuwiderhandlungen gegen: §§ 80, 81, 89 bis 90 a, 90 f bis 92, 94 Abs. 1 GG, § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung vom 28. 2. 1933; der Volksgerichtshof ausschließlich, §§ 82, 83, 90 b bis 90 e GG; der Volksgerichtshof mit der Möglichkeit der Abgabe an das Oberlandesgericht, §§ 85, 92 a, 92 b Abs. 2, 92 d, 92 e Abs. 2, 94 Abs. 2, 94 Abs. 3 GG.

DREHER ★ österreichische Bürger dem Henker ausgeliefert

heute: Ministerialrat und Generalreferent im Bundesjustizministerium

früher: Ankläger im Sondergericht in Innsbruck

Der Generalreferent II, 1 in der von Schafheutle geleiteten Abteilung Strafrecht und Strafverfahren im Bundesjustizministerium, Ministerialrat Dr. Dreher, war Koordinierungsreferent der „Großen Strafrechtskommission“ und Berichterstatter zu mehreren Themen. Noch in den letzten Kriegsjahren ließ Dr. Dreher als Anklagevertreter beim faschistischen Sondergericht in Innsbruck u. a. die österreichischen Bürger Josef Knoflach aus Patsch im Kreise Innsbruck und Anton Rathgeber wegen geringfügiger Vergehen aufs Schafott bringen.

Drehers unmenschliche Handlungsweise kommt besonders kraß im Verfahren gegen den 62jährigen Anton Rathgeber aus Innsbruck zum Ausdruck.

Rathgeber hatte im März 1944 — fünf Wochen nach einem Luftangriff — einige herumliegende Sachen im Gesamtwert von etwa 200 RM an sich genommen. Auf Antrag von Dreher, der selbst die Anklageschrift verfaßt und in der Hauptverhandlung zugegen war, wurde Rathgeber zum Tode verurteilt. Sogar vom faschistischen Sondergericht und dem Oberstaatsanwalt als Leiter der Anklagebehörde beim Sondergericht in Innsbruck wurde ein Gnadenerweis befürwortet.

Aber der heutige Generalreferent im Bundesjustizministerium, Berichterstatter und Koordinierungsreferent in der „Großen Strafrechtskommission“ der Bundesrepublik, hat in seiner Funktion als Vertreter des damaligen Generalstaatsanwaltes beim Oberlandesgericht in Innsbruck die Begnadigung selbst abgelehnt.

Unter Hitler raubte Dreher österreichischen Bürgern das Leben — unter Adenauer will er allen Adenauer-Gegnern zunächst das Wahlrecht nehmen:

„Meine Erachtens geht das Grundgesetz davon aus, daß der Staatsbürger einerseits zwar abstimmen kann, wie er will, daß er andererseits jedoch so abstimmen soll, wie es nach seiner Auffassung für das Wohl des Staates am besten ist. Wenn ein Staatsbürger nun aber sozusagen einen Dolchstoß in den Rücken des Staates führt und damit zeigt, daß er gegen das Wohl der Gemeinschaft eingestellt ist, dürfte es durchaus sinnvoll sein, ihm das Wahlrecht zu nehmen.“

Bei der Beratung des Tatbestandes Landesverrat möchte der Blutstaatsanwalt Dreher im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen lassen:

„An sich hätte ich keine Bedenken, im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen zu lassen... und jeden Streik als verbotenes Mittel der Parlamentsnötigung anzusehen.“

GEORG KARL SCHWALM ★ Als Nazi in der DDR nicht zugelassen — in der Bundesrepublik im höchsten Amt

heute: Ia-Referent der Abt. II des Bundesjustizministeriums

früher: Mitglied der Nazi-Partei und Scharführer der SA seit 1933

Ia-Referent der von Schafheutle geleiteten Abteilung II des Bundesjustizministeriums ist Ministerialrat Dr. Georg Karl Schwalm. Als Berichterstatter einer Unterkommission trat er dafür ein, daß der Geltungsbereich des neuen Strafgesetzes sich unter anderem auch auf das Territorium der DDR erstrecken soll. Durch haßerfüllte und verlogene Behauptungen versuchte er außerdem, die DDR zu verleumden. So behauptete er in der 124. Sitzung am 6. April 1959:

„Daß als fremder Machtbereich (der in den Geltungsbereich einbezogen werden soll, d. Hg.), in dem die Gefahr von Willkürmaßnahmen besteht, besonders die sowjetische Besatzungszone und der sowjetische Sektor Berlins in Betracht kommen, war zwar der Ausgangspunkt der Unterkommission.“

Jedoch müssen solche Vorschriften allgemeine Bedeutung haben.“

Der Nazi Schwalm maß sich ein Urteil darüber an, ob und wo rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet werden. Sein ganzes bisheriges Leben hat er in den Dienst des deutschen Imperialismus gestellt. Bereits mit 18 Jahren unterstützte er die revanchistischen Bestrebungen der deutschen Militaristen durch seinen freiwilligen Eintritt in die sogenannte Schwarze Reichswehr (Inf. Reg. X, 9. Kompanie). Er gehörte später nicht nur der Nazi-Partei unter der Mitgliedsnummer 4302447, sondern auch ab 1933 der SA als Scharführer an und war Mitglied zahlreicher weiterer faschistischer Organisationen.

Wegen seiner faschistischen Vergangenheit erhielt er nach 1945 in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands selbstverständlich keinerlei öffentliches Amt. Er „floh“ wie viele seiner Komplizen nach Westdeutschland und avancierte im Globke-Staat in kürzester Zeit zum hohen Regierungsbeamten.

Sondergericht beim
Landgericht Innsbruck

Kls 104/43
122/43

Innsbruck, am 19. Juli 1943.

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache
gegen

Josef Knoflach,

geboren am 4. März 1886 in Patsch, Kreis Innsbruck, Sohn des Alois
und der Anna geb. Jenewein, Reichsangehöriger, ledig, landwirtschaft-
licher Hilfsarbeiter, zuletzt Solbad Hall, Fasergrasse 27, wohnhaft,
wegen Verbrechens nach der Gewaltverbrecherverordnung etc.
hat das Sondergericht beim Landgericht Innsbruck in der öffentlichen
Sitzung vom 19. Juli 1943, an der teilgenommen haben:

1. Landgerichtsdirektor Karl Wolf
als Vorsitzender,
2. Landgerichtsrat Dr. Hans Schödl,
3. beauftr. Richter Dr. Paul Kofler
als beisitzende Richter und
Staatsanwalt Dr. Eduard Dreher
als Vertreter der Anklagebehörde

für Recht erkannt:
Josef Knoflach wird als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher,
Gewohnheitsdieb und Gewaltverbrecher, weil er in der Nacht vom 29. auf
den 30. Mai 1943 nach Aneignung eines Damenfahrrades in der Fraktion
Häusern der Gemeinde Ampaß in Tirol zwei Einbrüche beging, wobei er
sich verschiedene Lebensmittel aneignete und weil er bei Ergreifung
auf frischer Tat die Hausbewohner mit einem Holzseil abzuwehren ver-
suchte, um seine Flucht zu ermöglichen,

zum Tode verurteilt.

Das Urteil ist rechtskräftig und vollstreckbar.

Der Vorsitzende:

Karl Wolf
Landgerichtsdirektor.

Die Echtheit der Unterschrift des Karl Wolf, Landgerichts-
direktor in Innsbruck, wird bestätigt.

Der Landgerichts - Präsident:

Innsbruck am 19. Juli 1943.

D. L. Wolf

VIII. Stellungnahme des Generalstaatsanwalts.

Ich vermag dem Berichtsvorschlag nicht beizutreten. Rath-
geber hat in vier Fällen wertvolle Sachen geplündert und hat zahl-
reiche Vorstrafen. Wenn diese auch im wesentlichen weit zurücklie-
gen, so hat der Verurteilte doch durch die neuen Taten und die
festgestellten Diebstahle zum Schaden seines Dienstgebers gezeitigt,
daß er nach wie vor zu Rechtsbrüchen neigt. Die seitend gemachten
Milderungsumstände erscheinen demgegenüber nicht so bedeutsam, um
von der Plünderern grundsätzlich gebotenen Vollstreckung der Strafe
bei

IX. Stellungnahme des Reichsanwalts am 19. Juli 1943.

absuchen zu können.

Innsbruck, den 3. Mai 1944
Der Generalstaatsanwalt:

I. V.
Gez. Dr. Dreher

Beglaubigt:



N. Entfaltung des Führers und Reichstunglers (des Reichsanwalts der Justiz)

Der Oberstaatsanwalt
Kls 52/44

An

den Herrn Reichsminister der Justiz
in

Innsbruck, den 7. Juli 1944

Reichsjustizministerium

11. Juli 1944

Es ist

im Wege des Herrn Generalstaatsanwaltes
beim Oberlandesgericht
in

Betrifft: Anton Rathgeber,
zu Zahl IV 8 20 214 b/44
Urteilsvollstreckung.

In der SG-Strafsache gegen Anton Rathgeber hat
der Oberstaatsanwalt München I am 8.6. und ich habe am 9.6.44
berichtet, daß das Urteil ohne Zwischenfall vollstreckt wurde.



Vg 20 274 44

A. W.
W. W.
G. W.
W. W.

MASSFELLER ★ Der Globke des Reichsjustizministeriums

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

früher: Oberlandesgerichtsrat im Reichsjustizministerium

Während der gesamten Jahre der Nazi Herrschaft war Maßfeller Rassereferent im Reichsjustizministerium. In dieser Eigenschaft arbeitete er eng mit nazistischen Verbrechern vom Schlage Freislers, Schlegelbergers und Globkes zusammen. Noch bis zum Jahre 1938 hatte er den relativ niederen Rang eines Amtsgerichtsrats. Wegen seiner Verdienste um die Durchsetzung der braunen Rassenpolitik wurde er in jenem Jahr zum Oberlandesgerichtsrat befördert.

EICHMANNS KUMPAN

Maßfellers Amtsbereich war in erster Linie die sogenannte Erbgesundheitspflege auf Grund des barbarischen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Unter seiner Verantwortung wurden in den Jahren 1933 bis 1945 mehrere hunderttausend Menschen, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nach dem faschistischen Rassendogma als minderwertig galten, zwangssterilisiert oder entmannt. Ferner zählten zu seinem Zuständigkeitsbereich Fragen des sogenannten Ehegesundheitsgesetzes, an dessen Ausarbeitung sich — wie Dokumente beweisen — auch Globke beteiligt hatte. Maßfeller war somit einer der Wegbereiter der nazistischen Euthanasieverbrechen, d. h. der Tötung ungezählter kranker Menschen. Während des Krieges betrieb er gemeinsam mit Eichmann die Sterilisation der jüdischen Mischlinge.

Als Vollstrecker des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ leitete und überwachte Maßfeller die Spruchpraxis der sogenannten Erbgesundheitsgerichte. Sie hatten die Entscheidungen zu fällen, welche Personen zu sterilisieren waren. Er sorgte gemeinsam mit Goebbels Reichspropagandaministerium dafür, daß keine Zahlenangaben über erfolgte Zwangssterilisierungen in die Öffentlichkeit oder gar ins Ausland drangen, weil damit der „antinationalsocialistische Hetze Vorschub geleistet“ würde.

In gleicher Weise verwahrte er sich gegen den Einspruch kirchlicher Kreise. Am 11. September 1934 wandte sich z. B. der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenzen, Kardinal Bertram, an das Ministerium und bat, katholischen Beamten zur Vermeidung von Gewissenskonflikten das Recht zuzugestehen, sich bestimmter Amtshandlungen bei der Durchführung von Sterilisierungen zu enthalten. In dem von Maßfeller am 12. November entworfenen Antwortschreiben heißt es, eine solche Regelung „würde das Treueverhältnis des Beamten zum Staat auf das schwerste erschüttern“ und könne deshalb „nicht in Betracht gezogen werden“.

Zur Rechtfertigung der antihumanistischen, verbrecherischen Zwangssterilisierungen gab Maßfeller im Jahre 1937 ein „Merkblatt“ für den amtlichen Gebrauch heraus, in dem er schrieb:

„Religiöse und andere Bedenken können gegen das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses nicht

durchdringen... Gott kann nicht wollen, daß Kranke und Sieche sich weiter... fortpflanzen. Die von Gott geschaffene Natur scheidet alle Kranken nach ihren ehernen Gesetzen selbst aus. Das galt noch vor wenigen Jahrzehnten auch für den Menschen. Kranke und Sieche kamen infolge eines natürlichen und gesunden Volksempfindens nicht zur Ebe und damit auch nicht zur Fortpflanzung. Erst das naturfremde Leben der modernen Zivilisation verhalf ihnen zur Fortpflanzung und stellte die Fortschritte ärztlicher Kunst in den Dienst der Kranken, um sie auf Kosten der Gesunden am Leben zu erhalten und sich fortpflanzen zu lassen.“

Unter dieses Gesetz, das von Maßfeller mit allen Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet wurde, fielen nicht nur absolut Schwachsinnige, sondern auch geistig und sittlich hochstehende, angeblich erbkrankte Menschen. In Maßfellers Akten aus dem Reichsjustizministerium sind immer wieder Fälle vermerkt, in denen sich Menschen, denen die Zwangssterilisierung drohte, das Leben nahmen. Auch der Tod dieser Menschen, deren Zahl sich nicht feststellen läßt, kommt auf das Konto des „Erbgesundheitspflege“-Experten Maßfeller.

OPFER VERHÖHNT

Der behördlich angeordnete medizinische Eingriff kostete — auch das beweisen Maßfellers Akten — vielen Menschen das Leben. Vielfach ergaben die postum erfolgten Obduktionen, daß eine Erbkrankheit gar nicht vorlag, mithin die Operation selbst nach den verbrecherischen Nazigesetzen nicht zulässig gewesen wäre. So wandte sich im Jahre 1935 Herr Karl Schneider aus Mannheim, An der Kaserne 28, an Maßfeller. Er führte darüber Beschwerde, daß seine Tochter Ella an einem solchen Eingriff gestorben sei. Da sie seine Ernährerin gewesen war, forderte er eine staatliche Rente. Maßfeller, der auf Grund des ihm vorliegenden ärztlichen Berichtes wußte, daß die Zwangssterilisation sogar über den Rahmen der nazistischen Zwangsgesetze hinaus angeordnet war, denn die Obduktion hatte ergeben, daß ein Fall erblicher Fallsucht nicht vorlag, beschied den Vater am 23. Juli 1935 lakonisch, ein „Schadenersatz gegen den Staat besteht nicht, da eine Pflichtverletzung von Beamten nicht vorliegt“.

Beständig suchte Maßfeller den Kreis der zu Sterilisierenden auszuweiten. In einem Brief an den Karlsruher Oberlandesgerichtsrat Dr. Vogel vom 24. März 1938 schrieb er, daß der psychiatrische Schwachsinnsbegriff nicht mit dem „erbpflegerischen“ übereinstimme. So hätten Ärzte es abgelehnt, „klinisch Schwachsinnige mit Lebensbewährung“ zu sterilisieren. „Ein Analphabet, der Mist gefahren hat“, habe noch keine Bewährung im Leben bewiesen. „Wer das annimmt, verkennt den Begriff der Bewährung im Leben“, schrieb Maßfeller im Nazijargon.

Auf der gleichen Linie liegt die von Maßfeller ausgearbeitete Vierte Verordnung zur Ausführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 18. Juli 1935, durch die er anordnete, daß auch

Der Präsident
Reichsgesundheitsamts.

Berlin, d. 21. Juni 1935.
(Braschot)

L 4907/6.6.

87C

173

An den
Herrn Reichs- und Preussischen
Minister des Innern.

Zu Nr. IV f. 3570/1079 vom 6. Juni 1935.

Betrifft: Todesfall der Ella Schneider, Mannheim.

Berichtersteller: Wissenschaftlicher Angestellter
Dr. Dubitscher.

9 Schriftanlagen,
2 Aktenhefte,
1 Durchschrift.

Bei der Leichenöffnung der wegen erb-
licher Fallsucht unfruchtbar gemachten
Martha Ella Schneider fanden sich neben

In dem Bericht des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten
und des Herrn Generalstaatsanwalts, Karlsruhe an den Herrn
Minister der Justiz wird unter Bezugnahme auf das Er-
gebnis der Leichenöffnung hervorgehoben: "Danach scheint
festzustehen, daß die Sch. nicht an erblicher Fallsucht ge-
litten hat, sondern daß die epileptischen Anfälle auf einer
vor Jahren erlittenen Schädelverletzung beruhten. Die Sch.
kann deshalb nicht wegen erblicher Fallsucht sterilisiert
werden dürfen."

Sowohl

Eruider

+

H. J.
Mannheim d. 22. 4. 1935
An den Kasernen 28.



An den Herren

Reichsjustizminister

Berlin

Am 10. 3. 35 richtete ich folgendes Schreiben an Herrn
Minister des Innern in Karlsruhe:

"Alle meine Beschwerden und Einwände, sowie die
meiner Tochter, haben keinen Erfolg gehabt. Am 9. 2. 35
ist meine Tochter von zwei Sittenpolizistinnen geholt
worden damit sie unfuchtbar gemacht wird. Tage nach
dem Eingriff war meine Tochter eine Leiche. Wer trägt
jetzt die Verantwortung? Wer?

Ich beantrage eine strenge Untersuchung, damit die
Schuldigen bestraft werden. Meine Tochter war doch in
ärztlicher Behandlung. Warum hat man kein Gut-
acht angefordert von der betreffenden Leichen?

Ich bestreite nach wie vor, daß meine Tochter an Epilepsie
sie litt. Kein Mensch wird das behaupten können, der
meine Tochter gekannt hat, es waren nur leichte
Schmacksanfälle und nur sekundenlang.

Ich bin überzeugt, daß sie in kurzer Zeit von diesem
Leiden befreit wäre, auch nach Aussage der Leichen."

11 137735 4101.00 NF 3570 / 12.39

auf Antwort! warke ich heute noch.

Vom Staatsanwalt wurde mir der Bescheid, daß die
Papiere vom Befund der Lektion meiner Tochter in Berlin
sind. Welche Schritte muß ich unternehmen damit das
Verbrechen gesühnt wird, das an meiner Tochter begangen ist?

Meine Tochter war groß und kräftig (75 kg) geb. d. 8. 10. 10. war
früher in Stellung und hat noch kurz vorher (Januar)
eine kranke Frau gepflegt und deren Haushalt versorgt.

Wer trägt die Beerdigungskosten und Entbarnung?
Weitere Ansprüche und Schadenersatz behalte ich mir
vor da meine Tochter eine Witwe im Haushalt war
und meine Frau vier Operationen durchgemacht hat.

Um baldige Antwort bitte!

gez Karl Schneider

Mannheim

An den Kasernen 28.

Der Reichsminister der Justiz.
1935
IVb/4573.

1.) An

Herrn Karl Schneider,

Mannheim.

An den Kasernen 28.

Richts- und Preussisches
Ministerium des Innern

16. JUL. 1935 Nm

Vor Abgang

em Herrn Reichs-u. Preuss.
Minister des Innern mit
er Bitte um Erklärung
es Einverständnisses.

IV f 4788/1074

Reichsjustizministerium

22. JUL. 1935

Ref. Gd.

Einverständen!
Abschrift erbeten.

Berlin, den 24. Juli 1935.

Der Reichs- und Preussische
Minister des Innern

Im Auftrag

am 23. 7. 35.

23.

Berlin, den 13. Juli 1935.

K. Gb. Nr. 1007

1-2 gef. 23. 7. 35.

gel. 28. 7. 35.

12 abgef. 23. 7. 35.

Pilt sehr!

f 16/14

Das Ihre Tochter Ella nach der

am 13. Februar 1935 erfolgten Operation

verstorben ist, ist gewissermaßen bedauer-

lich. Es sind eingehende Ermittlungen

darüber angestellt worden, ob etwa

irgend einer Person ein Verschulden

an dem Tode Ihrer Tochter trifft. Dies

ist jedoch, wie einwandfrei festgestellt

worden ist, nicht der Fall. Auch Ihre

Annahme, das das Erbgesundheitsgericht

und Erbgesundheitsobergericht vor Erlaß der

auf Unfruchtbarmachung Ihrer Tochter

lautenden Beschlüsse den Sachverhalt

nicht sorgfältig geprüft hätten, trifft

nicht zu. Der Herr Präsident des Reichs-

gesundheitsamtes hat in einem eingehend

begründeten Gutachten dargelegt, das

das Verfahren der Gerichte vom ärzt-

lichen Standpunkt nicht zu beanstanden

ist.

Die Kosten der Beerdigung Ihrer

Tochter

- 2 -

Tochter hat diejenige Stelle zu
tragen, die die Kosten der Un-
fruchtbarmachung trägt. Ich stelle
Ihnen deshalb anheim, sich an diese
Stelle zu wenden. Weitere Ansprüche
können, so sehr ich auch den Tod
Ihrer Tochter bedauere, nicht aner-
kannt werden; insbesondere besteht
auch kein Schadensersatzanspruch
gegen den Staat, da eine Pflicht-
verletzung von Beamten nicht vor-
liegt.

7. 2. 35. Herrschel f. d. Hilfe. Herrschel
f. d. Hilfe. Herrschel f. d. Hilfe.
Herrschel f. d. Hilfe. Herrschel f. d. Hilfe.
Herrschel f. d. Hilfe. Herrschel f. d. Hilfe.

2.) An

den Herrn OLG.-Präsidenten und den

Herrn Generalstaatsanwalt

in Karlsruhe.

Abschrift übersende ich zur

gefl. Kenntnis.

- 2. 7. 35. -

- 2. 7. 35. -

2. 7. 35. Abgedr. am 22. 7. 35.

2. 7. 35. Abgedr. am 22. 7. 35.

er Oberlandesgerichtspräsident.

IV 92/ 2336.

Kiel, den 24. April

1924

72

Vertraulich !

An

Reichsminister der Justiz
den Herrn ~~Reichsminister der Justiz~~

in Berlin W. 8.

Wilhelmstraße 65.

Reichsjustizministerium

1924

od. 1924

Betrifft: Erbgesundheitsachen,
Todesfälle Erbkranker.

Ohne Vorgang.

Anliegend 5 Bände Erbgesundheitsakten, 1 Band Krankenhausakten, 1 Heft hier entstandene Vorgänge.

Es handelt sich um die Frage, wie die tödlich verlaufenden Erbgesundheitsachen zu behandeln sind.

Die Anzeige eines Erbgesundheitsgerichts gab mir Veranlassung, von den drei Erbgesundheitsgerichten meines Bezirks die Todesfälle feststellen zu lassen, die im Zusammenhang mit einer Unfruchtbarmachungssache sich ereignet haben. Es hat sich herausgestellt, dass in

2 Sachen des Erbgesundheitsgerichts Altona,

2 Sachen des Erbgesundheitsgerichts Kiel und

1 Sache des Erbgesundheitsgerichts Flensburg

die Unfruchtbargemachten im Anschluss an die Operation und wohl auch infolge der Operation gestorben sind. In weiteren

2 Sachen des Erbgesundheitsgerichts Kiel haben sich der Unfruchtbarmachende bzw. Unfruchtbargemachte das Leben genommen. Der Zusammenhang mit dem Unfruchtbarmachungsverfahren wird in beiden Fällen als naheliegend anzunehmen sein.

Da

IX 1924

Schwangere sterilisiert werden sollten. Die Unterbrechung der Schwangerschaft und die Unfruchtbarmachung sollten gleichzeitig durchgeführt werden. Ursprünglich wollte Maßfeller diese Verbrechen ganz ohne formaljuristische Grundlage durchführen lassen. In einer für Staatssekretär Schlegelberger bestimmten Aktennotiz hatte er im April 1935 vorgeschlagen:

„Der Reichsärztführer wünscht ferner, falls gegen die Einführung der zwangsweisen Schwangerschaftsunterbrechung zur Zeit politische Bedenken bestehen sollten, daß von einer gesetzlichen Regelung überhaupt abgesehen wird, damit die Ärzte unter stillschweigender Duldung der Behörden Schwangerschaftsunterbrechungen aus eugenischer Indikation vornehmen können. Der Reichsärztführer hat nach seiner Mitteilung, die er vor einigen Wochen im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Reichsministeriums des Innern machte, hierzu auch die Zustimmung des Führers und Reichskanzlers gefunden.“

Auf seinem Fachgebiet, der Rassendoktrin, tat sich Maßfeller auch in umfangreichem Maße publizistisch hervor. Es ist unmöglich, die Vielzahl pseudojuristischer Pamphlete zu nennen, viel weniger noch daraus zu zitieren.

Im Jahre 1936 kommentierte Maßfeller die von Globke mitverfaßten Rassegesetze. Das Elaborat, das er gemeinsam mit seinen Ministerialkollegen Dr. Gütt und Dr. Linden verfaßte, erschien unter dem Titel „Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz“ im Verlag J. F. Lehmann. In einer Besprechung dieses Kommentars in der NS-Zeitschrift „Deutsche Justiz“, Jahrgang 1936, Seite 1688, wurde der Kommentar allen „weltanschaulichen Ausbildern in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP“ zum Studium empfohlen.

KEINER SOLLTE IHM ENTKOMMEN

Der Registrierung der „Erbkranken“ maß Maßfeller besondere Bedeutung zu. Diese Gesundheitsregister waren die Grundlage für die nazistischen Sterilisierungs- und Euthanasieverbrechen.

„Es werden zur Zeit in weitgehendem Umfange, sei es von staatlichen Behörden, sei es von Parteidienststellen, ärztliche Untersuchungen vorgenommen. Diese Untersuchungen fördern wertvolle Aufschlüsse über die Erbtüchtigkeit der deutschen Familie zutage. Die eine praktische Verwertung dieser Untersuchungen ermöglichende Registrierung ist das Ziel, das wir im Auge haben... Wichtige Dienste wird das Gesundheitsregister auch leisten bei der Durchführung der zur Förderung erbgesunder und erbtüchtiger Familien ergriffenen und in Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen der Reichsregierung.“

(„Deutsche Justiz“, 1935, Seite 69)

Mit dem „Erbgesundheitsgesetz“ sollten auch solche Ehen verhindert werden, die durch das brutale antisemitische „Blutschutzgesetz“ nicht verboten waren. Wenn gegen einen Partner „rassische Bedenken“ bestanden, z. B. wenn er einer außereuropäischen Völkergruppe angehörte, so wurde das Ehefähigkeitszeugnis verweigert:

„Auch rassische Gründe können zur Versagung des Ehefähigkeitszeugnisses führen... Wenn das Gesundheitsamt feststellt, daß aus einer solchen Ehe eine die Reinerhaltung des deutschen Blutes gefähr-

dende Nachkommenschaft zu erwarten ist, hat es die Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses ebenfalls abzulehnen.“ („Deutsche Justiz“, 1935, S. 1877)

EUTHANASIEVERBRECHEN VORBEREITET

Über den Umfang des Personenkreises, der den Sterilisierungsverbrechen zum Opfer fallen sollte, schrieb Maßfeller in extensiver Auslegung des Nazigesetzes:

„Unter Schwachsinn im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ist jeder im medizinischen Sinne als deutlich abnorm erkennbare Grad von Geistesschwäche zu verstehen. Er kann sich zunächst auf intellektuellem Gebiet zeigen und wird hier am deutlichsten erkennbar.“

Es können aber auch mehr oder weniger schwere Ausfallerscheinungen auf anderen Gebieten der geistigen und seelischen Beschaffenheit bestehen, die die Diagnose Schwachsinn rechtfertigen; die Ausfälle können also mehr auf dem Gebiete der Charakter- und Willensbildung als auf dem Gebiet der Intelligenz liegen.“

Als „Prüfstein“ für solche Menschen, die nicht dem Charakterbild der Nazis entsprachen, empfahl Maßfeller die faschistische „Lebensbewährung“:

„Ein weiteres Erkennungsmerkmal für die Lebensbewährung ist die soziale Eingliederungsfähigkeit. Wessen Verstand nicht ausreicht, um sich selbst im Leben zu behaupten, und sich in das Gemeinschaftsleben einzupassen, ist, wenn auch Intelligenzdefekte vorliegen, als schwachsinnig anzusehen.“

(„Deutsche Justiz“, 1936, S. 1847–1849)

Wer sich der Sterilisierung widersetzte, gegen den sollte nach Maßfellers Weisung Gewalt angewendet werden:

„In dem Verfahren nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses kann der Zwang als letztes Hilfsmittel nicht entbehrt werden, da das Gericht im Interesse der Volksgesamtheit eine klare sachliche Entscheidung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Erbkrankheit treffen muß.“ („Deutsche Justiz“, 1935, S. 1878)

Nach Maßfellers Willen durfte kein Sterilisierter eine fortpflanzungsfähige Person heiraten.

„... zu beachten ist, daß auch der unfruchtbar gemachte Erbkranke keine gesunde fortpflanzungsfähige Person heiraten darf: diese soll nicht für ihr Leben an einen Erbkranken gekettet sein und ihrer natürlichen Bestimmung, sich in der Ehe fortzupflanzen, entzogen werden.“

(„Deutsche Justiz“, 1935, S. 1877)

So hat Maßfeller die nazistischen Euthanasiemorde der ersten Kriegsjahre wesentlich vorbereiten helfen.

AN DER „ENDLÖSUNG“ TEILGENOMMEN

Den Gipfel seiner verbrecherischen Karriere erklimmte der Rassenexperte Maßfeller im Jahre 1942, als er am 6. März bei Eichmann im Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4, an einer Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“, die im Gefolge der berüchtigten „Wannsee-

Reichsjustizministerium.

Ausschnitt aus: *Antworte für Sie*

Nr. 49 vom 4/12 1936

Karte 1846-51

438

Antworten auf Fragen zur deutschen Gesundheitsgesetzgebung

Von Amtsgerichtsrat *Mahfeller*
im Reichsjustizministerium

In einigen Wochen, am 1. Januar 1937, werden drei Jahre seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vergangen sein. Erlassen wurde das Gesetz schon wenige Monate nach der Übernahme der Macht durch Adolf Hitler, am 14. Juli 1933. Das zeigt am deutlichsten, daß die Regierung des neuen Deutschland in der alsbaldigen Aufnahme des Kampfes gegen die Erbkrankheiten und ihre weitere Ausbreitung eine ihrer dringendsten Aufgaben sah. Wie sich die bevölkerungspolitische Lage des deutschen Volkes zu Beginn des Jahres 1936 gestaltet hatte, ist heute allen Volksgenossen bekannt. Sie wurde durch zwei Tatsachen als besonders ungünstig gekennzeichnet. Innerhalb von ungefähr 30 Jahren war die Zahl der jährlichen Geburten um über die Hälfte, von zwei Millionen auf weniger als eine Million zurückgegangen. Und die Qualität des Nachwuchses verschoß sich immer mehr zugunsten der erblich Hochwertigen; die Familie mit gutem und wertvollem Erbgut wurde immer kleiner, während die Kinderhäufigkeit in der erblich belasteten Familie nicht in demselben Verhältnis zurückging. Diese Lage zwang zu alsbaldigem Handeln. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das der zuletzt gekennzeichneten Entwicklung Einhalt gebieten soll, ist also eine Notmaßnahme und als solche auch von Reichsminister Dr. Frick auf dem internationalen bevölkerungspolitischen Kongress im August 1935 in Berlin gekennzeichnet worden. Es ist unrichtig, wenn im Ausland unser deutsches Sterilisierungsgesetz hin und wieder als die wesentliche und fast alleinige Maßnahme des nationalsozialistischen Staates auf dem Gebiete der Gesundheitsführung angesprochen worden ist. Wichtiger als die Maßnahmen negativer Bevölkerungsauslese sind für uns und jedes Volk die positiven Maßnahmen zur Hebung von Zahl und Qualität. Deshalb hat für uns das wenige Monate nach jenem Kongress am 18. 10. 1935 erlassene Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) eine ungleich größere Bedeutung als das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

Als im Juli 1933 das deutsche Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in der gesamten Tagespresse des In- und Auslandes abgedruckt und erörtert wurde, da gab es doch auch bei uns eigentlich nur recht wenige Menschen, die die Bedeutung dieses Gesetzes erkannten und aus eigener Überzeugung das Gesetz und die in ihm vorgesehene Maßnahme der Unfruchtbarmachung bejahten. Der überwiegenden Mehrzahl unserer Volksgenossen waren biologische Fragen damals noch vollkommen fremd. Die Beamten-Gesetzgebung hatte zwar aufklärend dahin gewirkt, daß die Eigentümlichkeiten einer Rasse in körperlicher und geistig-seelischer Beziehung vererbt werden. Aber ein tieferes Verständnis für die Gesetze des Lebens war noch nicht vorhanden. So nahm das Volk das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als notwendig hin, weil es auf seinen Führer Adolf Hitler vertraute und seiner Führung willig folgte. In der Folgezeit hat dann eine große Aufklärungsarbeit es vermocht, die Grundgedanken des Gesetzes immer weiter zu verbreiten und in den Hirnen der Volksgenossen zu festigen. Aber manche Frage ist auch heute noch nicht allgemein bekannt, wie die tägliche Arbeit im Dienste des Gesetzes zeigt. In den folgenden Ausführungen soll deshalb noch einmal zu den Fragen Stellung genommen werden, die immer wieder in Eingaben und im persönlichen und dienstlichen Verkehr mit Volksgenossen auftreten. Es muß dabei in Kauf genommen werden, daß schon oft Gesagtes wiederholt wird. Auch sollen keine tiefgründigen wissenschaftlichen Erwägungen angestellt, sondern es soll möglichst einfach das gesagt werden, was zur Aufklärung vielleicht dienlich sein kann.

Sterilisierung und Kastration

Auch heute noch besteht bei manchen Volksgenossen Unklarheit über den Unterschied zwischen Sterilisierung und Kastration oder — um die deutschen Ausdrücke zu verwenden — zwischen Unfruchtbarmachung und Entmannung.

Reichsjustizministerium
Oberlandesgerichtszust
Maßfeller
IV b 1 173

An

Herrn Oberlandesgerichtsrat

Dr. V o g e l

Karlsruhe

Hoffstr. 10

Berlin, den 24. März 1938

Zur Kanzlei

-5MRZ 1938

Hr. Fr. ...

gef. ...

Sehr geehrter Herr Dr. Vogel!

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 23.2.1938,

das ich am 26.2. erhalten habe, darf ich

Ihnen kurz folgendes mitteilen:

Ich halte es weder für richtig noch für

zweckmäßig, im Rahmen des Gesetzes zur Ver-

hütung erkrankten Nachwuchses zu unterschei-

den zwischen

a) einem "klinischen" Schwachsinn ohne

"Lebensbewährung", und

b) einem "klinischen" Schwachsinn mit

"Lebensbewährung" mit der Folge,

daß im Falle a) die Unfruchtbarmachung ange-

ordnet, im Falle b) abgelehnt würde. Wir brau-

chen im Rahmen des Gesetzes zur Verhütung erb-

kranken Nachwuchses einen einheitlichen Be-

griff des Schwachsins, und zwar den erb-

pflegerischen Begriff "Schwachsinn", von dem

der Schwachsinnbegriff unserer deutschen

psychiatrischen Schulen vielleicht noch nicht

ganz übereinstimmt. Ich kann mich also Ihnen

Aus-

Ausführungen in dem Schreiben Herrn
AGrat Hochreuther in Freiburg i.Br.
vom 17.2.1938 nur anschließen.

Die beiden Fälle, die der Amtsarzt
in in Pforzheim in dem an Sie gerichtete
Schreiben vom 15.2.1938 anführt, spre-
chen nicht gegen diese Ansicht. Man wir
kaum behaupten können, daß ein vielfach
vorbestrafter "Schwachsinniger", der in
den straffreien Zwischenzeiten beim
Straßenbau gearbeitet hat, oder daß ein
Analphabet, der Mist gefahren hat, sei-
ne Bewährung im Leben dadurch bewiesen
habe. Wer das annimmt, verkennt den Be-
griff der "Bewährung im Leben".

Mit Hitler Heil!

Ihr sehr ergebener

Vor Abgang
Herrn Mr. IV,
" KGR. Ficker
zur gefl. Kenntnis.

[Signature]

142
an Reichsminister des Innern

I D 1587 / 39

3246

Es wird gebeten, die nachstehenden und den
nachfolgenden Seiten anzugeben

Berlin, den 30. August 1939.
NW 40, Bürgerkrieg 6

Vertragsnr.:
Wolg. 2, I, II, V, VIII: 11 00 27
III, IV, VI (Unter den Linden 72) 12 00 21
Zuständigkeits-Verordnungen

An
Abteilung I, 2
zu Händen von Herrn Ministerialrat Dr. Globke

1284 12/38

5825

H. H. Eichelberg

4

Hoche 1/10

Betr.: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
der Abstammung und die rechtliche Stellung des
unehelichen Kindes.

In der Anlage übersende ich ergebenst Abschrift
eines Schreibens des Herrn Reichsjustizministers vom
11. August 1939 nebst dem oben bezeichneten Entwurf und
weiteren Anlagen zur gefl. Kenntnis mit der Bitte um
Stellungnahme.

Ich bitte, zugleich vom Standpunkt des Juden-
referats und des Referats für Staatsangehörigkeitsrecht
(s. letzter Absatz des Schreibens des Herrn Reichsjustiz-
ministers) Stellung nehmen zu wollen.

Im Auftrag
gez. Dr. Hoche



Beglaubigt
Winkel
Sekretär

Handwritten notes:
Anlage
1. Entwurf des Gesetzes vom 11. 8. 39
2. Schreiben des Herrn Reichsjustizministers vom 11. 8. 39
3. mit einer Liste der
Personen für die die
Stellungnahme ist.
4. H. H. Eichelberg
5. Dr. Hoche
6. 12219

Abschrift

Geheime Reichssache

20 Ausfertigungen
3. Ausfertigung

Besprechungsniederschrift

An der am 6.3.1942 in Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage haben teilgenommen:

Oberreg. Rat Carstensen
und Dr. Schmid-Burgh
O. L. Rat Massfelder
Reg. Rat Dr. Felscher
Oberreg. Rat Dr. Boley
Amtsgerichtsrat Dr. Wetzel

O. R. R. Reischauer und
O. R. R. Anskar
Stadtrechtsr. Dr. Hammerl
O. R. R. Dr. Bilfinger
Amtsger. Rat Liegner
Rechtsanwalt und Notar Pegler
SS-Stuf. Preusch und
SS-O. Stuf. Dr. Grolmann
Leg. Rat Radenacher

Reichsministerium für
Volksaufklärung und Propaganda
Reichsministerium der Justiz
Reichsministerium des Innern
Reichskanzlei
Reichsministerium für die
besetzten Ostgebiete
Parteikanzlei

Art des Generalgouverneurs
Reichssicherheitshauptamt
Beauftragter für den
Vierjahresplan
Rasse- und Siedlungshauptamt
Auswärtiges Amt

Die Besprechung zeitigte nachstehendes Ergebnis.

1. Mischlinge.

Eingangs der Besprechung wurde der Vertreter des Reichsinnenministeriums gebeten, den Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Stuckart in der Staatssekretärsbesprechung vom 20.1.1942 alle Mischlinge zu sterilisieren, näher zu erläutern und insbesondere zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- 1./ Personenkreis, der unter die Sterilisierung fällt.
 - 2./ Rechtsgrundlage der Sterilisierung!
 - 3./ Rechtliche Stellung der Mischlinge nach erfolgter Sterilisierung!
 - 4./ Verwaltungsmässige Durchführung der Sterilisierung.
- Die einzelnen Punkte wurden dann jeweils eingehend durchgesprochen. Dabei ergab sich Folgendes:

Zu 1./
Nach Mitteilung von Reg. Rat Dr. Felscher hat sich Staatssekretär Dr. Stuckart eindeutig dahin ausgesprochen, dass eine Zwangssterilisierung nur der Mischlinge I. Grades beabsichtigt sei. Hierüber herrschte Einigkeit, wenn auch eine biologisch völlige

konferenz“ stattfand, teilnahm. Besprochen wurde die durchgängige Zwangssterilisierung der „jüdischen Mischlinge“. Der Vertreter der Reichskanzlei gab der Konferenz Ziel und Richtung, indem er sagte,

„daß es keinesfalls tragbar sei, die Mischlinge als dritte kleine Rasse auf die Dauer am Leben zu erhalten“.

Nur ein kleiner Kreis „jüdischer Mischlinge“ sollte aus Gründen des Arbeitskräftemangels „gnadenweise“ im Reich belassen werden. Für dieses Entgegen-

kommen sollten sie sich jedoch der von Maßfeller propagierten „freiwilligen Sterilisation“ unterziehen. Nach 1945 gelangte Maßfeller wiederum ins Justizministerium. Er verdankt das der Protektion Globkes, denn 12 Jahre lang hatten die beiden Rassenexperten ihrer Ministerien Hand in Hand gearbeitet. Als Ministerialrat des Bundesjustizministeriums ist er verantwortlich für Familien-, Erb- und Jugendwohlfahrtsrecht, ein Sachgebiet, auf dem er im Bonner Unrechtsstaat seine „Erfahrungen“ aus der Nazizeit sehr wohl verwenden kann.

ROEMER ★ Durch Beihilfe zum Mord ins Bonner Justizministerium

heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München

Der nazistische Strafrechtstheoretiker und Schöpfer des berüchtigten „Blitzgesetzes“, Dr. Schafheutle, teilt sich mit Roemer zwei der vier Ministerialdirektorensessel des Bundesjustizministeriums. Beide haben die gleiche braune Vergangenheit. Beide sind Vollstrecker der Notstandsdictatur Adenauers.

Wenn auch das Schuldkonto Roemers noch längst nicht erforscht ist, so beweist schon die Akte des Sondergerichts München (Aktenzeichen 1 KLS-So 11/43), daß Roemer dem Henker Mordbefehle erteilte.

Am 12. Mai 1943 meldete er dem Nazijustizministerium, daß Frau Franziska Angermeier am 7. Mai 1943 hingerichtet wurde. Mit der peniblen Gründlichkeit eines Bürokraten des Todes teilte er mit:

„Der Hinrichtungsvorgang dauerte vom Verlassen der Zelle an gerechnet 1 Minute 2 Sekunden, von der Übergabe an den Scharfrichter bis zum Fall des Beiles 6 Sekunden.“

Franziska Angermeier wurde hingerichtet, weil ihr die Tat einer Brandlegung „ihrer ganzen Wesensart nach... zuzutrauen“ sei. Beweise hatte es nicht gegeben. Deshalb wurde einfach behauptet, sie habe „die Widerstandskraft des deutschen Volkes geschädigt“.

Die unschuldige Frau wurde durch Roemers Mitschuld ermordet. Die Tat blieb bis heute ungesühnt, denn die Schuldigen, Ankläger Schiedt und Richter Sand, avancierten beide unter Adenauer zu Oberlandesgerichtsräten in München, der damalige „Gnadensachbearbeiter“ im Nazijustizministerium, Dr. Liebau, zum Oberamtsrichter in Seesen und Roemer, dem Blutstaatsanwalt, gelang sogar der Sprung in das Bonner Justizministerium.

DALLINGER ★ Vom Nazijustizministerium zum Bundesjustizministerium

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

früher: Landgerichtsrat und Mitarbeiter im Nazi-Justizministerium

Dallinger holte sich die Voraussetzungen für seine heutige leitende ministerielle Funktion in enger Zusammenarbeit mit Schafheutle und Hey als Strafvollzugsexperte der Abteilung Strafrechtsgebung im nazistischen Justizministerium. Darüber hinaus sorgte er als Bearbeiter der Angelegenheiten der Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kommission dafür, daß keine Tatsachen über die Freislersche Terrorjustiz in der internationalen Öffentlichkeit publik wurden.

Wie er in diesen Funktionen in juristisch verklausulierter Form dafür sorgte, daß den Gefangenen die Andenken an die Angehörigen genommen werden, geht aus einem von ihm unterzeichneten Schriftsatz hervor. Darin schreibt er, obwohl er sich über seine rechtswidrigen Handlungen im klaren ist:

„Dem Gefangenen werden die ihm ausgehändigten Briefe und sonstigen Schreiben abgenommen, wenn ein Mißbrauch zu befürchten ist oder die Übersicht leidet.“

„Mehr“ — so meint der heutige Adenauer-Jurist — „sollte man jedenfalls in der Ausführungsverordnung nicht sagen.“ Damit wurde der Willkür der Wachmannschaften Tür und Tor geöffnet.

Die Auffassung Dallingers, keine Informationen über die Zustände im Strafvollzug an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, findet ihren Niederschlag in einem „Nur für den Dienstgebrauch“ herausgegebenen Rundverlaß aus dem Jahre 1937:

„Es ist unerwünscht und den deutschen Interessen abträglich, mit Ausländern Fragen, die deutsche innenpolitische Angelegenheiten betreffen, zu erörtern... Von einer Veröffentlichung dieser Richtlinien ist abzusehen.“

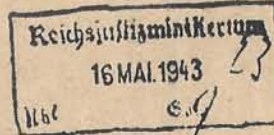
Daß Dallinger mit der Gestapo eng zusammenarbeitete, geht aus einem in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Dokument vom November 1937 hervor. Es geht dabei um die Rentenzahlung an frühere politisch Inhaftierte. Es heißt darin:

„Ich bitte vielmehr, der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft anheimzugeben, ein Verzeichnis ihrer Rentenempfänger der Geheimen Staatspolizei zu übermitteln, die dann an Hand ihrer Namenskartei feststellen kann, ob gegen einen der verzeichneten Rentenempfänger Vorgänge wegen staatsfeindlicher Betätigung vorhanden sind.“

MÜNCHEN

An den
Herrn Reichsminister der Justiz
in **Berlin**

durch die Hand des
Herrn Generalstaatsanwalts
München.



(Verf. d. G. Gen. St. A. v.

Nr. 1

Betrifft:

Strafsache gegen
Fransiska Angermeyer.

zur Verfügung vom 27. IV. 1943
IV g 23 313/43 -
zum Bericht vom

Sachbearbeiter **StA, Roemer.**

n 2 Seiten

Mit 1 Anlage.

b 9557
Mit 1 weiteren Fertigung
1 Anlage
vorgelegt dem
Herrn Reichsminister der Justiz
Berlin W.8

zur Verfügung vom 27.4.1943 IV g 23 313/43.

München, den 12. Mai 1943
Der Generalstaatsanwalt
Hel m.



Beslaubigt:
Justizangestellte.

Die Vollstreckung des Todes-
urteils gegen die Nebengenannte
hat am 7. Mai 1943 im Strafgefäng-
nis München Stadelheim stattge-
funden. Der Hinrichtungsvorgang
dauerte vom Verlassen der Zelle an
gerechnet 1 Minute 2 Sekunden,
von der Übergabe an den Scharf-
richter bis zum Falle des Beiles
6 Sekunden. Zwischenfälle oder
sonstige Vorkommnisse von Bedeu-
tung sind nicht zu berichten.

gez. K u m m e r



Beslaubigt:
Justizangestellte.

45 b 43

Auch die „Erneuerung“ des faschistischen Strafvollzuges, die Dallinger speziell bearbeitete, erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der SS.

Diese „Erfahrungen“ brachten Dallinger im Staate Adenauers eine hohe Position im Bundesjustizministerium ein.

WERNER RHODE ★ Kriegsverbrecher als Regierungsdirektor

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holstein

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag
Kriegsverbrecherliste der CSSR Nr. A 38/88

Vor mehr als drei Jahren haben sowohl der Verband der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der CSSR als auch der Sozialistische Studentenbund Westdeutschlands gegen den ehemaligen Oberregierungsrat Rhode Strafantrag gestellt.

69 Urteile, in denen dieser Blutstaatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, waren bis dahin aufgefunden worden.

Hier einige Auszüge aus dem Schuldkonto Rhodes:

GETREIDE VERSTECKT – TODESSTRAFE

Dem 63jährigen Landwirt Josef P r a s e k wurde durch weitausholende Berechnung „bewiesen“, daß er von dem Ertrag seiner 97 Morgen großen Landwirtschaft einen Teil vor den Okkupationsbehörden verheimlicht hätte. Die ohnehin rechtswidrige Anklage stand auf tönernen Füßen. Selbst in dem Urteil mußte zugegeben werden, daß der größte Teil des versteckten Getreides gar nicht ablieferungspflichtig war.

Aber

„nach den Grundsätzen des Täter- und Willensstrafrechts muß beim Strafausmaß ins Gewicht fallen, daß nach der (irrigen!) Annahme der Angeklagten sämtliches versteckte Getreide ablieferungspflichtig war“.

Deshalb wurde der 63jährige auf Antrag Rhodes am 2. August 1943 zum Tode, sein Sohn zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt (AZ: 6 KLS 130/43-1473).

AUSLÄNDISCHE SENDER GEHÖRT – TODESSTRAFE

Am 26. September 1944 wurden auf Rhodes Antrag der Stabswachmeister Wenzel Valvoda und elf weitere tschechische Bürger im gleichen Verfahren zum Tode verurteilt. Die ganze Begründung lautete, sie hätten

„als Angehörige der uniformierten Gemeindevollzugs-polizei Pisek auf der Polizeiwachstube laufend ausländische Rundfunknachrichten abgehört und unter sich (!) verbreitet“.

Das wurde vom Gericht als „Sabotage“ ausgelegt (Aktenzeichen: 5 KLS 255/44-VI-1726/44).

ALS „ABSCHRECKUNG“ – TODESSTRAFE

Der schwachsinnige Hilfsarbeiter Josef Ty b u r e c war – so sagt das Urteil des Sondergerichts Prag vom 26. Januar 1945 – „als Weichensteller eingeübt“ wor-

den. Auf Rhodes Antrag erging das Todesurteil, weil der Angeklagte angeblich „vorsätzlich einen Zugzusammenstoß herbeigeführt und dadurch Sabotage getrieben“ hätte. Es war dabei niemand verletzt worden. Trotzdem behauptete das Gericht, das könne nur mit der Höchststrafe gesühnt werden. (Es gibt also zu, es hätte selbst nach den Nazizwangsgesetzen auf eine geringere Strafe erkannt werden können.) Als Begründung wird ein „Abschreckungsbedürfnis“ konstruiert und zynisch hinzugesetzt „auch wenn die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten und sein leichter Schwachsinn berücksichtigt werden“.

MIT EINEM JUDEN GETROFFEN – TODESSTRAFE

Gegen die 38jährige Anna K o v a r beantragte Rhode am 19. Mai 1944 die Todesstrafe wegen „Sabotage“, weil sie „einen Reichsfeind unterstützt und nicht angezeigt“ hätte. Sie hatte sich mit einem Juden, dem es gelungen war, aus dem Warschauer Ghetto zu flüchten, mehrmals getroffen. Das Gericht entsprach dem von Rhode gestellten Antrag auf Verhängung der Todesstrafe. Den Vorsitz in diesem Verfahren führte jener Landgerichtsdirektor Dr. B e l l m a n n aus Hannover, von dem bekannt ist, daß er Frauen, die bei Verlesung ihres Todesurteils in Tränen ausbrachen, im Gerichtssaal einen Knebel in den Mund stecken ließ. Seit 9 Monaten lebt er mit etwa 1700 D-Mark Monatspension im Ruhestand.

110 TODESURTEILE MIT SEINER UNTERSCHRIFT WURDEN AUFGEFUNDEN

In jedem Rechtsstaat der Erde würde eines dieser rechtswidrigen, auf fremdem Territorium gefällten Willkürurteile Rhodes zur unverzüglichen Amtsenthebung und Bestrafung führen. Im Bonner Unrechtsstaat dagegen wurden die Strafanträge im vorigen Jahr zum Anlaß genommen, Rhode vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holsteins zu befördern.

Anfang August 1962 erklärte ein Sprecher des Landesjustizministeriums von Schleswig-Holstein ausdrücklich, daß die Willkürurteile Rhodes bekannt seien. Er setzte zynisch hinzu, daß seine Behörde nicht daran denke, Rhode zur Verantwortung zu ziehen.

Damit ist erwiesen:

- ★ Rhode wird bewußt gestützt, obwohl seine Bluttaten den zuständigen Regierungsbehörden bekannt sind;
- ★ Rhodes Verbrechen wurden im Bonner Staat nachträglich sanktioniert und sogar durch Beförderung honoriert;
- ★ Rhodes „Erfahrungen“ als Anwalt des Todes sollen in den Dienst des neuen Strafgesetzbuches und der Vorbereitung der Notstandsdictatur gestellt werden.

• K Ls 263/43-III-1596/43

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

die Manipulantin Anna Kovář, geb. Dvofak aus Prag-Musl,
geboren am 20. Juni 1905 ebenda. Protektoratsangehörige,

z. Zt. in der deutschen Untersuchungshaftan-
stalt in Prag - Pankrats.,

wegen Verbrechens nach § 1 der Wd, zur Ab-
wehr der Unterstützung reichsfeindl.
Handlungen,

hat die 3. Kammer des Sondergerichts bei dem Deutschen Landgerichte
Prag in der öffentlichen Sitzung vom 19. Mai 1944, an der teilge-
nommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. B e l l m a n n

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. G r u n d

Landgerichtsrat H e r a t h

als Beisitzer,

Staatsanwalt R h o d e

als Beisitzer der Staatsanwaltschaft,

für R e c h t erkannt:

Die Angeklagte hat einen Reichsfeind unterstützt
und nicht angezeigt. Sie hat dadurch Sabotage begangen und wird
daher

zum T o d e

und zu demselben Ehrverlust verurteilt.

Ihr Vermögen wird e i n g e z o g e n.

Sie trägt die Kosten des Verfahrens.

G r ü n d e :

Staatsanwalt Dr. R h o d e
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

für Recht erkannt:

I. Die Angeklagten V a l v o d a, K o l p e k, K a f k a,
K r a m p l, P e t r á k, H á l a, D u b s k ý, T a l i a n,
P e t r ž i l e k, L u s k, Z b o r n í k und J e l e n
haben seit Frühjahr 1943 als Angehörige der uniformierten Ge-
meindevollzugspolizei Pisek auf der Polizeiwachtstube laufend
ausländische Rundfunknachrichten abgehört und unter sich ver-
breitet.

Sie werden deshalb wegen Sabotage nach Art. I der Sabotagever-
ordnung vom 26.8.1939 in Verbindung mit Verbrechen nach §§ 1
und 2 der Rundfunkverordnung

z u m T o d e

und dauernden Ehrverlust verurteilt.

II. H r á c h hat seit September 1942 fortgesetzt ausländische Con-
rundfunknachrichten abgehört und verbreitet. Er wird deshalb
wegen Verbrechens nach §§ 1 und 2 der Rundfunkverordnung, § 73
StGB zu

f ü n f J a h r e n Z u c h t h a u s

und f ü n f Jahren Ehrverlust verurteilt.

III. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

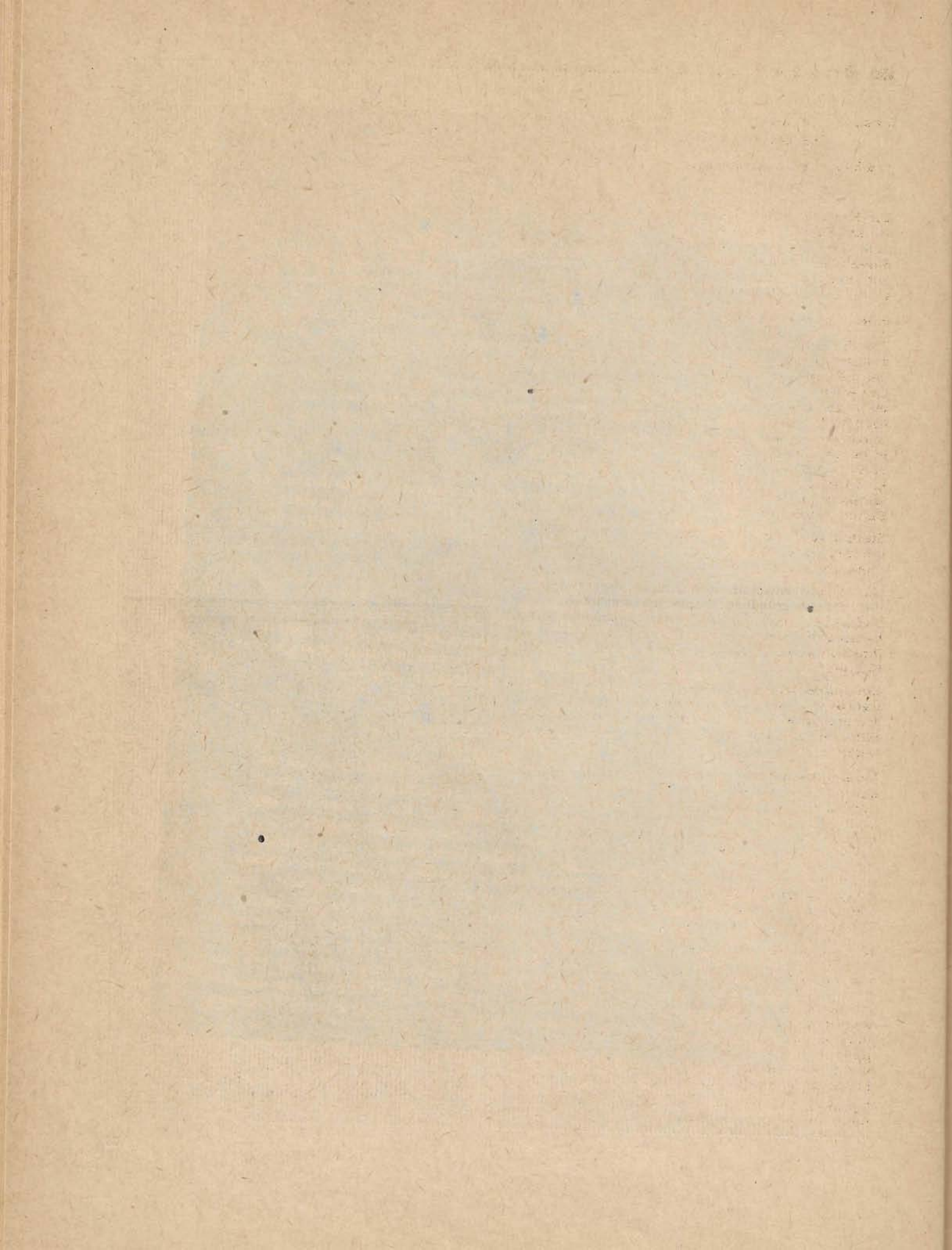
IV. E i n g e z o g e n werden: das beschlagnahmte Philippsgerät
des H r á c h und das auf der Polizeiwachtstube in Pisek sicher-
gestellte Rundfunkgerät / Marke Telefunken D 6 6 0 2 0 /.

G r ü n d e :

I. Die Täter.

Die Angeklagten sind ausnahmslos Protaktoratsangehörige
tschechischer Volkszugehörigkeit und gerichtlich nicht bestraft.
Sie sind mit Ausnahme des Angeklagten H r á c h sämtlich Ange-
hörige der uniformierten Gemeindevollzugspolizei in Pisek.

1/ V a l v o d a erlernte nach Besuch von 5 Klassen
Volksschule und drei Klassen Realschule das Metallgiesserhandwerk
und war dann 2 1/2 Jahre lang als Metallgiesser beschäftigt. Nach
einer halbjährigen Arbeitslosigkeit ging er im Jahre 1926 nach
Frankreich und arbeitete dort in seinem Fach bei der Firma Renault.
Nach seiner Rückkehr nach Prag anfangs Februar 1927 fand er Arbeit
bei der Firma Svačina. Er diente in der Zeit vom 1.10.1927 bis zum
30.3.1929 beim Art. Rgt. 105 und später als Kraftfahrer für das Mu-
nitionslager der 5. Division. Nach Entlassung vom Militär betätigte



Dr. BOGENRIEDER ★ Gnadenloser Mörder

heute: Ministerialrat im Landesjustizministerium
Baden-Württemberg

früher: Erster Staatsanwalt am Sondergericht
Stuttgart

Der Blutjurist Bogenrieder blieb bis zur letzten Stunde seinem Führer treu und ließ hinmorden, was ihm unter die Finger kam. **Schon heute ist erwiesen, daß Bogenrieder 13 Menschen rechtswidrig auf das Schafott trieb.** Die Untersuchungen über seine Verbrechen sind jedoch noch längst nicht abgeschlossen.

Hier sind einige seiner Untaten.

Der Hilfsarbeiter Franz Guttenberger war als fleißiger und ehrlicher Mensch bekannt. Weil er Zigeuner war, wurde er im September 1944 beim Tausch von Sachgegenständen gegen Lebensmittel mit der Begründung verhaftet, es könne sich um Plünderungsgut handeln. Aus Angst, als eingeschriebener Vollzigeuner werde ihm seine Unschuld nicht geglaubt, unternahm er bei der Überführung ins Gefängnis einen Fluchtversuch. Da der ihn abführende Wachmann schoß, blieb er stehen und versuchte, diesen zu überwältigen. Bevor er jedoch fliehen konnte, wurde er von einer anderen Person festgenommen.

Staatsanwalt Bogenrieder hatte seinen Spruch gleich bei der Hand: Guttenberger wollte den Wachmann töten. Darum gab es nur eins: Todesurteil.

Das Gericht entsprach dem Antrag Bogenrieders. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, dieses Todesurteil „entspricht dem Bedürfnis, unseren Sicherheitsbeamten den notwendigen, nachhaltigen Schutz in ihrem schweren Dienst zu gewähren“ (Akt.-Z.: IV g 13 6510/44).

Der jugoslawische Staatsbürger Josef Maljevac eignete sich zwei Fußballjerseys, fünf Paar Fußballsportstrümpfe, ein Paar Arbeitsschuhe, einen Rock, ein Hemd, ein Kinderhemd und zwei Glas Marmelade an. Gesamtwert 100 bis 150 RM.

Bogenrieder roch sofort wieder Blut. Schnell machte er aus dem geringfügigen Vergehen eine Plünderi, die nur durch den Tod zu sühnen sei. Daß Maljevac erst 20 Jahre alt, total bombengeschädigt war und aus Not handelte, war für Bogenrieder ohne Interesse. Seine Antwort auf ein Gnadengesuch lautete:

„Ich bin nicht in der Lage, eine Begnadigung des Verurteilten zu befürworten. Eine Vollstreckung der erkannten Todesstrafe halte ich auch aus Abschreckungsgründen für angezeigt.“

Maljevac wurde 1943 hingerichtet.

Zur Abbüßung einer Strafe befanden sich Emil Kunzer, Eugen Schweitzer und Johann Krismer im Zuchthaus Schwäbisch-Hall. Im Dezember 1943 brachen sie aus, um in die Schweiz zu flüchten. Da sie ohne jede Mittel waren, stiegen sie gemeinsam oder getrennt in vier Häuser ein und entwendeten Lebensmittel zum eigenen Unterhalt, 2 Fahrräder. Eugen Schweitzer wollte für sich Kleidungsstücke besorgen.

Das allein war für den ersten Staatsanwalt Bogenrieder Grund genug, nach Ergreifung dieser 3 Männer für

jeden die Todesstrafe zu fordern. In der Anklageschrift wird als straferschwerend die Tatsache bewertet, daß sie aus einer „Strafanstalt entflohen sind, um erneut strafbare Handlungen zu begehen“, was „ihre Minderwertigkeit in einem solchen Maße beweist, daß der Schutz der Volksgemeinschaft ihre Ausmerzung verlangt“ (Akt.-Z.: IV g 13 5370/44).

Friedrich Wilhelm Erni eignete sich unrechtmäßig aus Lagerhallen dort untergestellte Möbel, Kleidungsstücke und andere Gebrauchsgegenstände an. Außerdem fälschte er eine Abmeldebescheinigung des Ernährungsamtes Stuttgart, um in den ständigen Besitz einer Lebensmittelkarte zu kommen, und benutzte eine ihm nicht gehörende Raucherkarte. Für Staatsanwalt Bogenrieder gab es dafür nur eine Sühnemaßnahme: den Tod. Die Anklageschrift hebt hervor, daß Erni „nie ein wertvolles Mitglied der Volksgemeinschaft“ war.

Das Gericht, in dem auch der blutbefleckte heutige Regierungsdirektor im Landesjustizministerium Baden-Württemberg, Dinkelacker, als Amtsgerichtsrat fungierte, schloß sich der Forderung Bogenrieders an. In der Urteilbegründung wird betont:

„Wer, wie der Angeklagte... vom Kriegsdienst in der Wehrmacht ausgeschlossen ist, hat im Kriege die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich in der Heimat wenigstens eines arbeitsamen und anständigen Lebens zu befleißigen... So ist es nur noch ein zwingender Akt der Gerechtigkeit, während draußen an der Front unsere besten Söhne



311/44
SJs 1695/44

S o n d e r g e r i c h t
für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart
in Stuttgart

Im Namen des Deutschen Volkes!

U r t e i l .

In der Strafsache gegen

den am 25.11.1913 in Wolpertswende Krs.Ravensburg geborenen, in Ravensburg, Ettishofenerstrasse 7 wohnhaften, ledigen Zigeuner und Hilfsarbeiter

Franz G u t t e n b e r g e r .

z.Zt.in Untersuchungshaft im Amtsgerichtsgefängnis Tettnang,

wegen Gewaltverbrechens,

hat das Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart in der Sitzung vom 20.Oktober 1944 in Tettnang, an welcher teilgenommen haben:

Senatspräsident Guhotst

Landgerichtsrat Dr.Azesdorfer

Amtsgerichtsrat Frey

I.Staatsanwalt Dr.Bogenrieder

als Vorsitz,

als Beisitzer,

als Beisitzer,

als Anklagevertreter,

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Franz Guttenberger hat es unternommen, sich seiner Festnahme durch Niederschiessen des Gendarmeriebeamten zu entziehen.

Er wird als Gewaltverbrecher wegen Rechtsfriedensbruchs und versuchten Totschlags

zum T o d e

verurteilt.

IV, 1365 10⁴⁴

Begründung der Gnadenbitte: d.Verteidigers des VU.:
Der Vu. sei noch jung und bisher unbestraft. Es handele sich um eine unüberlegte Affekthandlung, durch die kein Schaden angerichtet sei. Vu. entstamme einer sehaften und durchaus ehrbaren Zigeunerfamilie und habe auch auf seinem Arbeitsplatz stets seine Pflicht erfüllt.

Der Oberstaatsanwalt
i dem Landgericht Stuttgart

15
16
Stuttgart-O, den 14 Dezbr. 1944

/11 SJs.1695/44.

Wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und
Gegenstand bei weiteren Schritten anzuzeigen

Sachbearb.: EstA.Pr.Bogenrieder)

an Über den
Herrn Generalstaatsanwalt

Stuttgart-O
Archivstr. 15

an den
Herrn Reichsminister der Justiz

Der Generalstaatsanwalt
15 DEZ. 1944
Stuttgart
Nr. 5727

1 Berlin

zu IV g 13 6510/44.

ur.: Strafsache gegen Franz Guttenberger,
(Zigeuner) Hilfsarbeiter von Wolperts-
wende,
wegen Rechtsfriedensbruchs u.vers.Totschlags.
eil.: 1 Erlass,
1 Berichtsabdruck.

Die durch Urteil des Sondergerichts
Stuttgart vom 20. 10. 1944 gegen Guttenberger
ausgesprochene Todesstrafe wurde am 7.12.1944,
18 Uhr 21 Min., in der Richtstätte des Straf-
gefängnisses Seilersbahn in Bruchsal voll-
streckt. Es ereignete sich kein Zwischenfall.
Den die Vollstreckung des Urteils an-
ordnenden Erlass vom 24.11.1944, IV g 13
6510/44, gebe ich in der Anlage zurück.

I.V.

gez. Bäuchlen



Beglaubigt

Grimmler

Justizangestellte

Landgericht - 1/4 Bogen
Nr. 44 2000. 3. 6. 07/1435

IV 13

6510-44 1. Aufl.

Dr. BOGENRIEDER ★ Gnadenloser Mörder

heute: Ministerialrat im Landesjustizministerium
Baden-Württemberg

früher: Erster Staatsanwalt am Sondergericht
Stuttgart

Der Blutjurist Bogenrieder blieb bis zur letzten Stunde seinem Führer treu und ließ hinmorden, was ihm unter die Finger kam. **Schon heute ist erwiesen, daß Bogenrieder 13 Menschen rechtswidrig auf das Schafott trieb.** Die Untersuchungen über seine Verbrechen sind jedoch noch längst nicht abgeschlossen.

Hier sind einige seiner Untaten.

Der Hilfsarbeiter Franz Guttenberger war als fleißiger und ehrlicher Mensch bekannt. Weil er Zigeuner war, wurde er im September 1944 beim Tausch von Sachgegenständen gegen Lebensmittel mit der Begründung verhaftet, es könne sich um Plünderungsgut handeln. Aus Angst, als eingeschriebener Vollzigeuner werde ihm seine Unschuld nicht geglaubt, unternahm er bei der Überführung ins Gefängnis einen Fluchtversuch. Da der ihn abführende Wachmann schoß, blieb er stehen und versuchte, diesen zu überwältigen. Bevor er jedoch fliehen konnte, wurde er von einer anderen Person festgenommen.

Staatsanwalt Bogenrieder hatte seinen Spruch gleich bei der Hand: Guttenberger wollte den Wachmann töten. Darum gab es nur eins: Todesurteil.

Das Gericht entsprach dem Antrag Bogenrieders. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, dieses Todesurteil „entspricht dem Bedürfnis, unseren Sicherheitsbeamten den notwendigen, nachhaltigen Schutz in ihrem schweren Dienst zu gewähren“ (Akt.-Z.: IV g 13 6510/44).

Der jugoslawische Staatsbürger Josef Maljevac eignete sich zwei Fußballjerseys, fünf Paar Fußballsportstrümpfe, ein Paar Arbeitsschuhe, einen Rock, ein Hemd, ein Kinderhemd und zwei Glas Marmelade an. Gesamtwert 100 bis 150 RM.

Bogenrieder roch sofort wieder Blut. Schnell machte er aus dem geringfügigen Vergehen eine Plünderi, die nur durch den Tod zu sühnen sei. Daß Maljevac erst 20 Jahre alt, total bombengeschädigt war und aus Not handelte, war für Bogenrieder ohne Interesse. Seine Antwort auf ein Gnadengesuch lautete:

„Ich bin nicht in der Lage, eine Begnadigung des Verurteilten zu befürworten. Eine Vollstreckung der erkannten Todesstrafe halte ich auch aus Abschreckungsgründen für angezeigt.“

Maljevac wurde 1943 hingerichtet.

Zur Abbüßung einer Strafe befanden sich Emil Kunzer, Eugen Schweitzer und Johann Krismer im Zuchthaus Schwäbisch-Hall. Im Dezember 1943 brachen sie aus, um in die Schweiz zu flüchten. Da sie ohne jede Mittel waren, stiegen sie gemeinsam oder getrennt in vier Häuser ein und entwendeten Lebensmittel zum eigenen Unterhalt, 2 Fahrräder. Eugen Schweitzer wollte für sich Kleidungsstücke besorgen.

Das allein war für den ersten Staatsanwalt Bogenrieder Grund genug, nach Ergreifung dieser 3 Männer für

jeden die Todesstrafe zu fordern. In der Anklageschrift wird als straferschwerend die Tatsache bewertet, daß sie aus einer „Strafanstalt entflohen sind, um erneut strafbare Handlungen zu begehen“, was „ihre Minderwertigkeit in einem solchen Maße beweist, daß der Schutz der Volksgemeinschaft ihre Ausmerzung verlangt“ (Akt.-Z.: IV g 13 5370/44).

Friedrich Wilhelm Erni eignete sich unrechtmäßig aus Lagerhallen dort untergestellte Möbel, Kleidungsstücke und andere Gebrauchsgegenstände an. Außerdem fälschte er eine Abmeldebescheinigung des Ernährungsamtes Stuttgart, um in den ständigen Besitz einer Lebensmittelkarte zu kommen, und benutzte eine ihm nicht gehörende Raucherkarte. Für Staatsanwalt Bogenrieder gab es dafür nur eine Sühnemaßnahme: den Tod. Die Anklageschrift hebt hervor, daß Erni „nie ein wertvolles Mitglied der Volksgemeinschaft“ war.

Das Gericht, in dem auch der blutbefleckte heutige Regierungsdirektor im Landesjustizministerium Baden-Württemberg, Dinkelacker, als Amtsgerichtsrat fungierte, schloß sich der Forderung Bogenrieders an. In der Urteilsbegründung wird betont:

„Wer, wie der Angeklagte... vom Kriegsdienst in der Wehrmacht ausgeschlossen ist, hat im Kriege die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich in der Heimat wenigstens eines arbeitsamen und anständigen Lebens zu befleißigen... So ist es nur noch ein zwingender Akt der Gerechtigkeit, während draußen an der Front unsere besten Söhne



S o n d e r g e r i c h t
für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart
in Stuttgart.

oKls 51/44.
11 Ss 1923/43.

Im Namen des Deutschen Volkes!

U r t e i l .

In der Strafsache gegen

den am 19.6.1901 in Eppelheim Krs.Heidelberg geborenen, z.Zt. in der Untersuchungshaft in Stuttgart in Haft befindlichen ledigen Arbeiter

Friedrich Wilhelm Z r n i

wegen schweren Diebstahls u.a.,

hat das Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart in der Sitzung vom 28. Februar 1944, an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Hegeler	als Vorsitz,
Amtegerichtsrat Prey	als Beisitzer,
Amtegerichtsrat Dinkelacker	als Beisitzer,
Erster Staatsanwalt Dr. Bogenrieder	als Anklagsvertreter,

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Er wird deshalb als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher

z u m T o d e

und zum dauernden Verlust der Ehrenrechte eines Deutschen verurteilt.

Er trägt die Kosten des Verfahrens.

...ute völlig un...
taten in Schatten stellt. So ist es nur noch ein zwingender Akt der Gerechtigkeit, während draußen an der Front unsere besten Söhne bluten, den Angeklagten endgültig auszuweisen. Der Schutz der Volksgemeinschaft und das Bedürfnis nach gerechter Sühne erforderten die Todesstrafe (§ 1 des Gesetzes zur Änderung des RStGB vom 4.9. 1941 RGBl. I Seite 549). Auf sie wurde antragsgemäß erkannt.

Der Angeklagte hat auch die Ehrenrechte eines Deutschen für dauernd verwirkt (§ 32 StGB).

Die Kostenfolge entspricht § 465 StPO.

Ger. Hegeler.

Prey.

Dinkelacker.

Beglaubigt.

Stuttgart, den 8. März 1944.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Sondergerichts:

Justizinspektor



K. Bogenrieder

Abschrift.

Sondergericht
für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart
in Stuttgart.
SL 73/43.
I 11 SJs 2383/42.

5
18

Im Namen des Deutschen Volkes!

U r t e i l .
=====

In der Strafsache gegen

den am 16.4.1911 in Süssen Krs.Göppingen geborenen,
z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Stuttgart
in Haft befindlichen getrennt lebenden Kraftfahrer

Josef Engler t.

wegen Plünderung u.a..

hat das Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart in der Sitzung vom 24.März 1943, an welcher teilgenommen haben:

Oberlandesgerichtsrat Dr.Stuber	als Vorsitz,
Landgerichtsrat Eckert	als Beisitzer,
Amtsgerichtsrat Frey	als Beisitzer,
Erster Staatsanwalt Dr.Bogenrieder	als Anklagevertreter,

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und Volksschädling wegen Plünderung, begangen durch Wegnahme von Gebrauchsgegenständen aus einem durch Fliegerangriff zerstörten Gebäude, ferner wegen im Rückfall begangenen Kameraden-diebstahls in 2 Fällen und wegen Fälschung von öffentlichen Urkunden in 2 Fällen (Marsch- und Fahrbefehlen der O.T.)

z u m T o d e

und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

IV₉¹³ 5567¹/₄₃

bluten, den Angeklagten endgültig aus-
zumerzen.“ (Akt.-Z.: IV g 13 5305/44)

Der damals 17jährige Hans Klausner wurde wegen begangener Betrügereien in die Zweiganstalt Bad Canstatt des Untersuchungsgefängnisses Stuttgart eingeliefert. Um einer sicheren Aburteilung zu entgehen, plante er einen Ausbruch aus der Haft, der ihm jedoch nicht gelang.

Staatsanwalt Bogenrieder bezeichnete Klausner auf Grund einiger begangener Diebstähle und dieses Fluchtversuches als Schwer- und Gewaltverbrecher und verlangte die Todesstrafe für den 17jährigen. Das Gericht verurteilte Klausner zum Tode. (Akt.Z.: C 360/41).

Gegen Josef Englert wurde im März 1943 Anklage vor dem Sondergericht Stuttgart erhoben. Neben zwei Diebstählen, deren Sachwert kaum 80 RM betrug, und einer Marschbefehlsfälschung, um so in den Besitz von Lebensmittelkarten zu gelangen, stützte Staatsanwalt Bogenrieder seine Anklage hauptsächlich auf ein Verkommen im November 1942 in Vaihingen/F. Englert betrat den Keller eines fast völlig zerstörten Hauses und fand dort einen Waschkorb im Werte von 6 RM, 26 Stück leere Einmach- und Eindünstgläser im Werte von etwa 21 RM sowie 1 Vorhangteil im Werte von etwa 4 RM. Das wurde als Plünderung ausgelegt. Staatsanwalt Bogenrieder plädierte wie immer auf Todesstrafe, die auch ausgesprochen wurde (Akt.-Z. IV g 13 5567/43).

DINKELACKER ★ Schickte holländischen Zwangsarbeiter aufs Schafott

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium
Baden-Württemberg

früher: Sonderrichter am Sondergericht Stuttgart

Die in allen Bundesländern mit der drakonischen Anwendung der neuen Strafgesetze beauftragte Ministerialbürokratie verfügt in Dinkelacker über einen besonders prädestinierten Blutjuristen. Welche Wertschätzung dieser faschistische Sonderrichter heute in der Bundesrepublik genießt, geht aus der Tatsache hervor, daß er im Zeitraum 1960/62, also während der Laufzeit des § 116 des Richtergesetzes, vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor befördert wurde.

Der 1906 geborene ehemalige Nazi-Amtsgerichtsrat Dinkelacker wurde in der Endphase des „Dritten Reiches“ auf Grund besonderen Dienstalters in das „Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart“ berufen. Dinkelacker enttäuschte seine faschistischen Vorgesetzten nicht. Im Laufe seiner kurzen Amtszeit stimmte er in sechs bisher nachweislichen Fällen für die Todesstrafe, um sie, wie es in einer von ihm unterzeichneten Urteilsbegründung vom 5. August 1944 heißt,

„... auch im fünften Kriegsjahr ... zur Abschreckung
für andere“

wirken zu lassen. Die Haltlosigkeit der Todesstrafen wegen geringfügiger Vergehen wurde von Dinkelacker mangels ausreichender juristischer Gründe vor allem mit „gesundem Volksempfinden“ motiviert. Auf einige besonders abscheuliche Fälle, die unter tätiger Mitwirkung Dinkelackers zustande kamen, sei nachfolgend verwiesen:

Am 12. Juli 1944 verurteilte das Sondergericht Stuttgart, dem Dinkelacker als Beisitzer angehörte, den am 4. Mai 1924 in Leiden geborenen Holländer Adrianus Oudshoorn wegen „Plünderung“ zum Tode. Als Zwangsverpflichteter wurde der holländische Optiker 1943 in einem Rüstungsbetrieb in Untertürkheim eingesetzt. Im Januar 1944 verließ er „unerlaubt seinen Arbeitsplatz“. Oudshoorn, der als „Fremdarbeiter“ im Monat nur 160 Reichsmark erhielt und Hunger litt, entwendete nach einem Bombenangriff auf Stuttgart aus einer Wohnung u. a. ein Oberhemd, sieben Taschen-

tücher, eine Seifendose und ein Taschenmesser. Er hatte der Mieterin ohne Entgelt bei der Beseitigung von Bombenschäden geholfen.

Selbst der Officialverteidiger, das Mitglied des faschistischen „Rechtswahrerbundes“ Diesem aus Stuttgart, sah sich gezwungen, zu Oudshoorns Gunsten Nichtigkeitsbeschwerde zu erheben. Als Begründung führte der Rechtsanwalt an, daß der „... Diebstahl ein reiner Gelegenheitsakt... war“. Oudshoorn, der nur schlecht Deutsch sprach, wurde während der Verhandlung, bei der es um sein Leben ging, kein Dolmetscher bewilligt.

Trotz dieser begründeten Einwände lehnte der gleich dem ehemaligen Generalbundesanwalt Fränkel als Bearbeiter von Nichtigkeitsbeschwerden am Reichsgericht Leipzig amtierende Dr. Kirchner am 25. August 1944 eine Aufhebung des Urteils ab. Der durch Dinkelackers Mitwirkung zum Tode verurteilte Adrianus Oudshoorn wurde daraufhin am 25. Oktober 1944 im Gefängnis Seilersbahn in Bruchsal hingerichtet.

Als Nr. 3311 führte das faschistische Reichsjustizministerium in seiner Todesurteil-Liste den Namen Jaroslav Valenta. Auch dieses Leben wurde durch Dinkelackers Wirken ausgelöscht. Durch die Nazi-Okkupation der CSR wurde der am 1. Oktober 1919 geborene Tscheche zum „Protektorsangehörigen“ erklärt und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Er wurde als Gepäckarbeiter auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof eingesetzt. Weil es ihn, wie selbst die vom Oberstaatsanwalt Link unterzeichnete Anklageschrift vom 10. Juli 1944 zugeben mußte, „... an Zigaretten und Lebensmitteln gemangelt“ hatte, entwendete sie Valenta gelegentlich aus Gepäckstücken.

Die von Dinkelacker unterzeichnete Urteilsbegründung schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes auf Todesstrafe an und betonte, daß zwecks Erhaltung der „Zuverlässigkeit und Sicherheit... seitens der Gerichte schon lange zu steigenden und höchsten Strafen gegen Übeltäter vom Schlage des Angeklagten hingewirkt“ wird. Daß die „Tat aus Hunger begangen“ wurde und der Angeklagte „bittere Reue“ zeigte, ließ die Vertreter des Sondergerichts völlig kalt. Valenta beendete mit 25 Jahren als ein Opfer der faschistischen Blutjustiz Dinkelackers sein Leben am 7. Dezember 1944 auf dem Schafott.

ausgabe 21/10/11
undformal

Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart in Stuttgart.

oKl. 172/44.
228a 813/44.

wegen Volkeschädlingverbrechens.

hat das Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart
in der Sitzung vom 24. Juli 1944, an welcher teilgenommen haben:

Senatspräsident Cuhorst als Vorsitzender,
Amtsgerichtsrat Frey als Beisitzer,
Amtsgerichtsrat Dinklaacker als Beisitzer,
Gerichtsassessor Dr. Schüts als Anklagevertreter,

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Am 24. Juli 1944,

Uhr.

Im Namen des Deutschen Volkes!

Urteil. 172/44.

Strafmaß:

gegen

den am 1.10.1919 in Erlitz, Kre. Reichenau, Protektorat
Böhmen-Mähren geb., in Plochingen, Bergstr. 20 wohnhaf-
ten, ledigen Gefährdeter

Jaroslav Valenta

z. Zt. in U'Haft in der Untersuchungsanstalt Stuttgart
wegen Volkeschädlingverbrechens.

Das Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart hat in der Sitzung
vom 24. Juli 1944
für Recht erkannt:

Jaroslav Valenta hat als Gefährdeter der deutschen
Reichsbahn auf dem Hauptbahnhof Stuttgart in 40 bis 50
Fällen teilweise auf erschwerte Weise Gefährdungen be-
stohlen.

Er wird daher als Volkeschädling wegen fortgesetzten
teils schweren, teils einfachen Diebstahls

zum Tode

und zum Verlust seiner Ehre

Verurteilt.
Die vorliegende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt.
Das Urteil ist vollstreckbar.

Der Angeklagte gibt zu, solchermassen in etwa 18-20 Fällen
Zigaretten (insgesamt 400-500 Stück) und in weiteren etwa 20 Fäl-
len Lebensmittel verschiedener Art meist Fleisch- und Wurstwaren
oder Butter, z. B. am 9.5.1944 allein 2 Mettwurst und 3 Jäger-
wurst im Gewicht von 2 kg erbeutet zu haben, welche er alle
dem eigenen Verbrauch zugeführt haben will. An Gebrauchsgegen-
stände fielen u. a. 1 Schal, 4 Reißverschlüsse, 3 Flaschen Parfüm,
1 Paar Socken, 10 Haarschneidmesser, 1 Photoapparat Marke Kodak mit
Etui im Werte von 70 RM, 3 Paar lederne Damenhandschuhe und 1 Le-
dertasche mit Nagelpflege ihm in die Hände; diese Gegenstände konnten
größtenteils bei ihm noch vorgefunden und sichergestellt werden.

Der Angeklagte räumt ein, über die strengen Strafen, die
bei Transportdiebstählen im Kriege verhängt werden, durch die
bunten Anschläge und Urteilsveröffentlichungen aufgeklärt
gewesen zu sein. Er will, weil er schwer habe arbeiten müssen,
oft unter Hunger gelitten haben und deshalb der sich ihm bie-
tenden Gelegenheit zu Diebstählen erliegen sein.

Art, wie er durch Gefährdungen grossenteils seine heute er-
zielte, war eine besonders rücksichtslose und gewalttätige.

So erschien nach gesunden Volksempfinden zur gerechten Sühne
für seine Tat, vor allem aber auch zur Abschreckung für andere die
Todesstrafe verurteilt. Auf sie wurde entsprechend dem Antrag des
Anklagevertreters erkannt.

Die Aberkennung der Ehrenrechte war nach § 32 StGB geboten.

Gen. Cuhorst. Frey. Dinklaacker.

Beglaubigt.

Stuttgart, den 5. August 1944.

Der Urkundebesitzer der Geschäftsstelle
des Sondergerichts:

Justizsekretär

Wieder



Bezeichnend für das Wüten des faschistischen Blutjuristen ist die Tatsache, daß das Sondergericht, dem Dinkelacker angehörte, innerhalb einer Stunde zwei Todesurteile fällte. Am 16. März 1944 um 14.45 Uhr überantwortete es den am 29. April 1908 in Oberkochen geborenen Karl Schramm dem Henker. Er wurde verurteilt, weil er einige Eier, drei Brote, 250 Gramm Butter und andere Lebensmittel in kleinen Mengen erschwindelt hatte. Als erschwerend wurde ihm zur Last gelegt, daß er u. a. von 1928 bis 1933, der Zeit der Weltwirtschaftskrise, als Arbeitsloser mehrfach Geldbeträge von 2 bis 13 Reichsmark (!) durch Betrug erwarb. Dinkelackers Urteil stempelte ihn deshalb zu einem „Volksschädling und gefährlichen Gewohnheitsverbrecher“.

Genau 65 Minuten später verurteilte das gleiche Gericht an jenem 16. März Ignaz Blasiak, geboren am 2. Februar 1909 in Kirchberg, Kreis Ostrowo, zum Tode.

Blasiak konnte seine Familie von seinem Wochenverdienst von etwa 40 Reichsmark und den 80 Mark Monatslohn (!) seiner Frau nicht ernähren und vergriff sich an Lebensmittelpäckchen, da ihm, wie das Urteil vermerkt, „seine Zuteilung angeblich nicht ausreichte“. Auch in diesem Fall wurde in faschistischer Manier ein Menschenleben ausgelöscht.

Der Aktivität des Blutgerichts eiferte auch der Henker nach, der am 10. Mai 1944 um 5.27 Uhr Ignaz Blasiak und 3 Minuten später Karl Schramm hinrichtete.

Wo immer auch der faschistische Sonderrichter, Amtsgerichtsrat Dinkelacker, wirkte, hinterließ er eine blutige Spur. Auch dieser Blutjurist wurde nach 1945 nicht zur Verantwortung gezogen. Dinkelacker amtiert heute wieder unbehelligt und in noch verantwortlicherer Position in dem gleichen Stuttgart, wo er seine faschistischen Verbrechen beging.

FRIEDRICH NEIDHARD ★ Mörder französischer Bürger

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Baden-Württemberg

früher: Amtsgerichtsrat am Sondergericht Strassbourg

Wie „ernst“ es der Bonner Regierung mit ihren Freundschaftsbeteuerungen gegenüber dem französischen Volk ist, läßt sich exakt am Fall Neidhard ablesen. Obwohl den zuständigen Regierungs- und Justizbehörden Westdeutschlands seit Jahren bekannt ist, daß Neidhard Mordbefehle gegen französische Bürger erteilte, wurde er nicht nur nicht des Amtes enthoben, sondern 1959 sogar vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor befördert.

Besonderes Aufsehen erregte die Enthüllung der Strassbourger „Humanité d'Alsace et de Lorraine“, die am 17. Februar 1963 berichtete,

daß durch den Urteilsspruch des Blutjuristen Neidhard am 17. Februar 1943 13 junge französische Wehrdienstgegner durch ein faschistisches Exekutionskommando in der Nähe des KZ Struthof ermordet wurden.

VERTRITT SEINE TODESURTEILE NOCH HEUTE

Auf die Fragen des Journalisten Hellmuth Rieber, Karlsruhe, rechtfertigte Neidhard dieses Blutbad noch in den Februartagen 1963.

Er sagte:

„Es ist ein ordentliches Gericht gewesen. Die Sache ist hier nachgeprüft. Es handelt sich um ein rechtskräftiges Urteil und meiner Erinnerung nach wegen Mord.“

Die jungen Franzosen hatten versucht, in die Schweiz zu fliehen, weil sie sich nicht für Hitler gegen das eigene Volk mißbrauchen lassen wollten. Die ungeheuerliche Erklärung Neidhards beweist, daß er jederzeit bereit ist, seine Mordtaten zu wiederholen und im Dienste des deutschen Imperialismus das französische Volk erneut zu unterdrücken.

Mit dem angeführten Beispiel ist Neidhards Blutkonto bei weitem nicht erschöpft. Am 13. Mai 1944 verurteilte er — wie aus einem neu aufgefundenen Urteil hervorgeht — den 69jährigen Tagelöhner Eugen Lämmel, geb. 24. April 1875, zum Tode. Lämmel war des Diebstahls von 50 RM verdächtigt worden. Als ein Kriminalbeamter deshalb bei einer Hausdurchsuchung 650 RM Ersparnisse beschlagnahmen wollte, soll Lämmel diesen angeblich niedergeschlagen haben. Laut Urteil trug der Polizist eine „4 cm lange Platzwunde“ und „eine kleinere Verletzung am Arm“ davon. Das war für Neidhard Grund genug, Lämmel dem Henker auszuliefern.

Die beiden Elsässer Karl Ziller und Robert Eckert verurteilte der heutige Regierungsdirektor am 26. November 1943 zum Tode (Aktenzeichen: So KLs 193/43). Sie hatten Aufrufe gegen die rechtswidrige Einführung



Carol O. Bennett.
Lincoln

6 Jan 867/41

Im Namen des Deutschen Volkes!

13

gegen Verbrechen gegen § 4 des Volksschädlingserordnung, pp.:

Yehovah's Witnesses

Landgerichtsdirektor Dr. Hoyer

als Vorfigender,

Landgerichtsrat von Dülken

beauftragter Richter Dr. Gahlen

als ~~Gesetzgeber~~ beistitzende Richter

Staatsanwalt Dr. Hillrichs

als Beamter der Staatsanwaltschaft.

Protokollführer Klein

als Verbandsbeamter der Bezirksstelle

zu Rech. erkannt. Der am 18. Dezember 1912 in Rentrich geborene Angeklagte Anton Kerner wird wegen eines fortgesetzten **Verbrechens gegen § 4 der Volksschadungsverordnung in Verbindung mit betrug zum Tode**, weiter wegen Untreue in **Eintheilung** und Unterschlagung, sowie wegen schwerer **Urkundenfälschung** in eine Gesamtstrafe von einem Jahr und drei Monaten **Zuchthaus**, sowie in eine Geldstrafe von 700.-RM., halbwaise 70 Tage **Zuchthaus** kostenpflichtig verurteilt.

25 a. Ausrichtung eines Litells in der Berufungsinstanz
19 278 64 50.1 — kleine Streifen

- wenden -

Aug 16 1891 142

Die durch Urteil des Sondergerichts in Oldenburg
vom 12. Februar 1942 gegen

Antoon K e r n s p r.
erkannte Todesstrafe wandelte ich *aus Lebenslange in*
zum Führer des 3. September 1939 ~~erkannten Strafbefehls~~
in eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren um.

Berlin, den 2. Mai 1942
Der Reichsminister der Justiz

~~mit der Führung der Geschäfte beauftragt~~

(z. Unterschrift
des Herrn Staatssekr.
Dr. Schlegelberger
- in Ur-u. Reinschrift -)

17 8¹⁴ 101/42

46. Mitteilung der Gnadenentscheidung
an ZELSTA. Baumgärtel
Schrift auftrag vom 5. 11. 1892
an. 11. 1892 an G. 1892

*Richard Siegfried 1 me (Eingabe). (Klein-
Kupferstich)*

der allgemeinen Wehrpflicht im Elsaß und gegen die Nazi Herrschaft verfaßt.

„Wer die Hand gegen das Reich zu erheben wagt, hat sein Leben verwirkt... Auch wenn der entstandene Schaden... in Wirklichkeit jedenfalls nicht sehr bedeutend war. Dies ändert nichts...“

so begründet der Faschist Neidhard seine dem Bonner Staat äußerst willkommene Gesinnung.

Neidhard war nach den bisherigen Ermittlungen an weiteren Justizmorden maßgeblich beteiligt:

ALEXANDER VON DÖLLEN ★

In Einzelfällen schlimmer als Hitler und Freisler

heute: Ministerialdirigent im Justizministerium
Niedersachsen, Hannover

früher: Landgerichtsrat am Sondergericht Oldenburg i. O.

Blutrichter von Döllen ist einer jener eifrigen Henkersknechte, deren Untaten an faschistischen Sondergerichten westdeutschen Behörden seit Jahren bekannt sind. Der Ausschuß für Deutsche Einheit machte schon 1960 die Öffentlichkeit mit Willkürurteilen bekannt, die von Döllen gefällt hat.

Der 43jährige Wachmann Rudolf Heine wurde auf Grund des Mordbefehls von Döllens vom 9. Februar 1944 wegen „Plünderung“ zum Tode verurteilt. Heine hatte sich bei Aufräumarbeiten ein Paar gebrauchte Hausschuhe, drei Dosen Schuhcreme, drei Stück Seife und ein kleines Knäuel Wollgarn angeeignet. Sechs Wochen nach einem Bombenangriff holte Heine aus einem zerstörten Haus einen Ofen, den er einer schwangeren Frau gab, die keinen besaß. Einen Tag später nahm er sich – mit Einverständnis des Hauseigentümers – einen reparaturbedürftigen Küchenherd. Für den Blutrichter von Döllen gab es hierfür nur einen Spruch: Todesstrafe.

Trotz Kenntnis dieses und weiterer sieben bisher festgestellter Justizmorde versuchte der niedersächsische Justizminister Dr. von Nottbeck Anfang August 1962, diesen Blutjuristen reinzuwaschen. Von Döllen habe schließlich nur „nach den damals geltenden Gesetzen“ gehandelt, meinte Dr. von Nottbeck und stellte sich damit schützend vor diesen Blutrichter der Nazizeit. In der Zwischenzeit wurden weitere Dokumente auf-

Am 11. Mai 1944 Todesurteil gegen Hermann Haefele
(Aktenzeichen: So KLs 71/44)

am 27. April 1944 Todesurteil gegen Justin Hirtzlin
(Aktenzeichen: So KLs 46/44)

Die Tatsache, daß Neidhard heute wieder entscheidend die Justizpolitik eines westdeutschen Bundeslandes bestimmt, charakterisiert das Bonner Regime als Staat der Henker und Kriegsverbrecher, der die Terrorjustiz des „Dritten Reiches“ gradlinig fortsetzt.

gefunden, die neue Beweise für die Bluttaten des von Döllen liefern.

Der 30jährige Drahtzieher Anton Kerner aus Nordham verlor im April 1941 seine Arbeitsstelle als Vertreter. Da er im gleichen Beruf keine Tätigkeit mehr fand, verlegte er sich auf kleine Betrügereien. Als angeblicher Vertreter in Waschapparaten nahm er Bestellungen an und ließ sich in einigen Fällen Anzahlungen aushändigen.

Das Sondergericht Oldenburg mit Richter von Döllen forderte für dieses Vergehen den Kopf des Kerner.

„Die Tat des Angeklagten hebt sich... in solchem Maße von den gewöhnlichen Rahmen dieser Straftat (gemeint ist Betrug – d. Hg.) ab, daß... das gesunde Volksempfinden die schwerstmögliche Strafe, nämlich die Todesstrafe erfordert.“

(Urteil vom 12. 2. 1942 – Akt.-Z.: 6 Js 867/42)

Als Ankläger wirkte in diesem Verfahren der heutige Landgerichtsrat in Osnabrück, Dr. Hillrichs.

Eine Begnadigung Kerners lehnte von Döllen am 12. Februar 1942 ab. Sogar Hitler und Freisler empfanden diese Strafe als zu hart. Sie veranlaßten am 15. Mai 1942, die Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren mit Nachprüfung der Gnadenfrage nach 5 Jahren umzuwandeln.

Frau Käte Popken stand wegen vorgenommener Abtreibungen vor dem Richterstuhl von Döllens. Obwohl das nazistische Strafgesetzbuch für diese Tat nicht die Todesstrafe vorsah, lieferte von Döllen diese Frau am 17. Februar 1942 durch rückwirkende Anwendung des berüchtigten „Gewohnheitsverbrechergesetzes“ dem Henker aus.

DR. BERTHOLD ★ Erbarmungslos gegen Juden und Polen

heute: Finanzgerichtsdirektor in Hannover

früher: Staatsanwalt an Berliner Sondergerichten

Zu den in der Bundesrepublik immer noch unbehelligt amtierenden Nazi-Juristen gehört auch der Finanzgerichtsdirektor Berthold. Obwohl der Ausschuß für Deutsche Einheit in einer Dokumentation bereits aktkundig nachgewiesen hat, daß Berthold als Staatsanwalt im faschistischen Justizdienst an Todesurteilen mitwirkte, die gegen russisch Verfolgte und auslän-

dische Bürger verhängt wurden, sind diese Verbrechen Bertholds bisher in keiner Weise geahndet worden. Auch durch den § 116 des Richtergesetzes fühlte er sich nicht verpflichtet, auf Grund seiner schwerbelasteten Vergangenheit seinen Dienst im westdeutschen Justizapparat zu quittieren.

Wie bereits nachgewiesen, nahm Berthold am 9. April 1943 als Staatsanwalt an der Verhandlung gegen den jüdischen Bürger Paul Berkheim teil, den er wegen „Rassenschande“ in drei Fällen zum Tode ver-

Der Angeklagte wird als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher wegen Raubmordes in drei Fällen zum Tode, zum dauernden Verlust der Rechte aus den §§ 32 ff StGB und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

37

urteilen ließ. In Anwendung des Globkeschen „Blutschutzgesetzes“ wurde Berkheim mit der Begründung verurteilt:

„Die Rassenschande ist an und für sich schon ein Verbrechen, welches, da es sich gegen den Bestand des deutschen Volkstums richtet, schwerste Bestrafung erfordert... wo sich das deutsche Volk im Kampf um seine vom Weltjudentum... bedrohte Zukunft befindet. Als gerechte Sühne seiner Tat kann also nur die Todesstrafe in Betracht kommen.“

Wie neu aufgefundene Akten beweisen, beantragte Berthold als Vertreter der Staatsanwaltschaft am Sondergericht I Berlin auch das Todesurteil vom 29. Juli 1940 gegen den polnischen Arbeiter Alex Gruntkowski, der wegen Totschlags angeklagt war. Ein Gnadengesuch des Verurteilten, das vom Gericht wie folgt beurteilt wurde:

„Mit Rücksicht darauf, daß eine Affekthandlung vorliegt... würden Bedenken gegen einen Gnadenerweis nicht zu erheben sein“

lehnte Berthold u. a. mit der Begründung ab:

„Der Verurteilte ist überdies — nach seinem Verhalten und Benehmen in der Hauptverhandlung zu urteilen — blutmäßig überwiegend Pole. Bei dem Verurteilten handelt es sich um einen degenerierten Menschen, der für die menschliche Gesellschaft wertlos ist... ich empfehle daher, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen.“

Trotz dieses barbarischen Vorschlages von Berthold wurde Alex Gruntkowski vom Reichsminister der Justiz begnadigt.

Aus solchen Beispielen geht eindeutig hervor, daß die heutigen Rechtfertigungsversuche der faschistischen Blutrichter im Bonner Staat — sie hätten auf Grund der nazistischen Gesetze Todesurteile fällen müssen — jeder Grundlage entbehren. Berthold ging, wie viele seiner Mordkomplizen, oftmals über das ohnehin schon unmenschlich hohe Strafmaß der faschistischen Gesetze hinaus.

Weitere Juristen der nazistischen Ausnahmegerichtsbarkeit in der Bonner Ministerialbürokratie:

Dr. EICKHOFF

heute: Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres

ELSENHEIMER

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

früher: Amtsgerichtsrat am Sondergericht Bamberg

JOSEF HARTINGER

heute: Staatssekretär im Justizministerium Bayern

früher: Kriegsgerichtsrat

Dr. GABRYSCH

heute: Landgerichtsdirektor im Justizministerium Niedersachsen

früher: SS-Hauptsturmführer, Staatsanwalt in Maribor, Kriegsverbrecherliste Jugoslawien A-16/1066

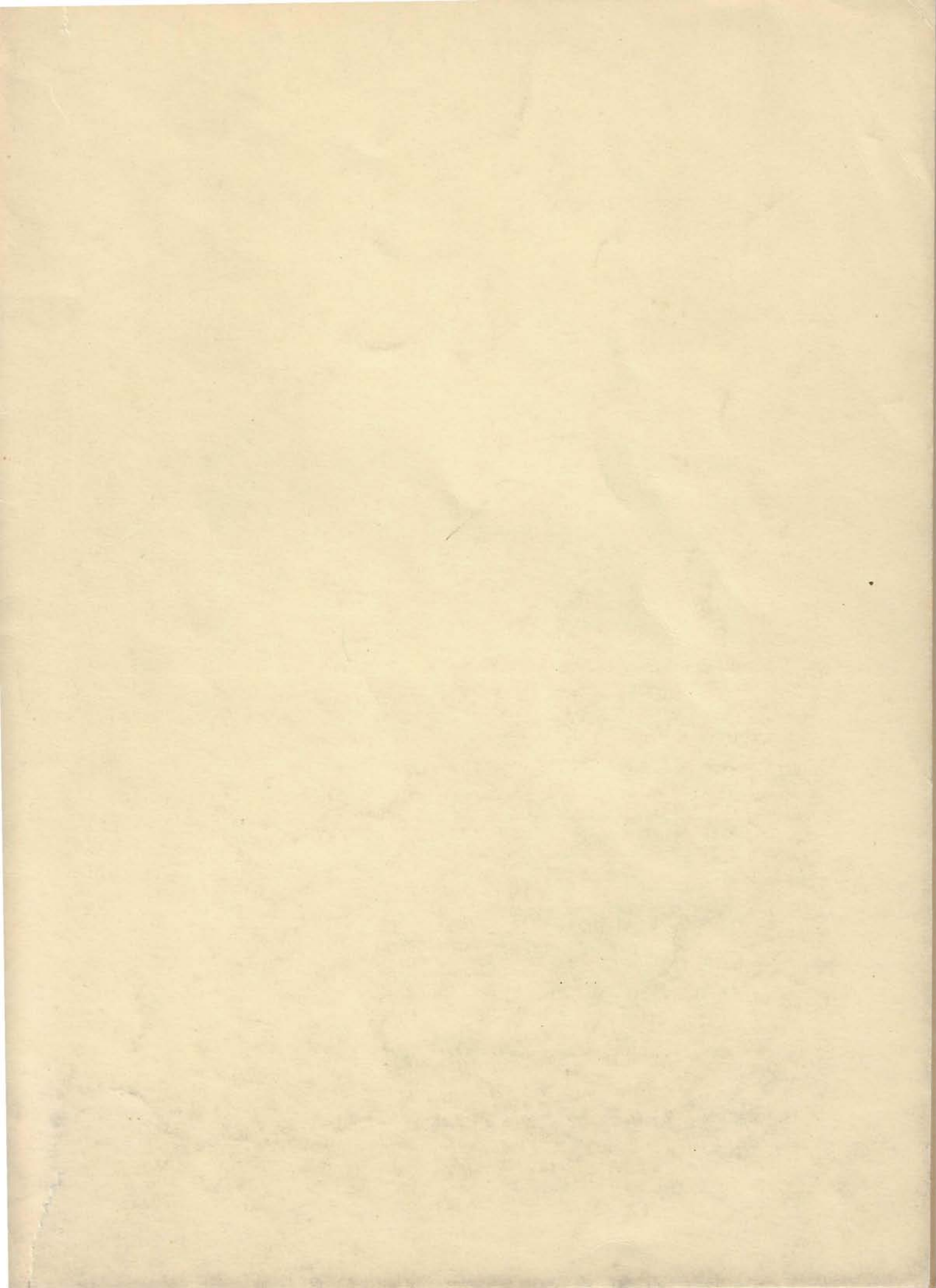
HUBERT HEY

heute: Ministerialrat im Justizministerium von Nordrhein-Westfalen

früher: Nazi-Justizministerium (u. a. Einzelsachen aus den Bezirken Stettin, Königsberg, Marienwerder), später Kriegsgerichtsrat der Reserve beim Oberkommando der Wehrmacht

Namensregister

Bader, Dr. Bernhard, 3, 15
Baldus, Dr. Paul-Heinz 3, 18
Berthold, Dr. Wolfgang 51
Bockelmann, Prof. Dr. Paul 3, 8, 18
Bogenrieder, Dr. 40 ff
Dallinger, Dr. 34
Dinkelacker 40, 47
Döllen von, Alexander 51
Dreher, Dr. 22
Eickhoff, Dr. 55
Elsenheimer 55
Fränkel, Wolfgang Immerwahr 3, 16, 18
Fritz, Heinz 3, 10
Gabrysch, Dr. 55
Gallas, Prof. Dr. Wilhelm 3, 4, 8
Hartinger, Josef 55
Hey, Hubert 55
Jagusch, Dr. Heinrich 3, 16, 17
Kanter, Dr. Ernst 3, 16, 17
Lange, Prof. Dr. Richard 3, 8
Maßfeller 24 ff
Mezger, Prof. Dr. Edmund 3, 4
Neidhard, Friedrich 49
Niethammer, Prof. Dr. Emil 3, 8, 18
Rhode, Werner 37
Roemer 34
Schäfer, Dr. Karl 3, 8, 18
Schafheutle, Dr. Josef 10, 20, 34
Schmidt, Prof. Dr. Eberhard 3, 10
Schwalm, Dr. Georg Karl 22
Voll, Dr. Gustav 3, 15
Welzel, Prof. Dr. Hans 3, 10
Wilkerling, Dr. Joachim 3, 15



NATIONALRAT DER NATIONALEN FRONT DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND

REDE DES GENERALSTAATSANWALTS

JOSEF STREIT

AUF DER INTERNATIONALEN PRESSEKONFERENZ

AM 9. APRIL 1963 IN BERLIN

Meine Damen und Herren!

Fast alle Völker Europas, einschließlich des deutschen Volkes, haben das grausame und völkerfeindliche „Recht“ und die in Nürnberg verurteilte barbarische Justiz des faschistischen Staates zu spüren bekommen. Die deutsche und die internationale Öffentlichkeit achtet deshalb mit besonderer Anteilnahme darauf, wie, von wem und mit welchem Ziel die Rechtspflege in beiden deutschen Staaten gestaltet wird. Wohl noch nie waren Recht und Gerechtigkeit so eng mit den Lebensfragen und dem Entwicklungsweg der deutschen Nation verbunden wie gegenwärtig.

Jeder hat deshalb einen Anspruch darauf zu erfahren, ob das Recht in beiden deutschen Staaten mit dem geltenden Völkerrecht und insbesondere mit den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition übereinstimmt, ob es Demokratie, wahre Gerechtigkeit und Menschenwürde gewährleistet, ob es das Streben des deutschen Volkes nach einem einheitlichen Friedensstaat unterstützt.

Die Beantwortung dieser Fragen hängt davon ab, in den Händen welcher Klasse die Macht liegt, den Willen welcher Klasse das Recht repräsentiert.

Der vom Staatsrat der DDR beschlossene Erlaß über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege auf der einen Seite, der Entwurf eines westdeutschen Strafgesetzbuches als wesentlicher Teil der gleichzeitig in Vorbereitung befindlichen Notstandsgesetzgebung auf der anderen Seite beweisen, daß das Recht so oder so tief in das Schicksal und Leben jedes einzelnen Bürgers eingreifen kann.

Der Erlaß des Staatsrates über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege in der DDR ist ein sichtbarer Ausdruck der lebendigen Demokratie in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Dieser Erlaß hat seine Grundlagen in den mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse herangereiften gesellschaftlichen Bedingungen, in den neuen humanistischen Beziehungen zwischen den Menschen und in der bewußten und breiten Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR durch die gesamte Bevölkerung. Der Erlaß ist ein Symbol des Vertrauens in die Kraft der Menschen in der jungen sozialistischen Gesellschaft. Er konkretisiert die neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Rechtspflege in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, sagte dazu auf der Sitzung des Staatsrates am 4. April 1963:

„Diese neuen Aufgaben werden gekennzeichnet durch die Herstellung des vollen Gleichklangs zwischen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und dem Ausbau des sozialistischen Rechts sowie der Tätigkeit der Organe der Rechtspflege, damit das Recht noch stärker als Kraft der Entfaltung der Produktivkräfte wirksam wird;

die Erhöhung der Garantien für die richtige Anwendung des sozialistischen Rechts, das dem werktätigen Volke, seiner Freiheit, seiner sozialistischen Arbeit und seinem friedlichen Leben dient, besonders durch den Ausbau der einheitlichen Leitung der Rechtsprechung durch das Oberste Gericht;

die verstärkte und unmittelbare Teilnahme der Werktätigen an der Rechtsprechung, an der Aufdeckung und Überwindung der Ursachen von Rechtsverletzungen sowie die zunehmende kollektive gesellschaftliche Selbsterziehung der Bürger.“

Den großen moralisch-erzieherischen Kräften der sozialistischen Gesellschaft wird in der Tätigkeit der Konfliktkommissionen und in der Rechtsprechung der Gerichte volle Geltung verschafft. Zum Beispiel durch die Mitwirkung von Vertretern gesellschaftlicher Organisationen und sozialistischer Kollektive in Verfahren und die Übernahme von Bürgschaften zur Erziehung von Rechtsverletzern. Zur unmittelbaren gesellschaftlichen Ahndung geringfügiger Straftaten werden die Aufgaben und Möglichkeiten der Konfliktkommissionen noch wesentlich erweitert. In den Konfliktkommissionen wirken jetzt rund 200 000 Mitglieder. Bei den Gerichten sind etwa 40 000 Schöffen tätig. Durch die Bildung von Schiedskommissionen werden weitere große Teile der Bevölkerung in die Rechtspflege unmittelbar einbezogen.

Die Gleichheit vor dem Gesetz wird voll gewährleistet. In noch stärkerem Maße wird in der Rechtsprechung der Kompliziertheit unserer gesellschaftlichen Verhältnisse und der Entwicklung jedes einzelnen Menschen Rechnung getragen. Die Ursachen und Bedingungen der Gesetzesverletzungen werden aufgedeckt und zur Grundlage der gerichtlichen Entscheidungen gemacht.

Die Einbeziehung der Werktätigen schon in die Ermittlungen trägt dazu bei, daß einerseits kein Verbrechen unaufgedeckt und unaufgeklärt bleibt und andererseits kein unschuldiger Mensch bestraft wird. Überzeugung und Erziehung treten in der sozialistischen Gesellschaftsordnung gesetzmäßig immer mehr in den Vordergrund; das gilt auch für die Strafpolitik. So sind z. B. allein im Dezember 1962 66,2 Prozent der Menschen, die wegen strafbarer Handlungen vor Gericht gestellt wurden, zu Strafen ohne Freiheitsentzug verurteilt worden. In diesem Falle wurde auf bedingte Verurteilung oder öffentlichen Tadel erkannt. 38 Prozent aller Gesetzesverletzer wurden nicht von den Gerichten, sondern von den Konfliktkommissionen zur Verantwortung gezogen.

Andererseits wendet der Arbeiter-und-Bauern-Staat das sozialistische Recht als eine scharfe Waffe gegenüber solchen Personen an, die im Dienste imperialistischer Agenturen und der NATO feindliche Handlungen gegenüber der DDR und ihren Bürgern begehen oder sich durch andere schwere Verbrechen außerhalb der Gesellschaft stellen.

In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, mit Artikel 6 des Londoner Statuts und mit dem Urteil des internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg, in Übereinstimmung mit Artikel 1 der UNO-Charta, hat die Volkskammer der DDR auch ein besonderes Gesetz zum Schutze des Friedens und der friedlichen

Koexistenz geschaffen, wonach jeder Aggressionsakt gegen die Grenzen der DDR hart bestraft wird.

Aber auch durch die Art und Weise des Zustandekommens wichtiger Gesetze erhält der demokratische Charakter unseres Staates und seines Rechts sein Gepräge. Der Entwurf des Rechtspflegeerlasses wurde von einer Kommission des Staatsrates ausgearbeitet. Ihr gehören im antifaschistischen Widerstandskampf und beim Aufbau des Sozialismus bewährte Vertreter des Staatsrates, des Nationalrats der Nationalen Front, der Gewerkschaft, der Volkskammer und der zentralen und örtlichen Justizorgane an.

An der großen Volksaussprache über den Entwurf beteiligten sich in mehr als 80 000 Veranstaltungen nahezu 2,5 Millionen Bürger. Mehr als 300 000 Werktätige sprachen in der Diskussion. Der Kanzlei des Staatsrates wurden fast 6000 Vorschläge zu diesem Dokument übermittelt. Mit den eingearbeiteten Änderungen und Ergänzungen wurde das Gesetzeswerk am 4. April d. Js. vom Staatsrat beschlossen und der Volkskammer zugeleitet. Wer wird mit diesem bedeutsamen Gesetzeswerk arbeiten? In der DDR ist in Übereinstimmung mit den in den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition niedergelegten Verpflichtungen für eine demokratische Erneuerung der Justiz — wie es ein westdeutscher Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse in einer Aussprache über den Staatsratserslaß ausdrückte: „Der böse Geist einer bösen Zeit aus dem Gerichtswesen verbannt, und die Justiz dient dem Volke, so wie auch die Richter aus dem Volke kommen.“ In der Tat, keiner der Richter und Staatsanwälte der DDR war vor 1945 Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen. 74 Prozent der Richter und 81,1 Prozent der Staatsanwälte entstammen der Arbeiterklasse. 13 bzw. 8,4 Prozent waren Angestellte, 3 bzw. 2,2 Prozent Bauern und 10 bzw. 8,3 Prozent Handwerker oder kleine Geschäftsleute.

Damit ist unwiderlegbar nachgewiesen, daß die DDR der wahre deutsche Rechtsstaat ist. Das gilt sowohl im Sinne der historischen Rechtmäßigkeit als auch im Sinne der wirklichen Gerechtigkeit und tiefen Humanität seiner Rechtsordnung. Die Rechtsentwicklung der DDR ist das Vorbild ganz Deutschlands. Der Staatsratserslaß ist Ausdruck und auch Garant des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse und einer wahrhaft sozialistischen Demokratie. Er ist Ausdruck der Volkssouveränität und des Selbstbestimmungsrechts und verkörpert damit wahre menschliche Freiheit.

Wenn wir demgegenüber die westdeutsche Große Strafrechtsreform betrachten, können wir feststellen, daß diese „Reform“ voll und ganz dem Wesen des westdeutschen Staates entspricht.

Bereits in seinen allgemeinsten Bestimmungen entlarvt sich der westdeutsche StGB-Entwurf als Bestandteil der revanchistischen Politik der gegenwärtigen Bundesregierung. Nach der amtlichen Begründung soll der Geltungsbereich des Gesetzentwurfs

„die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, den Sowjetsektor von Berlin und die übrigen Gebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“

umfassen. Das ist eine aggressive und annexionistische Forderung, die zugleich eine völkerrechtlich verbotene Einmischung und Intervention in die inneren Angelegenheiten anderer souveräner Staaten bedeutet. Für ein Regime, das bis zum Halse in der Krise steckt, mutet eine solche Anmaßung wahrlich absurd an. Während der Strafrechtsdebatte, die vor einem miserabel besetzten Bundestag am 28. März 1963 stattfand, wurde von dem Abgeordneten Dr. Dr. Heinemann

völlig zutreffend festgestellt, daß in dem Gesetzentwurf jegliche Bestimmungen zum Schutze des Friedens fehlen. Der Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik erteilt die Weisung, durch ein Bundesgesetz zu regeln, daß Maßnahmen zur Führung eines Angriffskrieges sowie gegen das friedliche Zusammenleben der Völker verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen sind. Diesem Verfassungsauftrag werde der Entwurf nicht gerecht.

Der antinationale Charakter des Entwurfs kommt besonders im § 361 zum Ausdruck. Danach soll der einzig mögliche Weg zur nationalen Einheit, die Konföderation beider deutscher Staaten, als Hochverrat mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft werden. Darüber hinaus soll durch sogenannte Staatsgefährdungsbestimmungen jeder menschliche Kontakt zwischen Bürgern beider deutscher Staaten bei Androhung von Strafe rigoros unterbunden werden. Dazu mußte selbst das durch seine NS-Vergangenheit belastete Mitglied der Großen Strafrechtskommission, Prof. Dr. Bockelmann, in deren 109. Sitzung zu bedenken geben, daß

„unter solchen Umständen die vorgeschlagene Bestimmung doch praktisch bedeutet, daß man z. B. überhaupt kein Gespräch mehr mit Kollegen aus dem Osten führen darf, ohne Rücksicht auf den Gegenstand der Unterhaltung.“

Dieses Eingeständnis bestätigt unbeabsichtigt die zahlreichen an die UNO gerichteten Anklagen des Komitees zum Schutze der Menschenrechte der DDR über die schon mehr als zehn Jahre andauernde Menschenjagd der Adenauer-Regierung nicht nur auf alle Gegner ihrer Atomkriegsvorbereitungen, sondern auf alle verständigungsbereiten Deutschen, darunter Wissenschaftler, Kaufleute, ja sogar erholungsbedürftige westdeutsche Mütter und Kinder.

Die Große Strafrechtsreform stellt einen Generalangriff auf die letzten Reste demokratischer Freiheiten der westdeutschen Bevölkerung dar. Selbst die Wahrnehmung solcher traditionsreichen, durch schwere Opfer der Arbeiterklasse erkämpften Grundrechte wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Streikrecht, sollen künftig unter Strafe gestellt werden. So werden z. B. durch § 370 des Entwurfs Streiks in allen wichtigen Betrieben als „staatsgefährdende Sabotage“ abgestempelt. Dieser StGB-Entwurf ist ein untrennbarer Bestandteil des Systems der Bonner Notstandsgesetzgebung, mit der sich die westdeutschen Machthaber über die tiefe Krise hinwegzuretten suchen, in der sich ihre Regierung seit langem befindet. Aber auch dadurch ist das Ende der Ära Adenauer nicht mehr aufzuhalten.

Die Bestimmungen des StGB-Entwurfs entwickeln ein ganzes System der Gesinnungsverfolgung für alle diejenigen, die nicht in den Kategorien der Bonner Ultras denken. Sie stellen eine Verletzung des von nahezu allen Staaten der Erde anerkannten Verfassungsgrundsatzes der „Gleichheit vor dem Gesetz“ und des Verbots der Diskriminierung auf Grund der politischen oder weltanschaulichen Überzeugung dar. Auf diese Situation eingehend schrieb Landgerichtsrat a. D. Dr. Wilhelm Hartmann in der Düsseldorfer „Deutschen Volkszeitung“, daß sich Westdeutschland „bereits im Stadium einer modernen Inquisition befindet“; und er hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Zu welchen empörenden und allen rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnsprechenden Ergebnissen das von den Urhebern vertretene Gesinnungsstrafrecht führt, wird an folgender Polemik auf der 105. Sitzung der Großen Strafrechtskommission deutlich:

„Wenn der Streik als Lohnstreik geführt wird, und die Streikenden die kommunistische Propaganda und deren Ziel ablehnen, dann kann doch ein einzelner, der innerlich für die Ziele der Kommunisten begeistert ist und sie

mit seiner Teilnahme am Streik fördern will, der aber gar nichts anderes macht als alle übrigen Streikenden auch, doch nicht durch diese innere Einstellung allein zum Saboteur werden.“

Bundesrichter Dr. Jagusch:

„Doch! In diesem Augenblick gliedert er sich in die fremden Bestrebungen ein. Das ‚Sich-Eingliedern‘ in die fremden Bestrebungen ist ja sehr oft eine entscheidende innere Tatsache.“

Dieser Kriegsverbrecher Jagusch, diese besonders braune Perle der westdeutschen Justiz hat also unmißverständlich bestätigt, daß die Bonner Justiz eine Klassenjustiz ist, wie das auch die „Welt der Arbeit“ am 1. Mai 1961 zugeben mußte. In dieser Zeitung schrieb ein gewisser Dr. Robinson, daß bei Straftaten, „bei denen ein gewisser politischer, sozialer oder kultureller Akzent vorhanden ist, sowie in Fällen, in denen sich dieser Akzent aus den beteiligten Personen ergibt und bei denen es sehr stark auf die Bewertung von Gesinnungen ankommt, man zwei Serien von Entscheidungen feststellen kann, je nachdem welcher politische Sachverhalt, welche Gesinnung oder welche politisch bestimmte Haltung bei den Personen vorliegt“.

Durch die Verschärfung des Zwangs und die generelle Erhöhung der Strafen suchen die Bonner Ultras das Ende der Ära Adenauer hinauszuzögern. In der Heraufsetzung der Mindest- und Höchstgrenze der Strafen kommt die Schwäche und Unfähigkeit der westdeutschen Machthaber zum Ausdruck, irgendein gesellschaftliches Problem, und sei es die Bekämpfung echter Kriminalität konstruktiv zu lösen.

Gestatten Sie mir bitte, in diesem Zusammenhang eine kurze Bilanz über die Kriminalität in beiden deutschen Staaten zu ziehen:

Im Jahre 1961 gelangten in der DDR 148 502 und in Westdeutschland 2 120 419 Straftaten zur Kenntnis der Polizei. Das heißt: Auf je 100 000 Einwohner entfielen in dieser Zeit in der DDR 863 und in Westdeutschland 3775 festgestellte (registrierte) Straftaten.

Die registrierte Kriminalität war demnach im Jahr 1961 in Westdeutschland um das 4,4fache häufiger als in der DDR. Schon hieran ist zu erkennen, daß die Unterschiede in der Kriminalität in beiden Staaten nicht lediglich gradueller Natur sind. Es handelt sich um prinzipielle Verschiedenheiten. Im Ergebnis der extrem gegensätzlichen Entwicklung der Kriminalität nach dem zweiten Weltkrieg kann Westdeutschland schon seit einigen Jahren für sich in Anspruch nehmen, die Kriminalitätskurve in Deutschland auf eine nie gekannte Höhe geschraubt zu haben und das Land mit der unbestrittenen häufigsten Kriminalität Europas zu sein. Im Gegensatz dazu hat die Kriminalität in der DDR in den letzten Jahren einen derart niedrigen Stand wie noch nie zuvor in Deutschland erreicht. Das ist das Ergebnis der gegensätzlichen gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands.

Für den Charakter des westdeutschen Gesetzentwurfs ist es bezeichnend, daß selbst in der amtlichen Begründung zugegeben werden muß, daß man „wertvolle Gedanken“ aus dem faschistischen StGB-Entwurf von 1936 in die Vorlage von 1962 aufgenommen habe. Davon zeugen nicht zuletzt die Ausweitung bereits bestehender und die Einführung neuer sogenannter Maßnahmen der Sicherung und Besserung, die sogar die faschistische Regelung übertreffen. Darunter befinden sich solche berüchtigten Institutionen wie „Sicherungsverwahrung“, die „vorbeugende Verwahrung“, die „Sicherungsaufsicht“ u. a. Über den Zweck

dieser Maßnahmen äußerte der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Walter Strauß, der auf der Justizebene die Nacht- und Nebelaktion gegen das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ geleitet hat, schon im Jahre 1960, daß dort

„wo keine Schuld vorhanden sei, der Staat zwar nicht strafen, aber auch seine Hände nicht in den Schoß legen könne“.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der von der aufsteigenden Bourgeoisie entwickelte Grundsatz *nulla poena sine lege* (keine Strafe ohne Gesetz) in Westdeutschland jetzt auch formal beseitigt werden soll. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die meisten der sogenannten Maßregeln der Sicherung und Besserung in Wirklichkeit ungesetzliche Strafen bedeuten. Mit diesen Maßnahmen können dem Verurteilten eine ganze Reihe von Auflagen erteilt werden, die mit der Würde des Menschen unvereinbar sind und die vielgepriesene westliche „Freiheit“ in ihr wahres Licht rücken. Wer sich also gegen die Bonner Politik auflehnt, soll nach dem neuen Strafgesetzbuch auch dann noch weiter verfolgt werden, wenn er das Zuchthaus bereits hinter sich gelassen hat. Die „Sicherungsaufsicht“ ist die getreue Abbildung des faschistischen Runderlasses vom 14. Dezember 1937. Im Entwurf heißt es u. a.:

„Das Gericht kann den Verurteilten anweisen:

- den Wohn- oder Aufenthaltsort oder einen bestimmten Bereich nicht ohne Erlaubnis zu verlassen;
- sich nicht in bestimmten Bereichen oder an bestimmten Orten aufzuhalten;
- zur Nachtzeit seine Wohnung nicht zu verlassen;
- mit bestimmten Personen oder mit einer bestimmten Gruppe nicht zu verkehren, sie nicht zu beschäftigen, auszubilden oder zu beherbergen;
- bestimmte Tätigkeiten nicht auszuüben;
- bestimmte Gegenstände nicht zu besitzen, bei sich zu führen oder verwahren zu lassen;
- Kraftfahrzeuge nicht zu halten oder zu führen;
- sich zu bestimmten Zeiten bei der Aufsichtsstelle zu melden;
- jeden Wechsel des Wohnortes oder des Arbeitsplatzes unverzüglich der Aufsichtsstelle zu melden;
- keine Tiere zu halten;
- Weisungen zu befolgen, die sich auf seine Ausbildung, Arbeit oder Freizeit beziehen.

Wer sind denn die Verfasser eines solchen völkerrechtswidrigen, verfassungswidrigen unmenschlichen Gesetzes?

Wir legen Ihnen heute eine Dokumentation vor, deren I. Teil beweist:

Von den 24 Mitgliedern der Großen Strafrechtskommission bekleideten nach bisherigen Feststellungen 16 einflußreiche Funktionen in der Nazijustiz. Prominente Professoren unter Hitler, wie Eberhard Schmidt, Edmund Mezger, Hans Welzel, Wilhelm Gallas, Paul Bockelmann und Richard Lange lieferten die theoretischen Grundlagen für die nazistische Terrorjustiz, die unzählige Verbrechen am deutschen Volk und an den Völkern Europas begangen hat.

Das heißt nichts anderes, als daß bei dem neuen Strafgesetzbuch nazistische Zwangsgesetze Pate standen. Das beweist nicht nur die Identität der Personen, sondern das beweist auch der Inhalt ihrer Gesetzes- und Kommentar-Fabrikationen von früher und heute, die mitunter wörtlich übereinstimmen.

Die Zielscheibe dieser nazistischen Gesinnungsjuristen sind die demokratischen Kräfte im Innern, um die annexionistischen Bestrebungen nach außen — wenigstens nach der Kalkulation der Freisler-Juristen — ungestört geltend machen zu können.

Diese beiden Seiten der Medaille finden sich z. B. in der Äußerung Welzels in der 126. Sitzung der Großen Strafrechtskommission am 8. April 1959 wieder, als er die Bestrafung von Heinemann und Niemöller bei der Beratung des Tatbestandes „Aufforderung zur Auflehnung gegen Gesetze“ mit folgender Begründung forderte:

„Bei Fragen wie Wehrpflichtgesetz und Atombewaffnung handelt es sich um Probleme, die der einzelne nicht für sich allein entscheidet. Es sind Fragen von größter Tragweite und von grundsätzlicher Bedeutung für die Allgemeinheit ... Auflehnung bedeutet nichts anderes als das, was z. B. Männer wie Heinemann oder Niemöller tun, die öffentlich erklären: Diese Gesetze sind ungültig, deshalb brauchen sie nicht befolgt zu werden.“

Zu den Verfassern des westdeutschen StGB-Entwurfs gehören u. a. auch der des 50fachen Mordes überführte Ex-Generalbundesanwalt Wolfgang Immerwahr Fränkel und der 498fache Massenmörder dänischer und deutscher Patrioten und frühere Vorsitzende des berüchtigten dritten Strafsenats des Bundesgerichtshofes, Dr. Ernst Kanter. Beide mußten auf Grund des von der DDR veröffentlichten erdrückenden Beweismaterials inzwischen aus ihren Ämtern entfernt werden. Gegen Fränkel läuft zur Zeit sogar in Karlsruhe ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes.

Aber ihr Werk lebt fort im neuen StGB Westdeutschlands. Nach diesem Werk soll der gleiche Personenkreis wieder verfolgt werden, der bereits während der Hitler-Ära in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager Hitlers geworfen wurde.

Was ist das für ein Regime, das es wagt, einen Strafgesetzbuchentwurf vorzulegen, der aus der Feder von Massenmördern stammt? Einen Strafgesetzbuchentwurf, von dem Bundesjustizminister Bucher während der Strafrechtsdebatte im Bundestag behauptete, daß er „einmal Vorbild für ganz Deutschland sein könne“!

Es ist das gleiche Regime, das als Vollstrecker seines Gesinnungsstrafrechts seit Anbeginn seines Bestehens über

1100 Sonder- und Kriegsrichter

des „Dritten Reiches“ in seinen Dienst stellte. Von ihnen sind noch heute — nach der sogenannten Säuberungsaktion und entgegen allen gefälschten offiziellen Berichten — 894 im Dienste der Bonner Justiz.

Im II. Teil unserer Dokumentation stellen wir Ihnen heute einen Teil der Juristen der hitlerschen Blutgerichte vor, die aus den nazistischen Ausnahmegerichten oder aus dem Nazi-Justizministerium direkt in das Bundesjustizministerium oder in die Justizministerien der Länder überwechselten. Dieser Ministerialbürokratie ist es in die Hand gegeben, die Richtlinien für die Verwirklichung des neuen StGB auszuarbeiten und die Grundlagen der Justizpolitik im Sinne des Gesinnungsstrafrechts der nazistischen Gesetzesfabrikanten zu bestimmen.

Diese Angehörigen der Justizbürokratie wirkten im „Dritten Reich“

- rechtswidrig auf fremden Territorien oder
- rechtswidrig gegen zwangsverschleppte Bürger der okkupierten Staaten und
- außerhalb von Recht und Gesetz gegen das eigene Volk.

Diesen Vollstreckern der nazistischen Zwangsgesetze, die bisher völlig ungeschoren blieben und aus § 116 des westdeutschen Richtergesetzes willkürlich ausgeklammert wurden, sollen zu Vollstreckern des neuen Gesinnungsstrafrechts Adenauers werden.

Zu ihnen gehört u. a. auch der des 69fachen Mordes überführte frühere Staatsanwalt beim Sondergericht Prag Werner Rhode. Mehrere gegen ihn laufende Strafanträge wurden im westdeutschen Unrechtsstaat nicht zum Anlaß eines Strafverfahrens, sondern zum Anlaß einer Beförderung vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor genommen.

Ich sehe mich deshalb gezwungen, mich von dieser Stelle aus an Herrn Justizminister Bucher zu wenden und ihm folgendes zu sagen:

Herr Minister Bucher!

Wer Gesetze machen will, die Vorbild für ganz Deutschland sein können, darf das Völkerrecht und die Verfassung nicht mit Füßen treten, darf keine Gesetze schaffen, die den Weg zur Einheit Deutschlands für immer versperren sollen, darf nicht die in Nürnberg verurteilten blutbesudelten Hitlerjuristen dazu heranziehen, darf kein Fetischist der Strafe und der Verschärfung des Strafzwanges sein, muß eine vorbildliche Resozialisierung der Verurteilten gewährleisten.

Wer Gesetze machen will, die Vorbild für ganz Deutschland sein können, muß, wie in der DDR, Bestimmungen schaffen, die dem Volke den Frieden sichern, muß das g a n z e Volk selbst bestimmen lassen, wie die Arbeitsweise der Rechtspflegeorgane gestaltet werden soll, muß alles meiden, was den faschistischen Maßregeln der Sicherungsverwahrung, was den faschistischen Anschauungen über den Hang- oder Gewohnheitsverbrecher nahekommmt oder sie gar übertrifft. Wer Gesetze machen will, die Vorbild für ganz Deutschland sein können, muß wie in der DDR Voraussetzungen schaffen, daß das Recht die menschliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen hilft.